Mai/Juni 83 * DM 4,- * S 25,-

wir selbst

Zeitschrift für nationale Identität und internationale Solidarität



Rudolf Bahro:
Unabhängigkeit für Deutschland

Hallo liebe Leserin, hallo lieber Leser!

Nun ist es endlich soweit, WIR SELBST erscheint wieder. Nach einer halbjährigen Pause, die wir einlegen mußten, weil es innerhalb der Redaktion Änderungen gegeben hat, die auch eine weitere Zusammenarbeit mit der bisherigen Druckerei (wegen völliger Unzuverläßlichkeit) unmöglich werden ließen, haben wir den Sprung ins kalte Wasser getan und eine eigene genossenschaftlich arbeitende Druckerei gegründet. Damit ist zunächst das Erscheinen unserer Zeitschrift gesichert. Tausende von Mark wurden investiert, trotzdem sind wir auf weitere Unterstützung angewiesen. Erst wenn die massiv eintritt, hat sich die ökonomische Situation so gebessert, daß wir die monatliche Erscheinungsweise ins Auge fassen können. Wir brauchen Eure Mitarbeit. Die konsequente Erweiterung unserer Abonnentenbasis ist die dringlichste Aufgabe des vor uns liegenden Jahres. Wir bitten Euch dringend Abonennten für uns zu werben. Jeder Leser sollte mindestens einen neuen Leser gewinnen. Zudem benötigen wir viele fleißige Hände und Hirne. Tretet deshalb dem wir selbst-Mitarbeiterkomitee bei! Ihr erhaltet dann für einen monatlichen Beitrag von 10,- DM nicht nur zehn Hefte jeder Ausgabe, sondern könnt über das Mitarbeiterkomitee, das demnächst als Verein eingetragen wird, auch an der politisch-inhaltlichen Gestaltung unserer Arbeit wesentlich effektiver teilnehmen. Es ist eine leidliche Aufgabe, aber wir müssen direkt an Eure konkrete Spendenfreudigkeit und Solidarität appelieren. Wir sind wirklich auf jede Mark angewiesen. Unser Konto: druck + text GmbH, Sparkasse Koblenz, Kto.Nr. 800 93, BLZ 570 501 20.
Wozu die ganzen Anstrengungen?
Die Existenz einer sozialistischen Zeitschrift mit nationalrevolutionärem Anspruch, die sich wie keine andere der ungelösten nationalen Frage der Deutschen annimmt, die die Hoffnung auf ein unabhängiges, geeintes und sozialistisches Deutschland nicht aufgeben will und nicht aufgeben wird, die sich darüber hinaus der basisdemokartischen und ökologischen Revolutionierung unserer Gesellschaftsordnung verpflichtet weiß und sich zudem mit dem internationalen Kampf aller unterdrückten Völker für Freiheit und Unabhängigkeit gegen jede Art von Chauvinismus und Imperialismus solidarisiert, ist heute wichtiger denn je zuvor.

Zur Wende in Bonn oder zu den Wahlen in Österreich werden unsere Leser in unserem vorliegenden Heft kaum etwas finden, die kapitalistische Staatsmacht ist hier wie da gestärkt worden, Gegenpositionen müssen deutlicher werden. , deshalb widmen wir uns einem wichtigen Aspekt nationalrevolutionärer Perspektiven,einem Schwerpunktthema, der anormalen Situation in Deutschland. Rudolf Bahro bekennt sich zu einem sozialistischen, neuvereinigten Deutschland,zu einer Gesamtperspektive. Als Kontrapunkt hierzu und zeithistorisches Dokument veröffentlichen wir ein Interview mit Richard Scheringer, dem heutigen Mitglied des Parteivorstandes der DKP und ehemaligem Nationalrevolutionär. Zur ökologischen Situation in Deutschland ein Beitrag von Stefan Fadinger: „Müssen Deutschlands Wälder verrecken".
Im Herbst planen wir ein breites Treffen, zu dem alle Gruppen und Einzelpersonen eingeladen werden, denen es um ein sozialistisches und demokratisches Deutschland geht. Am 17. Juni wird ein Vorbereitungstreffen hierzu in Koblenz stattfinden. Wir fordern alle Interessenten auf sich die Anmeldeunterlagen bei uns zu bestellen.

Eure WIR SELBST - Redaktion

Inhaltsübersicht

Friedensbewegung, Paktfreiheit, Neuvereinigung Deutschlands von Rudolf Bahro — 4

Aufruf junger Arbeiter aus Jena — 7

Friedensvertrag für ganz Deutschland von Wolli Herber — 8

Grenzschikanen von Wolf Deinert — 9

Interview mit Richard Scheringer vom Reichswehrleutnant zum Kommunisten — 10

Müssen Deutschlands Wälder verrecken von Stefan Fadinger — 18

Mannigfaltigkeit statt Uniformität von Henning Eichberg — 24

Heuchelei und Syphilis Biermann zur Friedensbewegung — 26

Keine Heimat Tendenzen in der deutschen Musikbewegung von Walter Hohenstein — 27

Deutschlandinformationen — 30

Mutation der Bombe? von Gerhard Santura — 31

Für die revolutionäre Solidarität der Völker 1. Internationale Konferenz über das Grüne Buch. von Stefan Fadinger — 32

Kampagne gegen die Jamahiria von Beate Neuberger — 33

Weltweiter Befreiungskampf — 34

Die weisse Rose eine Filmbesprechung von Stefan Fadinger — 35

Deutsch für Deutsche von Wolf Deinert — 36

Buchrezensionen von Werner Olles — 37

Literaturhinweise — 38

Leserbriefe — 39

Büchermarkt — 40

Anzeigen — 41

Rudolf Bahro

Friedensbewegung

Paktfreiheit

Neuvereinigung Deutschlands



Diese Rede hieltRudolf Bahro anläßlich einer Veranstaltung der Grünen in München zum Thema „Unabhängigkeit für Deutschland". Die WIR SELBST-Redaktion erhielt von Rudi Bahro die Genehmigung, diese Rede exklusiv abzudrucken. Wir haben bewußt auf größere stilistische Bereinigungen verzichtet, um den Orginalton und -inhalt wiederzugeben. Unsere Hoffnung richtet sich vor allem auf die von Rudi Bahro in dieser Rede mehrmals zum Ausdruck gebrachte Forderung an die Grünen, endlich die nationale Frage der Deutschen aufzugreifen und das Ziel einer sozialistischen Neuvereinigung auch programmatisch zu vertreten.

Wir haben im Lande eigentlich eine neue Situation. Ich glaube das Neue ist nicht in erster Linie der Niedergang der SPD oder der Untergang der Liberalen oder der Machtübernahme der CDU/CSU. Nicht mal der Aufstieg der Grünen ist das Neue. Der Aufstieg des entscheidenden Neuen, das ist der der Ökologie- und Friedensbewegung in Deutschland und nicht nur in der BRD, nein in beiden deutschen Staaten.

Wir haben das erste Mal seit 1945 in beiden deutschen Staaten dieselbe Fundamentalopposition gegen die beiden Machtblöcke, gegen die herrschenden Kräfte in beiden deutschen Staaten und gegen die internationale Kräftekonstellation und das ist eigentlich eine Situation, die seit 1945 nicht da gewesen ist. Selbst wenn ich also höre was der Herr Stoiber von der CSU und der Herr Börner von der SPD, die sich darüber einig sind,es gäbe da Gemeinsamkeiten zwischen dieser Ökologie- und Friedensbewegung mit der Nazibewegung, da sage ich zunächst nur eines. Diese Ökologie- und Friedensbewegung ist die erste deutsche Volksbewegung von Grunde auf seit dem 2. Weltkrieg. Und das großartige an dieser Situation besteht jetzt darin und davor haben die Etablierten eigentlich Angst, daß es sich hier in letzter Instanz um eine völlig andere Antwort auf das letzte Kriegsergebnis handelt, aus dem deutschen Volk heraus, auf beiden Seiten. Eine völlig andere Antwort, als die Deutschen leider nach der Niederlage des von ihnen mitausgelösten 1. Weltkrieges gegeben haben. Also eine Ökologie- und Friedensbewegung, eine Bewegung für Frieden und Abrüstung und für Solidarität mit der Dritten Welt und dafür, daß man Wiederversöhnung nicht bloß mit den anderen Völkern, sondern auch mit der Natur betreibt. Sowas hat es in Deutschland noch niemals gegeben. Das ist eine Bewegung, die nicht mehr auf den alten Autoritätsstrukturen beruht, die ganz anders läuft mit ihrem Anspruch basisdemokratisch zu sein, so nebulös manchmal dieser Begriff auch ist. Aber es ist eine andere Psychologie auch, und in dieser Situation,wo wir jetzt 38 Jahre nach dem 2. Weltkrieg eine Bewegung haben,die praktisch eingebunden ist in einem europäischen Zusammenhang. Wo wir also nicht eine deutschen Alleingang als Friedensbewegung praktizieren, wo auch die deutsche Frage nicht auftritt, als deutsche Sonderentfremdnis, sondern im Hinblick auf weltweiten Frieden, Abrüstung usw.

In dieser Situation befinden wir uns jetzt,und da glaube ich, daß es sich lohnt, über das politische Problem zu sprechen

mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es geht darum, daß alle die an der Sache jetzt beteiligt sind, die Gelegenheit haben, sich dieser Problematik von sich aus selbst zu stellen. Es gibt Kräfte in der Friedensbewegung, die nicht auf dem Standpunkt stehen, wir sollten uns gegen beide Supermächte wenden und sollten also Fragen wie über das Herausrücken beiderdeutscher Staaten nicht zum Thema machen.
Aber ich glaube, daß der Hauptstrom doch in die Richtung geht, eine Gesamtpolitik zu entwickeln und sich nicht darauf zu verlassen, daß man ein einzelnes Raketensystem für sich genommen abbauen kann, wenn man keine gesamtpolitische Antwort anzubieten hat. Anzubieten der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten. Also man braucht mehr als nur so ein Einzelziel gegen irgend eine technische Lösung, die uns jetzt die Nase rauht. Wir brauchen eine Gesamtpolitik.
Es wird in der Bevölkerung dieses Landes klar, daß atomare Verteidigung, mit welchen Motiven auch immer begründet, alles kaputt machen wird. Es wird sichtbar, daß atomare Verteidigung, wenn es Ernst wird, nur Tatverteidigung sein kann, daß also nichts übrig bleibt. Ich glaube nicht daran, daß die CDU/CSU eine lange Regierungsperiode in diesem Lande vor sich hat. Weil sie nicht in der Lage ist, sich der wesentlichen Überlebensfrage des Deutschen Volkes zu stellen und eine deutsche Partei muß sich diese Frage stellen, selbstverständlich. Die CDU/CSU kann sich dieser Frage nicht stellen, weil sie an Strategien gebunden ist. An die Gemeinsamkeit mit den Amerikanern, aber in deren Vorfeld ohne daß diese so sehr getroffen sind. Sie will also hier die Verteidigung des Westens organisieren mit Atomwaffen. So wird der Atompazifismus zu einem Punkt, der für fünfzig, ja sechzig bis über die siebzig Prozent hinaus in unserem Lande konsensfähig wird. Atompazifismus gegen atomare Verteidigung. Und das ist ein einzelner Punkt, aber ein überaus wichtiger Punkt.

Wenn man das Problem anpacken würde, konsequent angepackt, gäbe es keine atomare Verteidigung. Also nicht nur die neuen Raketen, das versteht sich, sondern auch weg mit den ungefähr 5000 Atomsprengköpfen, mit denen schon auf dem eigenen Territorium angenommene russische Panzerverbände abgefangen werden sollen. Daß die unser Land kaputtmachen, und wenn man also dies zunächst einmal auf die Tagesordnung setzt, keine Verteidigung mit Atomwaffen, dann kommen wir an die zweite und meiner Meinung nach natürlich noch wesentlichere Ebene heran, die eine Umstellung im Bevölkerungsbewußtsein eben nicht nur in der jüngeren Generation Erfolg haben wird. Also Atomverteidigung atomare Verteidigung, dies ist ja nur sozusagen der Spitzenausdruck von Agressivverteidigung von agressiver Lösung von Überlebensproblemen überhaupt. Und da meine ich, daß natürlich von der Ökologie- und Friedensbewegung her überhaupt die Frage aufgenommen wird, ob man nicht völlig anders als bisher über Überlebensinteressen, über Sicherheitsinteressen, über Verteidigungsinteressen nachdenken muß als bisher.
Nach meiner ganzen Kenntnis und Erfahrung ist dieser westliche Goliath derjenige gewesen, der immer die „niedere Rüstung" gehabt hat und immer zuerst die nächste Panzerplatte aufgelegt hat und nicht der Osten, obwohl das jetzt praktisch ein Doppelspiel geworden ist, wo also beide am dem Totentanz beteiligt sind.
Ein großes fernes Ziel ist es, daß die gesellschaftlichen Verhaltnisse so sind, daß jeder von sich aus und von vorn herein, das Grundinteresse daran hat, die gesellschaftliche Ordnung im Namen der Selbstbestimmung gegen jeden Zugriff zu verteidigen mit einer gewaltlosen Widerstandsform, wie sie etwa Ghandi gegen die englische Kolonialmacht versucht und praktiziert hat. Aber dies setzt natürlich voraus, daß alle Bürger dieses Landes an dem Gemeinwesen beteiligt sind, und wir haben jetzt eine politisch-soziale Struktur im Lande, wo Macht, Reichtum und Kapital in wenigen Händen konzentriet sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie sich unser Gesellschaftssytem ändern müßte, damit wir auch für längere Sicht überlebensfähig werden.
Daß die atomare Verteidigung uns doch nur darauf hinweist, daß wir ein Gesamtsystem haben, daß agressive Verteidigung nötig macht und daß wir das ändern müssen. Und wir müssen uns überlegen, ob die Bedrohungen gegen die wir uns schützen, ihre Endursache im eigenen Land haben. Es ist uns klar, daß die beiden deutschen Staaten, die eigentlich auch deshalb geteilt worden sind, weil man (die Faschisten d.Red) die Großmächte hergerufen hat. Und natürlich haben die dort ihre Militärpotentiale auf beiden



Friedensdemonstration in der BRD: Solidarität mit der....



....Friedensbewegung in der DDR:

Demonstration auf der Dresdner Kreuzkirche beim Friedensforum am 13.2.1982

Seiten so konzentriert, wie in keinem anderen Land der Welt, daß hier jetzt eine Schlüsselposition ist, daß wir hier also eine Position haben, wo man noch etwas machen kann, ist auch klar. Die Deutschen müssen sich nach ihrer besonderen Verantwortung fragen, im nationalen wie im internationalen Interesse.

Es gibt zwei Punkte, einmal die Paktfreiheit und zum anderen die deutsche Frage, die Neuvereinigung. Und zwar schicke ich nur als Andeutung vorweg: Viele von uns, besonders auf der Linken, haben immer gedacht, Begriffe wie national, deutsch und Nation gehören von vorneherein dem Gegner und Fragen wie Truppenabzug der Besatzer würden sich also verbieten, weil damit die Neuvereinigung Deutschlands in die Diskussion geraten könnte. Vor dieser Gefahr schrecke ich nicht zurück, sollten wir nicht zurückschrecken, sollten wir uns nicht verbieten lassen.

Die Ökologie- und Friedensbewegung sollte auch ihren nationalen Anspruch geltend machen. Dies wird also sehr wesentlich sein, ob wir auf der abrüstungspolitischen Ebene, Friedenspolitik etc. durchkommen werden. Ob wir also praktisch der Politik „wir und Amerika" wie die CSU in Bayern mal plakatieren ließ, eine nationale Alternative entgegen zu setzen haben. Eine Politik also, die nicht darauf Rücksicht nimmt, daß es gut für die Amerikaner ist, hier ein Vorfeld zu haben, auf dem sie ihren Krieg mit der anderen Seite austragen, ohne selbst betroffen zu werden. Also das scheint mir sehr wichtig zu sein, daß wir uns in diesem politischen Zusammenharg auch dieser Sache bewußt sind, und ich denke bei dieser Vorbemerkung auch daran, daß die SPD ein besseres Verhältnis zu der nationalen Problematik als die Grünen hat und immer hatte, trotz ihres Versagens auch auf diesem Gebiete.

Ich glaube, daß die junge Generation, die erste und zweite Nachkriegsgeneration, die ja jetzt in beiden deutschen Staaten die Friedensbewegung hauptsächlich stellt, das Recht hat, das Ergebnis des zweiten Weltkrieges in einem Punkt, nämlich der Spaltung zwischen zwei Militärblöcke, die hier ihre Machtbasen gegeneinander aufgebaut haben, in Frage zu stellen. Dies sind einfach natürliche und Menschenrechte, die zur Debatte stehen und nicht irgend welche Machtansprüche gegenüber anderen Völkern. Und das ist doch klar, wenn das also so ist, daß jetzt das militärische Gleichgewicht damit zu tun hat, daß die beiden deutschen Staaten gegeneinander aufgerüstet sind, dann ist das undenkbar, man muß darüber nachdenken, wie beide deutsche Staaten irgendwie in eine Wechselwirkung treten und sie müssen den Versuch machen, aus diesem Block zusammenhängend rauszuwandern.

Und das ist also praktisch das Problem der Blockfreiheit. Und ich bin sehr froh darüber, daß diese Frage auftritt im Rahmen einer Konzeption, die in England ausgearbeitet worden ist, von der Bertrant-Russell Friedensstiftung, indem eigentlich dieses Konzept der Blockfreiheit in Europa aufgeworfen worden ist und nicht allein für Deutschland. Dort wurde gefordert, ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal zu schaffen, also nicht nur für den Westen, sondern für beide Seiten.

Wohin sollen die deutschen Staten rücken, wenn nicht aufeinander zu in so einem Land. Dies heißt jedoch noch lange nicht, daß man einen BRD-Nationalstaat wiedervereinigt herstellen muß.

Wir müssen klar machen, daß die Zustände in Ost und West und die Zustände in den beiden deutschen Staaten engstens miteinander zusammenhängen, daß die Mängel und Schwächen des einen Systems, das Spiegelbild des anderen Systems sind, und das gilt in beiden Richtungen. Die beiden deutschen Staaten, so wie sie jetzt sind, sind nicht Alternativen für den einen wie den anderen. Es kann der Osten nicht mit dem Westen geheilt werden. Und es kann der Westen nicht mit dem Osten geheilt werden. Das ist eben so klar.

Die DDR-Friedens- und Ökologiebewegung geht genauso wie wir an die Frage des industriellen Fundaments ran. Der Hauptstrom der Friedensbewegung in der DDR, dort was wir in Dresden gesehen haben, das ist nicht Wiedervereinigung a la CDU. Das ist eine politische Ebene die für den Zuspruch der CDU völlig unzugänglich ist und dem die -Politik der Nachrüstung und des Mitspielens bei der Aufrüstung in keiner Weise gerecht wird.

Zum Schluß will ich überlegen, wo vielleicht der Schlüssel liegt, daß wir diese Verhältnisse in Deutschland zum Tanzen bringen könnten, aber in einem gesamteuropäischen Konsens.

Da glaube ich, gibt es eine Möglichkeit, die praktisch sowohl in innenpolitische Gegebenheiten hier auf lange Sicht gerecht wird, als auch den politischen Problemen in Osteuropa. Und zwar bis in die reaktionären Kreise der NATO, bis in die Kreise des äußersten Flügels der CDU/CSU hinein, bis in die entsprechenden Massenmedien geht man mit großem Selbstverständnis davon aus, daß ohne sowjetische Truppen in Osteuropa die politische Stabilität nicht

zu halten wäre. Nicht die DDR, nicht die Polen, nicht die CSSR, nicht Ungarn sind zu halten, noch weniger Bulgarien sind ohne sowjetische Truppen zu halten. Das ist eine politische Situation in Osteuropa, die auch den langfristigen sowjetischen Interessen zu entsprechen mag, also die Situation in Polen wird auf lange Sicht für die Sowjetunion nach meiner festen Überzeugung und nach allem was ich von drüben auch weiß, die wird überaus teuer und auch im politischen Sinne teuer. Es muß ein sowjetisches Intesse geben, Osteuropa loszulassen. Aber selbstverständlich, es ist völlig undenkbar, daß die Osteuropa loslassen können an ein von amerikanisch, westalliieretn besetztes Westeuropa. Das Problem der militärischen Abrüstung ist natürlich der Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse auf beiden Seiten der Blockgrenze. Es kann natürlich keine Lösung geben, wenn nicht auf beiden Seiten der Blockgrenze gesellschaftliche Veränderungen von erheblichem Umfang einsetzen. So dies ist also praktisch die gesamte Problematik, die die Ökologie- und Friedensbewegung zur Debatte stellt. Dies ist ein Stoff, der historisch durchgearbeitet werden muß. Wenn wir also so eine Perspektive des Friedens, der Abrüstung des Truppenabzuges in Deutschland gehen wollen. Deswegen meine ich, daß wir jetzt ganz am Anfang einer Diskussion stehen, die dazu führt, daß wir unsere ökologischen und friedensproblematischen Ansätze mit einem Ansatz verbinden können, der also auf die Gesamtpolitik der Auflösung der Blockkonfrontationen, das Problem der deutschen Spaltung und der deutsch-deutschen Beziehungen, von der Gefahrengemeinschaft beider deutscher Staaten und der gemeinsamen Betroffenheit eingeht und daß wir die Dynamik, die aus der Tatsache, daß wir jetzt in beiden deutschen Ländern, die Fundamentalopposition haben, voll ins Spiel bringen müssen. Dewegen bin ich, was die Grünen betrifft der Meinung, daß sie es auch riskieren sollten , die Verantwortung für alle Deutschen mit ins Programm aufzunehmen.



"Wir suchen nach Friedensmöglichkeiten"
Aufruf junger Arbeiter aus Jena

Folgende Forderungen und Gedanken zum Thema Frieden sind von Jenaer Bürgern innerhalb gemeinsamer Diskussionen erarbeitet worden. Wir wollen keine utopischen Forderungen aufstellen, wir suchen nach praktischen Friedensmöglichkeiten für unser Land:

– Innerhalb des Unterrichts an Schulen und in anderen Ausbildungsstätten sollte eine Information über die "Bausoldaten" gegeben werden.

– Die Freiwilligkeit von ZV (Zivilverteidigung) und GST (Gesellschaft für Sport und Technik, paramilitärische Organisation) ist zu gewährleisten. Wir wenden uns dagegen, daß die Teilnahme daran in Lehrverträgen als Verpflichtung aufgenommen wird. Wer nicht mitmachen will, darf nicht bestraft werden, auch nicht indirekt. Auch ZV und GST sollen über Verweigerungsmöglichkeiten informieren.

– Das Fach "Wehrkunde" soll durch "Friedenskunde" ersetzt werden (siehe u.a. Pfarrer Eppelmann, "Brief an Honecker" vom 7.7.1982). Inhalt des neuen Fachs könnte sein: Möglichkeiten für gewaltfreie Lösung von Konflikten, Soziologie, Rechtskunde, Probleme der Partnerschaft und des familiären Zusammenlebens, Kindererziehung, Umgang mit Aggressionen, pädagogische und ökologische Fragestellungen usw.

– Einstellung der Produktion von Kriegsspielzeug und Herstellung von "friedlichem" Spielzeug; weniger automatisiertes Spielzeug, mehr lebensnahes "menschliches" Spielzeug. Unsere Kinder sollen keine Roboter und keine Soldaten werden!

– Väter von zwei und mehreren Kindern sollen nur als "Freiwillige" eingezogen werden. Solange das nicht so ist, möge man die Einberufungstermine mit den Familien besprechen, um Konflikte und Krisen zu vermeiden (schwere Belastungen für Kinder und Frau, z.B. bei Schwangerschaften, Krankheiten usw.).

– Jede militärische und militaristische Propaganda und Werbung soll eingestellt werden! Keine Verherrlichung des Soldat-Seins! Aufklärung über die "Sprache des Krieges" bzw. der Kriegsvorbereitung.

– Jeder sollte die Möglichkeit haben, als "Bausoldat" zu dienen, auch wenn er zur "Reserve" eingezogen wird. Ein begründetes Widerrufen des geleisteten Eides muß möglich sein, wenn Gewissenskonflikte auftreten.

– Einführung des "Sozialen Friedensdienstes" (SOFD) ohne Gewissensprüfung. Dieser Dienst soll nicht der Befehlsgewalt der NVA unterstehen, sondern der jeweiligen sozialen Institution.

– Das Tragen von Friedenssymbolen muß erlaubt sein (z.B. des Aufnähers "Schwerter zu Pflugscharen" und von Symbolen der internationalen Friedensbewegung).

–Förderung der Friedensbewegung in der DDR. Alle Gedanken und Meinungen, die zum Frieden anregen, Nachdenklichkeit erzeugen usw., sollen Öffentlichkeit haben. Podien, Versammlungen und Gesprächskreise sollen möglich sein, auch ohne staatlichen Segen. Wir möchten auch mit der Friedensbewegung anderer Staaten in direkten, persönlichen Kontakt treten (mit END, CDN, IKV, der Russell-Peace-Foundation u.a. in Ost und West, z.B. auch mit der Friedensgruppe "Dialog" aus Ungarn).

– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa und möchten uns an der "2. Konferenz für europäische und atomare Abrüstung" im Mai in Berlin (West) beteiligen.

Jena, November 1982

Wolli Herber
Friedensvertrag für ganz Deutschland
Rede auf dem regionalen Ostermarsch in Wiesbaden



Wolli Herber bei der Eröffnung der „Anderen Maifestspiele 1980".

Wer den Frieden will, sollte ihn mit sich machen und auf andere zugehen und ihn dann nach außen tragen. Wie sonst sollte Frieden in uns und zwischen uns möglich sein.
Dennoch, er wird an Grenzen stoßen. Eine andere Wirklichkeit, die Realpolitik wird ihn einholen. Was für ihn gilt, gilt noch lange nicht für das Gemeinwesen, in dem er - ob er's will oder nicht - drinsteck, in unserem Fall die Bundesrepublik Deutschland. Das gleiche gilt auch für den anderen Teil unseres Volkes in der DDR, der ja auch nicht über den Schatten Moskaus springen kann.
In Schweden gab's mal ein Ministerium für Abrüstung, eine Einrichtung, die wir uns eigentlich auch wünschen würden. An der Spitze dieses Ministeriums stand eine fabelhafte Frau, Alva Myrdal. Die hat ja bei ihrer Tätigkeit einiges mitgekriegt, z.B. Geheimakten oder sie hat auch einiges mitgehört und aufgeschnappt auf den Cocktailparties. Am Ende ihrer Tätigkeit kam sie aufgrund all ihrer Eindrücke zu einem erschreckenden Ergebnis:
Die beiden Supermächte USA und UdSSR wollen die militärische Auseinandersetzung, und sie wollen sie außerhalb ihrer Territorien hier bei uns in Europa!
Wir das deutsche Volk in allen deutschen Staaten, wären in diesem Kampf der Giganten die unmittelbar Betroffenen!

Wir die Deutschen im Westen, sind in der NATO. Die NATO war einmal angeblich dazu da, uns zu verteidigen. Sie soll Demokratie und Freiheit schützen. Der andere deutsche Staat befindet sich im System des Warschauer Pakts. Der soll angeblich den Sozialismus schützen.
Aber, so fragen wir uns mit Recht, welche Freiheit, welche Demokratie wird in der Türkei und welche Art von Sozialismus wird in Polen verteidigt.

Es gibt eine Reihe von Leuten in Ost und Wsest, die das erkannt haben und aussprechen. Sie haben erkannt, daß das geteilte Deutschland zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden ist und die in Ost und West angehäuften Waffen uns nicht mehr schützen, sondern vernichten werden.
Im Osten unseres Landes entstanden aus diesen Erkenntnissen der Berliner Appell, die Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen" und die Friedensdemo zur Dresdner Kreuzkirche. Und bei uns wächst aus dieser Erkenntnis, daß neben Frieden und Abrüstung auch die Einhaltung der Menschenrechte gefordert werden muß.
Wir haben mit diesen Einschätzungen einen schweren Stand. In der DDR können sich unsere Leute ja noch nicht mal so ausdrücken, wie wir es hier können. Und hier bei uns, hier wird uns „Spaltertum" vorgeworfen, oder wir werden -wie von Wolfgang Pohrt- in die Nähe der braunen Fackelzüge von 1933 gestellt.
Wer aber in deieser Friedensbewegung nichts anderes zu sehen vermag - obwohl angeblich sonst so kritisch und analytisch wie der Pohrt - als jene Fackelzüge von '33, der beweist nur, daß ihm die Angst vor einer Wiederholung des Schreckens von damals den Blick trübt für jeden Maßstab heute!
Angeblich soll das militärische Gleichgewicht schon oft den Atomkrieg verhindert haben. Aber dieses Gleichgewicht steigert sich ständig, und es hat doch den Atomkrieg immer wieder auf morgen vertagt. Die Völker der Welt fürchten sich vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens, auch und gerade das deutsche Volk, schon allein wegen seiner geopolitischen, seiner geographischen Lage.
Wir müssen diese für unser Volk gefährliche Konfrontation zwischen Ost und West beenden. Wir müssen raus aus dieser Einbindung in die NATO und wir müssen jene Kräfte in der DDR unterstützen, die raus aus dem Warschauer Pakt wollen. „Wir sind nicht in der NATO", Oskar Lafontaine, „um mitzuhaften für das Abenteuertum".
Ja, ich zitiere an dieser Stelle ganz bewußt den Sozialdemokraten Lafontaine, weil wir diesseits der Superaufrüstungspartei CDU auf sehr viel Zusammenarbeit, auf ein Aufeinanderzugehen angewiesen sein werden. Und dabei ist es schnurzegal, ob jemand Gewerkschaftler, pragmatischer Grüner oder eben fortschrittlicher Sozialdemokrat ist.

Die Siegermächte des 2. Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 45 beschlossen ist. Danach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Gesamtdeutschland abziehen. Sie sollten die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.
Beide Blöcke sind doch zum Gegenteil geworden von dem, was sie eigentlich wollten. Statt Europa und der Welt den Frieden zu sichern, leiten sie - wenn sie militärisch aufeinanderprallen - das Ende Europas ein und das bedeutet das Ende der deutschen Nation.

Wenn der Kanzler dieses einen Deutschland, also der BRD Herr Kohl, dieser Mann aus Oggersheim, dieser Adenauerenkel wie er sich im Grunde selbst entlarvend versteht -, diese ewige Ministrant ‚Schaden vom deutschen Volk' wenden soll, so verpflichtet ihn ja die Eidesformel, dann hat er die verdammte patriotische Pflicht, der anstehenden Stationierung von US-Raketen auf unserem Territorium zu widersprechen!

Wolli Herber



Grenzschikanen — deutsch-deutscher Alltag

Eine Reihe von Schikanen und Behinderungen auf den Transitstrecken von und nach Berlin gehören zur innerdeutschen Wirklichkeit. Der Tod dreier Transitreisender offenbart die Unnormalität in Deutschland. Während die Rechte die Vorfälle zum Anlaß nimmt, dem ewiggestrigen BRD-Imperialismus zu frönen, übt sich das Leib- und Magenblatt der sozialliberalen Illusionen in der Deutschlandpolitik die „Frankfurter Rundschau" in den drei Eulen, „alles normal", meint man. Wir selbst-Autor Wolf Deinert schildert in seinem nachfolgenden Bericht, was ihm selbst auf der Transitstrecke widerfahren ist.

Am Montag 15.11.1982 war ich zu einem Interviewtermin mit Günter Grass in seinem westdeutschen Wohnsitz bei Hamburg verabredet. Ich benutzte die Transitstrecke Staaken-Lauenburg. Unterwegs hielt ich einmal auf der ersten Transittankstelle der Autobahn. Das Tanken dauerte zehn Minuten.
Im weiteren Verkauf der Fahrt habe ich kein weiteres Mal gehalten. Trotzdem mußte ich schon bei der Vorkontrolle in Lauenburg meine Zulassung abgeben und wurde in einen links neben dem Vorkontrollhäuschen befindlichen Bereitstellungsraum eingewiesen. Nach etwa fünf Minuten erschien ein Offizier der Grenztruppen, öffnete eine Schranke und befahl mir, ihm zu folgen. Ich folgte ihm mit dem Wagen und er leitete mich zu einem Platz, an dem eine Betonmauer eine Einsicht von außen verhinderte.
etwa vier bis fünf Angehörige der Grenztruppen und der DDR-Zollorgane standen um mich herum.
Der Offizier eröffnete mir, daß ich des Transitmißbrauchs dringend verdächtig sei und daß man nach §16 des Transitabkommens eine Durchsuchung ausführen würde. Ich mußte mit dem Wagen in einen kleinen Betonbau fahren, der vorn und hinten von Metalltüren verschlossen war.
Man forderte mich auf, den Wagen zu verlassen und ihn abzuschließen. Zwei Angehörige der Grenztruppen führten mich in einen Raum mit einem Stuhl und man hieß mich Platz zu nehmen. Sie bezogen Posten an der einzigen Tür des Raumes.
Nach etwa dreißig Minuten wurde ich wieder herausgeholt und in einen Betonraum mit meinem Wagen zurückgebracht. Im Beisein von etwa fünf Angehörigen von DDR–Zollorganen und Grenztruppen, die unter dem Kommando eines Hauptmanns der Grenztruppen standen (vier Sterne), begann die Durchsuchung.
Der Wagen allerdings wurde nur allgemein durchsucht. Zentrum der Aufmerksamkeit war meine Aktentasche, in der sich Unterlagen zu folgenden Themen befanden: Der demokratisch-sozialistisch orientierten kulturpolitischen Zeitschrift L 80, die unter anderem von Günter Grass und Heinrich Böll herausgegeben wird, zur Sendereihe „Deutsch für Deutsche", eine Themenreihe des Deutschlandfunks, ein Exemplar der ‚feder' (Zeitschrift für Journalisten und Schriftsteller in der IG Druck und Papier) Heft 11/12 82, Untersuchungen zur deutsch-deutschen Sprache vom Literaturredakteur des Hessischen Rundfunks Dr. Karl Corino in der Stuttgarter Zeitung, einen Exclusic-Bericht: Verband Deutscher Schriftsteller von Manfred Wilke über die „Rebellion der Mitglieder mit dem ‚doppelten Film' und mein Artikelentwurf zur Rolle der DKP im Verband Deutscher Schriftsteller. Zu all diesen Unterlagen wurde ich konzentriert befragt. Hauptthema war mein Anteil an den einzelnen Beiträgen. Dann suchte sich der verantwortliche Offizier die für ihn wichtigsten Unterlagen heraus, unter anderem mein Arbeitsnotizbuch mit Adressen und Terminkalender und verschwand mit allem im Nebenraum. Da die Tür schalldicht war, konnte ich nicht hören, ob die Unterlagen fotokopiert wurden.
Nach etwa zehn Minuten gab man mir die Unterlagen zurück und teilte mir mit, die „Verdachtsgründe auf Transitmißbrauch" seien ausgeräumt. Der ganze Vorgang dauerte etwa von 12 - 13 Uhr.
Auf der Rückfahrt am Dienstag, den 16.11. wiederholte sich am Grenzkontrollpunkt Staaken die gleiche Prozedur. Sie dauerte von 13.00 bis 14.10 Uhr. Auf meinen Protest hin lachte man nur und sagte man laut, daß § 16 zu solchen Kontrollen berechtige. Da meine Tasche dieselben Unterlagen wie bei der Hinfahrt enthielt, blätterte man sie nur durch, ohne sie noch einmal zu ‚behandeln'. Dafür durchsuchte man anschließend meinen Wagen weitaus sorgfältiger. Daß Günter Grass mein Gesprächspartner für eine Sendung über L 80 war, konnte ihnen mein Terminkalemder bestätigen.

Wolf Deinert

Im Ghetto

Als wir an die Mauer stießen, merkten wir wieder, wo wir waren. Nach drei Stunden ängstlichem Warten entschlossen wir uns und gingen einfach los. Die Sonne stand hoch am Himmel, die Scheinwerfer waren ausgeschaltet und die ersten Kugeln der Posten trafen uns. Sofort.

Lutz Rathenow



Interview mit Richard Scheringer

Vom Reichswehrleutnant zum Kommunisten

Anfang Januar führten sechs Mitarbeiter der Zeitschrift wir selbst ein Gespräch mit Richard Scheringer auf dem Dürrnhof in Kösching bei Ingolstadt. Scheringers Weg vom Antiseparatisten, Nationalrevolutionär bis zum parteifrommen DKP'ler und heutigem Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist nachfolgend dokumentiert. Sowenig unsere Zeitschrift etwas mit der Parteifiliale des Sowjetimperialismus zu tun hat, so hat uns doch der Werdegang des Menschen Richard Scheringers interessiert, der auch heute noch im Spannungsfeld zwischen nationaler und sozialer Befreiung steht.

wir selbst: Eine Ihrer ersten größeren politischen Aktionen war der Kampf gegen den französisch gesteuerten Separatismus im Rheinland. Ein herausragendes Ereignis war der Sturm auf die Separatistendruckerei Guttenberg in Koblenz. Können Sie uns Ihre Beweggründe, die Sie zu solch radikalen Schritten führten, schildern?

R.S.: Ja, ich mache dieses Interview mit der Zeitschrift wir selbst aus dem Grund, weil ich hier eine Reihe von Vertretern der jungen Generation getroffen habe, die mit uns konform gehen in der großen Friedensbewegung in dem Drängen nach einer Lösung der nationalen Frage insofern, als Deutsche nicht gezwungen werden, auf Deutsche zu schießen und daß die vernichtenden Atomwaffen nicht in unserem Land stationiert werden. Im übrigen trennen uns natürlich sehr viele Dinge politischer Natur. Insbesondere habe ich das Gefühl, daß auch in dieser Zeitung die alte deutsche Krankheit des Antikommunismus zum Ausdruck kommt. Und ich bin ja Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und MItglied des Parteivorstandes. Aber wir machen das Interview!
Auf Ihre erste Frage möchte ich wie folgt antworten: Ich persönlich habe mich um Politik in meiner Jugend überhaupt nicht gekümmert. Ich wollte ursprünglich Landwirt werden, weil mein Großvater hier in Bayern Landwirt war und habe mich dann mehr sportlich betätigt, Ich war in Koblenz auf der Schule. Allerdings war ich tief beeindruckt durch den Tod meines Vaters, der als Hauptmann des 68. Infanterieregiments in der Champagne 1915 gefallen ist. Und ich war auch von Hause aus, ich möchte fast sagen militärisch erzogen worden. Ich erinnere mich bezüglich der Frage der Nation, daß mein Vater es sehr bedauert hat, daß der Rückversicherungsvertrag mit Rußland, den seinerseits Bismarck abgeschlossen hatte, unter Wilhelm II aufgegeben worden ist und Deutschland damit in den Zweifrontenkrieg kam. Aber das waren Dinge, die in meinem Leben zu dieser Zeit nicht im Vordergrund standen. Hauptsache war Rudern, Regattenfahren. Und eines Abends, als wir vom Bootshaus zurück kamen, wurde ich in eine Auseinandersetzung mit Angehörigen der damaligen Hohen Kommission der Besatzungsbehörde in Koblenz verwickelt und deshalb unschuldig, wirklich unschuldig, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese zwei Monate habe ich in einem Koblenzer Gefängnis abgesessen. Und das hat mich zu einer Verstärkung der schlummernden nationalistischen Haltung gebracht. Der Gedanke, daß wir ja ein besetztes Land seien und was das bedeutet, wurde mir damit gegenwärtig. Interessant ist, was der Gefängnisdirektor zu mir damals sagte: „Scheringer, wir haben unsere Freiheit verloren. Das wird erst anders, wenn die Kosaken ihre Pferde am Rhein tränken." Das war ein unterschwelliger Gedanke, der dann natürlich auch noch verstärkt wurde durch den Geschichtsunterricht. Wir hatten damals, weil wir eben in einem besetzten Land lebten und die nationale Freiheit eingebüßt hatten, Geschichtslehrer, die uns immer auf die besonderen Umstände des Befreiungskampfes 1813 hinwiesen. Und da spielte die Konvention von Tauroggen, die der damalige General Diepisch abgeschlossen hatte, eine große Rolle. Das war alles unterschwellig.
Aus dem Gefängnis herausgekommen drängte ich nun zusammen mit anderen Freunden und Kameraden von der Schule, dem Koblenzer Gymnasium, vom Ruderverein danach, uns national zu betätigen. Da haben wir dann eine ganze Reihe von Aktionen durchgeführt. Vor allem stießen wir bald auf die Sonderbündler. Das war jene Bewegung des rheinischen Seperatismus. Sie war von den Franzosen ins Leben gerufen, unterstützt und gefördert worden, aber auch viele Deutsche hingen ihr an. Maßgebende Männer wie der spätere Bundeskanzler Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, waren treibende Kräfte dieser Bewegung, die darauf ausging, das Rheinland vom Reich zu trennen und hier eine Provinz unter französischem Protektorat zu errichten. Die damaligen Männer dieser Gruppierung waren hauptsächlich Smetz und Dorten.
In Koblenz, in der Schloßstraße, gab es eine separatistische Druckerei die den Rheinischen Herold herausgab, der die separatistischen Ziele propagierte.
Als nun im Zuge des Ruhrkampfes, der sich im Herbst 1922 bis ins Jahr 1923 entwickelte, eine Demonstration stattfand, bewegte sich dieser Demonstrationszug, an dem wir natürlich teilnahmen, einfach in Richtung auf diesen Rheinischen Herold. Und wir, natürlich sehr fanatisch damals, drängten an die Spitze. Vor der Druckerei gab es erst einmal Halt. Dann wurden Steine geworfen. Und wir, mein Freund und ich, haben die Tür eingerannt. Die Druckerei wurde gestürmt. Alles flog oben zum Fenster raus. Die Masse schrie, sang dann die Wacht am Rhein und zog wieder ab.
Das war noch unter amerikanischer Besatzung. Da ist damals auch nichts weiter erfolgt. Die Schäden wurden repariert. Die Besatzungsmacht griff nicht ein, und die Zeitung erschien weiter. Und da sagte unser Geschichtslehrer, dieses Nest müßte man eigentlich einmal ausräumen. Das war dann für uns das Signal, mit einer eigens organisierten Gruppe nachts diese Druckerei auszuheben. Es war schon alles vorbereitet. Aber es wurde wieder alles abgesagt, weil plötzlich die Framzosen die Besatzungsmacht in Koblenz übernommen hatten. Das war schon im März 1921. Die Amerikaner gaben diese Besatzungszone auf. Wir haben es dann acht Tage verschoben, aber dann doch durchgeführt.

Es wurde von uns alles zerstört, systematisch. Ein Wächter, der darin saß,, wurde, wurde mit Knüppeln eingeschüchtert. Der schoß dann sogar noch. Und da ich als einer der letzten dieses Gebäude verließ, wurde ich verhaftet. Die deutsche Behörde hat mich zwar eingesperrt, wegen Sachbeschädigung vernommen, aber dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Das war also eine Aktion, die sehr darauf deutete, daß niemand diesen Separatstaat wollte. Die Bewegung dagegen ging weit in alle Schichten hinein. Kaum war ich aus dem Gefängnis heraus, bekam ich Nachricht, daß die Franzosen die Auslieferung der Verhafteten und sämtlicher Materialien verlangten für das französische Kriegsgericht. Der Ausnahmezustand wurde in Koblenz erklärt und ich bin dann nachts über die Grenze ins unbesetzte Gebiet geflohen. In Abwesenheit wurde ich zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die habe ich aber nie abgesessen. Das war also das, was ich erzählen kann von dieser Druckerei.
Interessant ist nun, daß später die Arbeiterbewegung große Aktionen gegen diese Separatisten noch durchgeführt hat und sie in der Schlacht am Egidienberg bei Bonn zu Paaren getrieben hat. Und da waren auch Kommunisten dabei. Insofern haben wir, ohne es zu wissen, schon damals in einer Front mit der KPD gekämpft, von der wir aber nichts wußten, von deren Existens und Wirken uns damals nichts zugänglich war.

wir selbst: Können Sie uns vielleicht noch weitere markante Erlebnisse oder politische Aktivitäten der Weimarer Zeit schildern, bis zum Beginn des Faschismus in Deutschland?

R.S.: Im unruhigen Jahr 1923 kam ich auf Grund familiärer Bindungen nach Berlin-Zehlendorf. Die Inflation ging auf hohen Touren. Die rechten Kräfte, zu denen ich mich , zählte, wurden aktiv und veranstalteten vormilitärische Übungen. Ich wurde dann mit ein paar anderen angeworben zur Schwarzen Reichswehr, die angeblich eine Art Krümper-System sein sollte. Es ist ja bekannt, daß Preußen nach 1813 seine Truppen nach dem Krümpersystem vermehrt hat, indem sie eingestellt, ausgebildet und wieder entlassen wurden, und sowas geschah dann auch in der Schwarzen Reichswehr. Daß die Schwarze Reichswehr eine Bürgerkriegstruppe war zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung, war uns nicht klar. Wir sind damals nach Küstrin eingerückt, wo es also viel Dienst und wenig zu Essen gab und fühlten uns als eine Art Angehörige einer künftigen Befreiungsarmee. Im Oktober fand dann in Küstrin ein Putsch statt, weil der Major Buchucker sich mit der bisherigen Reichswehrführung, die das bisher alles gedeckt hatte, überwarf. Da haben uns dann die Maschinengewehre der Reichswehr belehrt, wer hier das Sagen hat. Das war für mich dann der Grund, in die Reichswehr einzutreten, weil ich in ihr eine Art künftiger Befreiungsarmee sah, wiederum gelenkt von den Traditionen von 1813.
Ich kam dann durch Vermittlung eines Generals Pleiderer nach Ulm zum 5. Artillerieregiment. Das war 1924., nachdem ich das Abitur auf dem Zehlendorfer Gymnasium bestanden hatte.

wir selbst: Eine Frage zu der Separatistenbewegung allgemein: kann man sagen, daß sich die separatistischen Strömungen, soweit es sie gab, aus den deutschen Bürgertum heraus entwickelten und dort ihre Basis hatten und die Arbeiterschaft sich gegen den Separatismus zur Wehr setzte?

R.S.: Das war zweifellos so. Der Widerstand der Arbeiterklasse, sowohl gegen den Separatismus, wie auch im Ruhrgebiet gegen die französische Besetzung mit der Ausrufung des passiven Widerstandes, Streiks, Generalstreik, Sabotageaktionen speiste sich aus der alten Tradition in Deutschland, daß die Arbeiterkalsse für das Reich war. Das ist sogar eine marxistische Tradition. Insofern lassen sich bereits hier jene Spuren finden, die unter dem Wort „Nationalkommunismus" umher geistern. Denn die Arbeiter kämpften damals für die Einheit des Reiches. Es gab bei der kommunistischen Partei eine Losung damals, die hieß: schlagt an der Ruhr den Poincare und den Cuno an der Spree. Cuno war der damalige Reichskanzler des Großbürgertums.

wir selbst: Es gab auch später das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung. Können Sie uns schildern, wie es dazu kam?

R.S.: Dieses Programm wandte sich zunächst und in erster Linie gegen den Versailler Vertrag, den ja Lenin bereits als einen Schandvertrag zur Ausplünderung breitester Massen charakterisiert hatte. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung hat aber wiederum den Klassencharakter besonders herausgestellt und gesagt, daß es ohne die Abschaffung des Kapitalismus keine soziale Befreiung und auch keine nationale Befreiung geben wird, weil das Bürgertum immer dazu neigt, die nationale Sache zu verraten, wenn es in seinem Sinne opportun ist. Und insofern meine ich, braucht man auch gar nicht vom Nationalkommunismus als einer besonderen Variante oder taktischen Methode der Kommunisten zu sprechen, sondern das Nationale ist dem Kommunismus selbst innewohnend. Das kann die Geschichte der Weimarer Republik nachweisen und besonders jenes Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung, das aber erst 1931 herauskam.

wir selbst: Vorher richteten sich Ihre persönlichen Hoffnungen aber in eine ganz andere politische Richtung!

R.S.: Ja, ich hatte mit Kommunisten zunächst nichts zu tun, denn ich war ja in der Reichswehr. Dort lernte ich auch Ludin kennen, der durch die Erschießung Schlageters sehr beeinflußt worden war, denn Schlageter stammte aus Freiburg, der Heimat Ludins. Der Gedanke, daß die Reichswehr Kern einer nationalen Befreiungsarmee sein sollte, trug uns , war uns eigen. Aber bald waren wir von der Reichswehr doch sehr enttäuscht, weil wir die restaurativen Kräfte doch sehr stark empfanden. Zum Beispiel hatten die Reichswehroffiziere und das ganze Offizierskorps alle alten Standesvorschriften und auch den ganzen Standesdünkel des kaiserlichen Heeres übernommen. Da gab es sogar Vorschriften von der Art, welche Frau casinofähig und welche nicht casinofähig war oder auch bestimmte Heiratsvorschriften für Offiziere. Solche Dinge haben uns schockiert: wir lehnten diesen ganzen Dünkel ab, weil wir darin keinen Sinn sahen. Und zum anderen schienen uns zu viele Pensionsanwärter in der Reichswehr zu sein, die nur ihren Dienst schoben, um ein ritterliches Herrenleben zu führen. In Sachen nationaler Befreiung schien sich nicht viel zu rühren.
Natürlich wurde über dieses Problem diskutiert. Es kam noch etwas hinzu; wir hatten in der Reichswehr russisch gelernt, was damals hoch bewertet wurde, weil die Reichswehrführung unter Seeckt mit der Sowjetunion Beziehungen hatte. Es wurden z.B. in der Sowjetunion Flieger ausgebildet. Auch die Ausbildung an anderen, durch den Versailler Vertrag verbotenen Waffen geschah in der Sowjetunion. So daß die alte Orientierung, die bei mir im Unterbewußtsein immer drin war, die deutsche Befreiung mit Rußland zu erreichen, wieder auflebte. aber das ganze schien uns zu langsam zu gehen und auch keinen programmatischen Untergrund zu haben.
Ich wohnte zu der Zeit als Leutnant in Ulm, und dort lernte ich dann auch Arbeiter von Magirus kennen. Das waren Nationalsozialisten, mit denen ich oft diskutierte. Die sagten natürlich : wir machen den nationalen Sozialismus. Und eines Tages, ich erinnere mich noch genau, kam der Ludin auf den Exerzierpaltz gelaufen und schwenkte ein Papier. Er rief: „Das ist es! Das sind die Nationalsozialisten, das ist eine deutsche Arbeiterpartei. Die verlangen die Brechung der Zinsknechtschaft, die verlangen den nationalen Sozialismus. Da gibt es keine Standesvorurteile mehr, da sind alle Deutschen gleich". Er breitete alles vor uns aus, was da so alles an nationaler und sozialer Demagogie in dem Programm drin war. Zu ergänzen ist noch, daß der Gedanke sich an die Nationalsozialisten zu wenden, uns von ei-

nem anderen Oberleutnant eingeblasen wurde. Daraufhin fuhren wir nach München und haben zu den Nationalsozialisten Kontakt aufgenommen.
Die Sozialdemokratie, überhaupt die Linken erschienen uns immer, beeinflußt durch die ganze nationalistische Propaganda der Epoche, als Erfüllungspolitiker, die nicht gegen Versailles waren. In Wirklichkeit war damals alles gegen Versailles, nur waren die Lösungsmethoden unterschiedlich: die Herrschenden versuchten natürlich die Folgen auf die arbeitende Klasse abzuwälzen. Aber das sahen wir damals natürlich noch nicht.
Wir fuhren also einfach einmal zu den Nationalsozialisten hin und wir wurden von einem Pfeffer empfangen. Wir schlugen von uns aus vor, daß wir in die Reichswehr den Gedanken ventilieren wollten, ob, wenn es zu einer nationalen Erhebung kommen sollte, wir auf sie schießen oder Gewehr bei Fuß stehen sollten. Das war natürlich Hochverrat. Diesen Gedanken haben wir dann bei verschiedenen Besprechungen in verschiedenen Garnisonen ventiliert, was natürlich ein Anzeige zur Folge hatte. Interessant ist, wie die Vorgesetzten zunächst einmal reagiert haben. Da gab es eine Meldung, die aber bei Gruppenkommando liegen blieb, weil der Gruppenkommandeur sagte, diese Reden oder Aufforderungen, nicht zu schießem, wenn es zu einer nationalen Erhebung käme, seien Kasinogespräche, die dort jeden Tag geführt würden. Erst als eine zweite Meldung bis zum Reichswehrministerium gelangte, wurde die Sache aufgerollt. Die Folge war die sofortige Verhaftung. Ja, in der Untersuchungshaft hatte ich nun Zeit und bekam ein Buch von Richard Bie, das hieß Revolution und Karl Marx, in der Tendenz wohl ähnlich wie wir selbst. Ich dachte mir aber, daß ich mich jetzt wohl doch einmal mit Karl Marx beschäftigen müßte und ließ mir „das Kapital" von Karl Marx bringen. Nun konnte ich sehen, was überhaupt Tatsache war: die Frage der Ausbeutung, die Frage des Wertes, die Frage der Arbeit, die Frage des Kaufens fremder Arbeitskraft. Kurz, die Bedeutung des Kapitalismus wurde mir bewußt. Und was Sozialismus bedeutet, wurde mir nun einigermaßen klar, wenn auch in Umrissem.

wir selbst: Es heißt, daß Sie in U-Haft auch Kontakt zu Kommunisten bekamen, die Sie entscheidend beeinflußten?

R.S.: Zunächst überhaupt nicht. Ich hatte nur dieses Buch und eine Zeitschrift von Otto Strasser, den NS-Kurier, den ich abonniert hatte. In der Zeit, in der ich in U-Haft saß, trennte sich der Otto Strasser von Hitler und schrieb ein Buch „Ministersessel oder Revolution". Seine Zeitschrift nannte sich fortan „Die nationale Revolution", später dann die „Schwarze Front". Diese Schriften las ich, es waren Stufen einer Entwicklung, die ich in der Untersuchungshaft mitmachte.
Übrigens ist vielleicht interessant, daß ich in der Untersuchungshaft auch den Claus Heim kennengelernt habe, diesen Bombenwerfer von der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung, den Ihr ja auch in Eurer Zeitschrift hervorhebt, wohl eine große Figur in Euren Ideen.
Dann kam es schließlich, im September 1930, zum sog. Reichswehrprozeß (ein Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen die Leutnate Scheringer, Ludin und Oberleutnant a.D. Hans Wendt. die Red.), nachdem die Reichstagswahlen stattgefunden hatten. Bei diesen Wahlen bekamen die Nationalsozialisten plötzlich 114 Abgeordnete ins Parlament, also ein Dammbruch der Nationalsozialisten. Unter diesem Eindruck fand auch der Prozeß statt. Wir erkannten damals noch nicht, was mir später erst klar wurde, daß hier versucht werden sollte, die nationalsozialistische Bewegung, die ja durch den Putsch von 1923 als Hintertreppenpartei oder als obskure Bewegung galt, salonfähig zu machen, weil die Bourgeoisie damals schon mit dem Gedanken umging, bei wachsender Krise - und die Krise - wuchs, sich eine neue Reserve zu schaffen. Denn die Stimmen hatten die Nationalsozialisten nicht umsonst gekriegt, Arbeit und Brot war keine Phrase, sondern die Menschen wollten Arbeit und Brot. Viele Menschen hungerten. Besonders die Dorfarmut war außerordentlich gravierend, und in den Gebieten, in denen viel Heimindustrie war, wie in Thüringen, herrschte furchtbare Not. Und diese Not wurde mit der wachsenden Arbeitslosigkeit immer größer. Vor diesem Hintergrund schlug Frank II (der Strafverteidiger Scheringer, die Red.) vor, Hitler als Zeugen im Prozeß zu laden. Hitler kam und distanzierte sich sofort von uns, sagte, sie, die Nationalsozialisten, hätten überhaupt nichts damit zu tun und hätten auch noch niemals den Gedanken gehabt, Zellen in der Reichswehr zu gründen oder gar revolutionäre



Putsch vom 9.Nov. 1923: Die Nazis proben den Aufstand

Bewegungen zu fördern. Sie seien streng legal und wollten die Reichswehr intakt übernehmen. „Meine Partei ist nicht der Ausfluß einer revolutionären Bewegung" sagte Hitler wörtlich. Das hat ihm das Gericht alles abgenommen. Der Staatssekretär des preußischen Innenministeriums Zweigert, der auch geladen war, um das Gegenteil zu beweisen, also die Obskurität, den Antisemitismus, die bedenkliche Wahl der Mittel dieses Hitlers darzustellen, wurde vom Gericht niedergemacht und kam fast nicht zu Wort. Dafür wurde Hitler zu seiner Aussage vereidigt. Man muß sich den ganzen Hintergrund einmal vorstellen: die gewonnene Wahl der Nationalsozialisten, vor dem Gerichtssaal schrien die Anhänger Hitlers „Deutschland erwache", die Rechtspresse heulte. Es war ein riesiges Theater.
Und wir, denen die Aussage Hitlers ja überhaupt nicht schmeckte, waren plötzlich zu einem Hebel geworden, um diesen Nationalsozialismus ungeheuer zu porpagieren und gaben Hitler auch noch die Tribüne dazu. Das war für uns sehr deprimierend.

wir selbst: Der Sieg des Nationalsozialismus war je gleichzeitig die Niederlage der Arbeiterbewegung. Glauben Sie, nach einem Abstand von 50 Jahren, daß der Sieg der sich pseudosozialistisch gebärdenden Nazis hätte verhindert werden können, wenn die Arbeiterbewegung oder speziell die KPD nicht erst 1931 die Bedeutung der nationalen Frage erkannt und in ihrem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung manifestiert hätte?

R.S.: Das ist schwer zu sagen. Das ist fast die verlangte Quadratur des Kreises, weil ja, das muß man sehen, der erste Weltkrieg mit nationalistischen Parolen geführt worden ist ...

wir selbst: ... mit chauvinistischen Parolen! Wir sehen im Nationalismus grundsätzlich etwas positives, vor allem den völkerverbindenden Gedanken der befreiungsnationalistischen Solidarität aller unterdrückten Völker gegen jede Form von Imperialismus ...

R.S.: ... jedenfalls waren diese Kriegsparolen die Pervertierung des Nationalen: jeder Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos, jeder Tritt ein Brit. So wurde der Krieg geführt. Und die Niederlage, von Versailles einmal ganz abgesehen, war ja eine nationale Niederlage. Dabei hatten die Rechten frühzeitig den Dreh gekriegt und hatten von der Dolchstoßlegende gesprochen, obgleich die deutsche Armee geschalgen war. Ein Dolchstoß hatte nicht stattgefunden. Hindenburg hatte gesagt, wir müssen sofort Waffenstillstand machen. Aber dem Volk hatte man eingeimpft, seine nationale Größe sei durch die Marxisten, durch diese vaterlandslosen Gesellen, zerstört worden. Insofern war alles was rechts war national und damit Gegner der Arbeiterbewegung. Und man muß auch sehen, daß die Matrosen, die das Feuer aus den Kesseln ihrer Schiffe gerissen hatten, um Deutschland zu revolutionieren, hatten dies im Namen einer internationalen Idee getan, nicht im Namen jenes Nationalismus, der im ersten Weltkrieg zuschanden geritten worden war.
Und da kam nun das Bürgertum und heizte den alten Chauvinismus wieder auf mit Leuten wie Hitler, der Thule-Gesellschaft und ähnlichen Gruppen. Von daher war es für die Arbeiterbewegung wahrscheinlich gar nicht möglich, so früh die Anti-Versailles- Parole zur zentralen Parole zu machen. Der Arbeiterbewegung ging es zunächst um die Klassenfrage und um die sozialistische Revolution im Sinne der Völkerverständigung.

wir selbst: Zwischenfrage: wie beurteilen Sie im Rückblick die Rätebewegung in Deutschland?

R.S. Die Rätebewegung war durchweg sozialdemokartisch beinflußt, wenn nicht sogar noch rechter. Nur eine geringe Zahl der Räte war, ähnlich wie in Rußland zu Anfang, bolschewistisch. Auch in Rußland ist es in der langen Zeit der Doppelherrschaft erst gelungen, die Räte ins Lager der Bolschewisten zu bringen. In Deutschland ist es nie gelungen, die Ideen Liebknechts und Rosa Luxemburgs in die Masse der Räte hineinzutragen. Nachdem dann der Rat der Volksbeauftragten etabliert war und die Sozialdemokraten die Macht hatten, gestützt auf große Teile der alten Armee und auf die Generalität und nachdem die wirklich revolutionären Kader niedergemacht wurden, haben sich die Räte in Wohlgefallen aufgelöst und die Macht an die Nationalversammlung übergeben. Ich weiß nicht, ob ihr wißt, daß in der russischen Revolution die Nationalversammlung aufgelöst worden ist von den Bolschewisten. Sonst wäre das dort genau so gelaufen.
Aber der erste nationale Impuls in der Arbeiterbewegung kam durch den Ruhrkampf. Und dieser nationale Impuls fand ja dann auch konsequent Eingang in das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung, aber erst 1931.

wir selbst: Vielleicht sollte man den Faden unseres Gesprächs noch einmal an den Reichswehrprozeß anknüpfen, wo Hitler seinen Legalitätseid ablegte und Sie bitter enttäuscht waren.

R.S.: Ja, ich wurde mit den anderen verurteilt zu 1 1/2 Jahren Festungshaft und kam auf die Festung Gollnow. Ludin kam nach Rastatt, weil er Badener war. Die Preußen, und ich war ja Preuße, weil ich einen preußischen Vater hatte, kamen nach Gollnow. Dort wurde ich mit 30 kommunistischen Mitgefangenen inhaftiert. Da wurde dann natürlich heiß debattiert. Und da ich durch die zurückliegenden Ereignisse an meiner eigenen politischen Ausrichtung zweifelte, war ich natürlich für die kommunistischen Argumente empfänglich. Die Kommunisten waren unbedingt, sie waren radikal, sie legten das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung vor, sie waren für das Bündnis mit der Sowjetunion, dafür waren wir ja auch. So kam ich zu der Erkenntnis, daß die Entscheidung für die Nationalsozialisten eine schlimme Fehlentscheidung war. Man muß sich auch einmal vorstellen, welche Verantwortung wir trugen durch den Reichswehrprozeß und die Möglichkeit Hitlers, dort seinen berüchtigten Legalitätseid ableisten zu können. Das hat ja ungeheure Wellen geschlagen. Es gab die Möglichkeit, Urlaub von der Festungshaft zu beantragen, was ich dann auch tat. Mein Ziel war es die nationalsozialistischen Führer zu stellen. Ich wollte nun Klarheit. Ich bin dann gleich zu Goebbels. Goebbels fragte mich, ob ich ausgebrochen sei und zeigte sich erfreut über meine Anwesenheit, betonte aber gleich, daß er wenig Zeit habe. Ich beharrte jedoch darauf, mich mit ihm auszusprechen über das nationalsozialistische Programm, über die Brechung der Zinsknechtschaft, über die nationale Revolution. Goebbels sagte nochmals, daß er wenig Zeit habe, da er noch am gleichen Abend nach München fahren mußte. Ich entschloß mich sofort, mit nach München zu fahren. Im Zug kam Goebbels dann zu mir in das Abteil der dritten Klasse. Da habe ich ihm dann alle meine Fragen vorgetragen, z.B. wie das nun wäre mit der Brechung der Zinsknechtschaft. Daraufhin sagte Goebbels wörtlich: „Also hören Sie mal, Brechung der Zinsknechtschaft, das ist doch ein Federscher Unsinn, das hat der Feder erfunden, da kriegt ja nur der das Brechen, der so etwas lesen muß". Auf meine Frage, was sozialisiert werden sollte nach der Machtübernahme, antwortete er, daß man doch die Initiativen der Unternehmen nicht einschränken werde, sozialisieren werde man höchstens, was sozialisiert werden muß, vielleicht die Eisenbahn. Sonst werde nicht sozialisiert. Goebbels: „Was wir brauchen, ist die Macht, um Ordnung zu schaffen, um einen sauberen Staat aufzubauen. Wir sind auf die Unternehmerinitiativen angewiesen". Dabei wird auch eine Rolle gespielt haben, daß er in mir den Leutnant sah, der doch sicherlich eine rechte Gesinnung hatte. Aber ich wollte ja etwas ganz anderes hören. Ich wollte die revolutionäre Haltung gegenüber dem Bürgertum, dem Kapital bestätigt bekommen. Bestätigt fand ich nun das die Nationalsozialisten eine Schutztruppe des Großkapitals war.

wir selbst: Aber dennoch wollten Sie sich diese Tatsache wohl noch einmal von höherer Stelle, von Hitler selbst bestätigen lassen.

R.S.: Ja, ich bin dann mit nach München gefahren und habe die ganzen Größen aufgesucht, den Röhn u.a. Dort bekam ich laufend Posten angeboten, weil die dachten, daß ich aus dem Grund nach München gekommen sei. Schließlich kam ich zu Hitler. Heß stand neben ihm. Sogleich begann Hitler: „Ja, ich weiß schon, auch wenn man uns einsperrt, auch wenn man uns in goldene Käfige einsperrt..." Dann hat er agitiert, agitiert wie in einer Volksversammlung. Auf meine



Goebbels soziale Demagogie im Interesse des Großkapitals

Fragen ging er gar nicht ein. Auf meine Frage, wie er zum Kapitalismus stehe, wich er aus, indem er verkündete, man werde den neuen deutschen Menschen schaffen. Seine ganze Rede war ein einziges Bekenntnis zur Macht. Er hat auf überhaupt keinen Eindruck gemacht. Viele auch Generäle, waren ja stark beieindruckt, wenn Hitler seine emotionalen Ergüsse von sich gab.

wir selbst: Waren diese Enttäuschungen für Sie der Grund in die KPD einzutreten?

R.S.: Nein, das ist ein Irrtum, ich bin nicht in die KPD eingetreten, sondern ich habe eine Erklärung abgegeben, die beinhaltete, daß Hitler die Revolution verraten habe, daß er ein Instrument der herrschenden Mächte sei, daß er dem Kapitalismus kein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat entfaltet habe, und zum Schluß erklärte ich: „Ich sage mich endgültig von Hitler und dem Faschismus los und reihe mich ein in die Front des wehrhaften Proletariats. Für die nationale und soziale Befreiung, für Arbeit, Freiheit und Brot." Die KPD ließ daraufhin den Abgeordneten Kippenberger zu mir kommen, der mit mir besprach, diese Erklärung vor dem Reichstag zu verlesen. Als Kippenberger die Erklärung vor dem Reichstag verlesen hatte, zog das große Kreise, allerdings eher in der Linken als in der Rechten. Ich schrieb dann, immer noch in Festungshaft sitzend, einige Artikel für verschiedene Zeitschriften.
Während dieser Zeit bildete sich die Zeitschrift „Aufbruch". Ihr würdet sie als „nationalrevolutionäre Zeitschrift" im Rahmen der KPD betrachten.

wir selbst: Wurde diese Zeitschrift von der KPD finanziert?

R.S.: Ja, sie wurde von der KPD herausgegeben und finanziert. Zudem gab ich eine Broschüre heraus, die von der KPD in einer Auflage von 300 000 gedruckt wurde. Die Genossen verteilten diese Schriften natürlich eifrig und warfen sie auch über die Mauern der Kasernen. Das war wiederum Zersetzung der Reichswehr, damals ein Straftatbestand. Angeklagt wurde ich aber aufgrund meiner Erklärung wegen Hochverrats. Dieser zweite Prozeß fand statt im Februar 1932.
Dieser Prozeß war nun für mich der Beweis, wie sehr die Bourgeoisie oder die Besitzenden, das Großkapital bereits zu dieser Zeit mit Hitler geliebäugelt hat. Denn wenn schon einer sich einmal gegen diese immer noch größer werdende Welle des Nationalsozialismus erklärte, hätte man dies ja auch gelten lassen können, als antifaschistische Äußerung. Das hat das Gericht aber keineswegs. Ich wurde prompt wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, diesmal zu 2 1/2 Jahren. Das zeigt wohin die Tendenz der späten Weimarer Republik ging. Es wirft zugleich die Frage auf, ob diese Republik überhaupt zu retten war. Ich halte das für sehr fragwürdig.

wir selbst: Würden Sie der These zustimmen, daß der Faschismus der Ausnahmezustand des Kapitalismus ist?

R.S.: Ja, unbedingt. Wobei natürlich auch eine Militärdiktatur der Ausnahmezustand des kapitalistischen Systems sein kann. Der Faschismus ist noch etwas mehr, weil er die Massensuggestion beinhaltet. Das macht das Besondere des Faschismus aus. Das Phänomen des Faschismus hängt auch mit der Entwicklung der Massenmedien zusammen, denn das erste, was Hitler einführte, war der Volksempfänger.Es ist ja schon erstaunlich, daß der Faschismus in Deutschland überhaupt zur Macht kommen konnte, bei der starken Gewerkschaftsbewegung, der starken Tradition der Arbeiterbewegungen, noch erstaunlicher aber ist es, daß dieser Faschismus von einer Jugend bis zur letzten Brücke verteidigt wurde, daß er von innen nicht zu stürzen war.

wir selbst: Hatten Sie Kontakte zu nationalrevolutionären Gruppen in der Weimarer Zeit, und wie war Ihre Haltung zu ihnen?

R.S.: Noch während meiner Untersuchungshaft hatte Ernst Niekisch mir eines seiner Bücher zugesandt. Später bekam ich von verschiedenen Nationalrevolutionären Besuch, u.a. auch von Karl Otto Paetel. Es stellte sich mir natürlich die Frage, ob ich mit diesen Gruppen zusammenarbeiten sollte. Später, in der Illegalität, habe ich auch mit diesen Gruppen zusammengearbeitet, vor allem der Niekisch-Gruppe. Aber ich konnte mich nicht zu dem Niekisch-Programm oder dem Paetel-Programm bekennen.



Antifaschist Ernst Niekisch

wir selbst: Woran lag das? Konnten Sie sich nicht mit der Ideologie der Nationalrevolutionären befreunden? Oder war es die unglaubliche Zersplitterung der verschiedenen NR-Gruppen und -Grüppchen, die Sie abstieß?

R.S.: Ich glaube, der Grund liegt einfach darin, daß die große Macht und Kraft, die in der sozialistischen Weltbewegung und in ihren existierenden Staaten liegt, von den Nationalrevolutionären nicht aufgegriffen wurde. Die KPD war den Nationalrevolutionären einerseits zu autoritär, andererseits zu wenig nationalistisch. Und dann muß man auch sehen, daß aus den Artikeln Niekischs nie klar hervorging, ob er das Bündnis mit der Sowjetunion suchte oder vielleicht doch die Eroberung. Seine These war ja, daß unsere Zukunft im Osten liegt. Der Osten sei das Land, während der Westen die urbane Verkommenheit der römischen Zivilisation. Das hat Hitler ähnlich ja auch gesagt. Aber verstehen Sich mich nicht falsch, Niekisch war ein großer Widerstandskämpfer gegen Hitler. Nur war seine Hinwendung zum Osten eben zu verschwommen. Aber es gab Kontakte, vor allem über Kippenberger, der KPD zu den Nationalrevolutionären und vor allem zu Niekisch.

wir selbst: Es gab ja auch Bestrebungen der KPD, die sozialrevolutionären Nationalisten an sich zu binden, wobei es wohl zur Strategie der KPD gehörte, auch in die SA hineinzuwirken. Und das auch noch nach der Machtübernahme durch die Nazis.

R.S.: Nach der Machtübernahme wurde ich durch Ludin aus der Haft geholt. Ludin hatte sich von Hitler überzeugen lassen und war bei den Nazis geblieben. Er wurde SA-Gruppenführer.
In Freiheit traf ich dann in Berlin den Rudi Schwarz, ein Mitarbeiter von Kippenberger, der mit uns in Gollnow gesessen hatte. Rudi Schwarz sagte mit, daß ich illegal einige Briefe an die SA schreiben solle, war ich auch tat. Außerdem gab er mir mit auf den Weg, ich solle unter den nationalrevolutionären Gruppen wirken. Bei dem nächsten vereinbarten Treffen erschien Rudi Schwarz 'Frau und teilte mir mit, daß die Nazis ihren Mann verhaftet hätten. Er wurde in der Haft umgebracht. Für mich blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als hier nach Bayern auf den Dürnhof zu gehen. Von hier aus nahm ich Kontakt zur Niekisch-Gruppe auf.
Als die Röhm-Revolte sich vorbereitete nahm auch Ludin wieder Kontakt zu mir auf. Die SA wollte nun auf einmal den Sozialismus. Jetzt sollte es gegen die Großen gehen. "Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen ...", nachdem Rotfront erledigt war, wollte die SA nun gegen die Reaktion vorgehen. Auch Ludin wollte etwas gegen die Reaktion unternehmen. Er forderte mich auf, zu ihm zu kommen. Auf dem Weg zu einem SA-Treffen wurde ich dann abermals verhaftet und erfuhr von dem Röhm-Putsch erst in der Haft. Die SA-Führer waren bereits erschossen. Ludin hatte man vorher abgesondert, weil er als ehemaliger Reichswehr-Offizier nicht erschossen werden sollte. Ich wurde nach einiger Zeit wieder aus der Haft entlassen.

wir selbst: Später hatten Sie auch Kontaktzur Widerstandsgruppe "Weiße Rose".

R.S.: Ja, die Geschwister Scholl verkehrten hier auf dem Dürnhof bereits seit 1937. Mit Hans Scholl hatte ich einen engeren Kontakt, wir standen über lange Zeit in regem Briefwechsel. Eine weitere Scholl-Schwester war später hier als Kindermädchen, die uns auch, als Sophie und Hans bereits ihre Widerstandsgruppe aufgebaut hatten, eines der Flugblätter zeigte. Ich wußte sofort, daß das hochgehen wird. Wenige Tage später war dann auch die bekannte Aktion in der Münchener Universität, bei der Sophie und Hans verhaftet und kurz darauf hingerichtet wurden. Auch in dieser Sache wurde ich wieder vernommen, hatte aber bereits meinen Stellungsbefehl für den Einsatz an der Westfront und kam so an Schlimmerem vorbei. Ich bin auch heute noch davon überzeugt, daß Ludin, der immer noch SA-Gruppenführer war, seine schützende Hand über mich gehalten hat.

wir selbst: Kommen wir nun zur Nachkriegszeit. Wir wissen, daß die Spaltungspolitik Adenauers, den man ja den Kanzler der Alliierten nannte, in erster Linie verantwortlich war für die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis und in der Folge somit für die Teilung Deutschlands. Unter diesen Folgen haben wir noch heute zu leiden. Wir wissen, daß Sie von Anfang an gegen diese verhängnisvolle Adenauerpolitik eingetreten sind und dafür auch wieder politisch verfolgt wurden. Können Sie uns darüber etwas erzählen?

R.S.: Nach dem Krieg kam ich zunächst in ein amerikanisches Gefangenenlager, in ein regelrechtes Hungerlager. Dort erkrankte ich an der Ruhr und wäre dabei beinahe eingegangen. Nach meiner Entlassung wurde ich Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium.
In dieser Zeit habe ich dann erlebt, wie die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz stattfand. Bei dieser verfassungsgebenden Versammlung ging es um die Präambel. In der Präambel sollte stehen, daß, wenn es zu einer gesamtdeutschen Reichsverfassung käme, alle Bestimmungen der bayerischen Verfassung, die im Widerspruch zur Reichsverfassung stehen zurücktreten sollten. Dies nach dem alten Grundsatz "Reichsrecht bricht Landesrecht". Dagegen tobte der sozialdemokratische Ministerpräsident Högner und natürlich auch die gesamte CSU. Eine Ausnahme bildete Dehler von den Demokraten und wir, die Kommunisten. Wir waren damals mit 12 Mandaten in der verfassungsgebenden Versammlung. Nachzutragen ist, daß ich 1945 in die KPD eingetreten bin.
Interessant war nun, nachdem die Periode der Vorberatungen für die Gesetzgebung, also die Formulierung der Artikel der bayerischen Verfassung stattgefunden hatte, in der letzten Lesung im Plenum, kam der Högner mit



Beginn der NS-Barbarei: Bücherverbrennung auf dem Opernplatz in Berlin am 10.05.1933.

einem Zettel und sagte, daß wir noch eine Übergangsbestimmung einfügen müßten, weil die Amerikaner wünschten, daß noch etwas mit aufgenommen werden müsse: Wenn es innerhalb eines Teiles Deutschlands, nämlich der westlichen Besatzungszonen, zu einem Bundesstaat käme, dann sollten die Bestimmungen der bayerischen Verfassung gegenüber der Verfassung des Bundesstaates zurücktreten. Das war 1946, also bereits zu dieser Zeit war der Kurs in Richtung auf einen Bonner Separatstaat festgelegt.
Der zweite Schritt in diese Richtung war dann Anfang 1947 die bereits erwähnte Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, wo die Vertreter der Sowjetzone, wie sie damals mit Recht noch hieß, gegenüber den westlichen Besatzungszonen mit dem gebundenen Mandat kamen, nur über die Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands zu sprechen, also über die Voraussetzungen von Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung. Die westlichen Vertreter kamen mit dem gebundenen Mandat, nicht über ein solches Thema zu reden, sondern nur über Erleichterungen der Postverbindung, der Ernährung, des Verkehrs usw. An dieser Differenz ist diese Konferenz gescheitert.
Als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium wurde ich von den Amerikanern bald wieder gefeuert, weil ich schon einmal gegen eine Besatzungsmacht opponiert hatte und damals, in der Zeit der französischen Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg, zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Allerdings hatte ich mit dem Landwirtschaftsminister Baumgartner immer noch Kontakt. Baumgartner bekam eine Einladung vom Ernährungsminister des Landes Thüringen, über gesamtdeutsche Fragen zu sprechen. Ich fuhr mit hin.

Der russische General Kolessnischenko empfing die Delegation und meinte, daß man nun unbedingt eine neue gesamtdeutsche Verhandlungsrunde anstreben müsse.

Wir fuhren dann auch nach Berlin, wo ich von Ulbricht empfangen wurde, der mir warnend vorhielt, aufzupassen, die Einheit Deutschlands nicht aus den Augen zu verlieren. Ulbricht wörtlich: "Die im Westen wollen die Einheit Deutschlands nur auf der Grundlage ihres Systems." An den weiteren Gesprächen des Minister Baumgartners war ich dann nicht mehr beteiligt. Soweit diese Episode.

wir selbst: Aber Sie waren auch weiterhin noch gesamtdeutsch aktiv, zumindest im Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft.

R.S.: Ja, diesen Arbeitskreis haben wir nach unserer Reise gegründet mit dem Ziel, gesamtdeutsche Beziehungen auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft herzustellen. Übrigens, nebenbei gesagt, war auch die FDJ damals gesamtdeutsch orientiert. Gegründet wurde unser Arbeitskreis Ende 1947 in Frankfurt unter Beteiligung des Agrarwissenschaftlers Mitscherlich aus der DDR. Allerdings wurden unsere Kontakte mit den Kollegen aus dem Osten damals von den Amerikanern verhindert, die uns keine Einreisegenehmigung in den Ostsektor geben. Man kann sagen, daß der Westen bewußt diese gesamtdeutschen Beziehungen blockierte. Aber trotz Verbot sind wir natürlich doch recht oft rüber gefahren. Schließlich kam es sogar zu einem Verbot dieses Arbeitskreises im Westen mit der Begründung, daß es sich dabei um eine sowjetische Tarnorganisation handele. Ebenso wurde die FDJ verboten.

wir selbst: Soweit wir unterrichtet sind, waren Sie dann auch in einer Soldatengruppe aktiv, die sich gegen die Wiederbewaffnung und gegen den Eintritt der BRD in die NATO einsetzte.

R.S.: Ja, das war noch vor den Pariser Verträgen. Da waren eine ganze Reihe von ehemaligen Kameraden aus der alten Reichswehr dabei, die sich alle gegen die Wiederbewaffnung aussprachen.
Aber für Euch dürfte noch interessant sein, daß die KPD ein Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands herausgebracht hat. Ich war in der Programmkommision, zusammen mit Max Reimann und Grete Thiele. Unter anderem stand in diesem Programm, daß der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands frei wird durch den revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes. Diese Formulierung gab Anlaß, dieses Programm als hochverräterisch zu erklären und zunächst einmal die Verteiler zu verhaften. Das Programm wurde 1952 veröffentlicht. Darauf wurden die Urheber des Programms verhaftet, mich steckte man 1954 in Untersuchungshaft. Nach kurzer Zeit wurde ich wieder entlassen, und 1956 war dann der Prozeß, bei dem ich zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die KPD wurde im selben Jahr verboten: erstens wegen ihres Bekenntnisses zum revolutionären Marxismus-Leninismus und zweitens wegen dieses Programms, weil dieses Programm den Aufruf zu einer revolutionären Handlung enthielt. Mein Strafmaß ging noch ein halbes Jahr über das hinaus, was der Generalbundesanwalt beantragt hatte. Nach einer öffentlichen Protestwelle kam es zu einer Strafaussetzung auf Bewährung. Die Bewährungszeit war auf 4 Jahre bemessen.
Hier in einer Lokalzeitung, an der ich mitarbeitete, haben wir dann in einer Faschingsnummer den Strauß durch den Kakao gezogen. Damit war der Straftatbestand der Beleidigung erfüllt, was zur Folge hatte, daß ich wieder einmal verhaftet wurde und in Landsberg meine Strafe absitzen mußte.

wir selbst: Nachdem die damaligen Bemühungen um eine gesamtdeutsche Lösung gescheitert waren und das Adenauer-Regime nicht gestürzt werden konnte, erleben wir heute eine Rüstungspolitik ohne gleichen. Mit Kohl und Reagan sind ausgesprochene Kreuzzugspolitiker an die Macht gekommen. In diesem Jahr steht uns die Raketenstationierung in der BRD bevor, wodurch nach unserer Meinung die Gefahr eines Atomkrieges enorm erhöht wird, an dessen Ende die Vernichtung des gesamten deutschen Volkes stehen kann, denn die Hauptkampflinie geht mitten durch unser Land. Welche Bedeutung messen Sie der Friedensbewegung bei?

R.S.: Ich sehe in diesem Zustand die Fortsetzung eines Verhängnisses, des Verhängnisses, das bereits in der Weimarer Republik begann, mit der faschistischen Diktatur und dem Krieg fortgesetzt wurde, sich weiterentwickelte mit der Besetzung Deutschlands durch die Besatzungsmächte und, nachdem es nicht gelungen ist, diese Besatzungsmächte durch freie Wahlen in ganz Deutschland wegzubekommen, einen Friedensvertrag mit und für ganz Deutschland zu schließen, heute fatale Auswirkungen hat. Es wirkt sich besonders gefährlich aus, weil die Vernich-



Richard Scheringer: Ich sehe den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur über die Brechung der Macht des Kapitals.



tungsmaschinerie heute entsetzliche Ausmaße angenommen hat und die von Ihnen angesprochene Raketenstationierung die atomare Konfrontation schafft, wenn die Stationierung nicht verhindert werden kann. Um die Stationierung zu verhindern, muß man die Friedensbewegung unterstützen, und zwar unabhängig von unterschiedlichen politischen Auffassungen oder weltanschaulichen Differenzen. Die Sowjetunion hat ihrerseits die Bereitschaft erklärt, abzurüsten und, nach meiner Meinung am klarsten durch Sarkladin, der im September 1979 in einem Spiegel-Interview die Bereitschaft zur vollständigen atomaren Abrüstung erklärt hat, natürlich unter der Voraussetzung, daß der Westen sich ebenfalls zur Vernichtung aller Atomwaffen bereiterklärt. Es ist zudem ein Faktum, daß die Sowjets bisher, im Gegensatz zu den Amerikanern, keine Atomwaffen eingesetzt haben. Ich bin überzeugt davon, daß sich die Erkenntnis durchsetzen wird, daß in der heutigen Zeit keine Atomwaffen eingesetzt werden können, ohne den gesamten Planeten zu vernichten.

wir selbst: Glauben Sie nicht auch, daß durch ein stärkeres Anwachsen der Friedensbewegung sich die Chance vergrößert, daß sich die beiden deutschen Staaten BRD und DDR annähern könnten, vielleicht sogar die deutsche Einheit wieder in den Bereich des Realen rückt?

R.S.: Zunächst glaube ich, daß sich der Frieden nur erreichen läßt, wenn man den Bestand der vorhandenen Waffen reduziert und in Europa friedlich Koexistenz praktiziert, das heißt für uns, gute nachbarschaftliche Beziehungen zur DDR herzustellen. Ich bin nicht der Meinung, daß man die Staatlichkeit der DDR, jetzt, nachdem sie existiert, einfach auflösen kann. Im Gegenteil, ich würde in der Anerkennung dieser Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden einen Schritt in Richtung auf Entspannung sehen, weil wir zur Zeit den Zustand haben, daß durch die Ostverträge und den Grundlagenvertrag die DDR formell anerkannt ist als Staat, aber de facto dennoch keine Anerkennung besteht.
Es gibt immer noch keine Staatsbürgerschaft der Menschen in der DDR, die von der heutigen Bundesregierung anerkannt wird. Das ist um so widersprüchlicher, als ja diese beiden Staaten erst aufgrund der Politik der Bundesrepublik entstanden sind. Wenn sich die Politik der Kommunisten durchgesetzt hätte, wären diese beiden deutschen Staaten nicht entstanden. Nun aber, da sie existieren, und die da drüben eine sozialistische Veränderung in Gang gesetzt haben, zumindest die Macht des Kapitals entmachtet haben, zumindest keine Erwerbslosen haben, zumindest die Jugendlichen unterbringen können uns sie nicht dem Hasch ausliefern, da ist es nicht richtig, die selbstständige Existenz der beiden Staaten abzulehnen. Vielmehr meine ich, daß man die Ursachen dieser Spaltung, nämlich die Interessen des großen Kapitals, abschaffen sollte. Und wenn sich eine gesellschaftliche Veränderung in Mitteleuropa ergibt, das hat ja Honecker eindeutig gesagt, dann stellt sich die deutsche Frage neu.

Wenn sich die Militärpakte einmal auflösen sollten, und ich befürworte das, dann könnte jener, schon von Walter Ulbricht entwickelte Gedanke einer deutschen Konföderation wieder aufgegriffen werden. Aber als Kommunist muß ich sagen, daß ich den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nur über die Brechung der Macht des Kapitals sehe. Und noch eines muß ich Ihnen sagen: ich habe mich mein ganzes Leben für die Sache der Nation eingesetzt und tue es noch heute. Aber bei der heutigen technischen Entwicklung sehe ich die Idee der Nation in der Zukunft nur in der Einbettung in eine weltweite, international organisierte Kraft. Anders werden die ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen nicht zu lösen sein.

Daten aus dem Leben des Richard Scheringer

Ein Leutnant der Reichswehr, der sich als nationalrevolutionärer Deutscher zusammen mit den Kommunisten gegen die Nazis stellt - das war im Jahr 1931 einfach ungeheuerlich, im Grunde gar nicht zu glauben. Denn das Offizierskorps galt als gesicherter Hort rechtsgläubiger sogenannter „nationaler" Tradition, abgeschottet von allen Regungen der Arbeiterbewegung. Wo kommt so einer her und wo entwickelte er sich hin, der das gewagt hat? Nachstehend einige Daten aus dem Leben des Richard Scheringer:

10.03.1923, Zerstörung der Gutenberg-Druckerei in Koblenz

10.03.1930, Verhaftung Richard Scheringers wegen Verdacht hochverräterischer Unternehmungen
07.10.1930, Verurteilung wegen Hochverrat zu eineinhalb Jahren Festungshaft
Februar 1931, Scheringer entlarvt in persönlichen Gesprächen auf einem Hafturlaub die führenden Nazigrößen
18.03.1931, Scheringer-Erklärung zur nationalen und sozialen Befreiung im Reichstag verlesen.

Januar 1939, Verhör Scheringers im Prozeß gegen Niekisch, Drexel, Tröger und Genossen.
Februar 1943, Polizeiaktionen auf dem Dürrnhof in Zusammenhang mit den Aktivitäten der „Weissen Rose"

Frühjahr 1947. Gründung des „Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Land - und Forstwirtschaft
Monate später: Verhaftung Scheringers auf einem gesamtdeutschen Bauerntreffen in Eisenach durch sowjetische Besatzungssoldaten, weil er dort äußerte, daß diesseits und jenseits der Zonengrenze der deutsche Maienwald sei, und daß er, um nach Eisenach zu kommen, die Posten zweier Besatzungsmächte habe unterlaufen müssen und man Schluß machen müsse mit dem Unsinn.
1954, Verurteilung wegen eines „Programmes zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" in der BRD.
Heute, Mitglied des Parteivorstandes der DKP

Müssen Deutschlands Wälder verrecken?

Profitsucht der Konzerne zum Schaden des Volkes



Daß unser Wald nicht mehr das ist, was er einst war – Sauerstoffspender, "grüne Lunge" für staub- und abgaserfüllte Städte, Wasserspeicher, Temperaturausgleich, Schutzkleid der Berghänge, Erholungsgelände – steht außer Doch wenn auch die Lage örtlich kritisch geworden ist, so ist der Wald doch noch das relativ unversehrteste Öko-System, nachdem hierzulande außer kurzen Quellbächen kaum mehr reines, naturbelassenes Wasser vorhanden ist, nachdem Teiche, Tümpel, Moore, Heiden und Ödland bis auf meist klägliche Reste verschwunden sind. Die große Lebensgemeinschaft des Waldes umfaßt alles: die Bäume von der Krone bis zu den Wurzeln, die Sträucher, Gräser, Farne, Blumen, Pilze, Flechten, Moose, die Fauna vom Wild und den Vögeln bis zu den Insekten und Würmern, bis zu den Milliarden Kleinstlebewesen – alles hängt mit allem zusammen und ist aufeinander angewiesen. Und dieses Öko-System steht in ständigem Austausch mit Sonnenlicht und -wärme, mit Wasser, Regen, Schnee, Luft und Wind, mit dem Gesamtleben der Erde, ja es ist ein unentbehrlicher Teil dieses Gesamtlebens, zugleich ein wesentlicher Bestandteil der meisten Landschaften, die es ja mitgestaltet.

Von der Landwirtschaft müßte man daher – neben ihrer wirtschaftlichen Funktion der allgemeinen Versorgung der Bevölkerung mit biologisch einwandfreien Nahrungsmittel – die Gesunderhaltung der Landschaft verlangen. Hierzu gehören u.a.: Anlage und Erhaltung von Feldgehölzen, Waldstücken, Gebüschen, Feuchtgebieten, Teichen und Mooren. In ähnlicher Form gelten diese Forderungen auch für die Forstwirtschaft: Im Vordergrund muß auch hier neben dem Verbot aller chemischen Mittel und der Forderung nach einem gesunden Mischwald mit optimalem Gleichgewicht der Fauna und Erhaltung möglichst vieler Tier- und Pflanzenarten die allgemeine Landschaftspflege stehen.

Tatsächlich aber wird Agrarwirtschaft – besonders von staatlicher und öffentlich-rechtlicher Seite – mit einer ungebremsten "Flurbereinigung" betrieben, die Hecken und Feuchtgebiete ausmerzt, Bäche und Flüsse vom Wasserbau naturfeindlich begradigen läßt und auf ihren Monokulturen ausgiebig Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel streut. Dadurch wird Flora und Fauna nachhaltig dezimiert. Kritiker dieser Vernichtungsstrategie des Kapitals meinen denn auch zu Recht, im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sei die Oberaufsicht über Naturschutz und Naturzerstörung zugleich vereinigt.

Angesichts dessen müssen sich die Experten des staatlichen Naturschutzes, die sich mit Vegetationskunde, Naturschutz, Tierökologie, Landschaftspflege und Landschaftsökologie befassen, geradezu als "Reparaturbetrieb" der bundesdeutschen Industriegesellschaft verstehen. Wohl haben sie viele Gesetze initiiert, Flora und Fauna der ganzen Bundesrepublik kartiert, Belastungskriterien für Öko-Systeme ermittelt, erfolgreiche Biotop- und Artenschutzprogramme für Kröten, Biber, Ottern, Uhus, Wanderfalken, Luchse und Edelkrebse entwickelt und viele wirklich bahnbrechende Gutachten zur Landschaftsplanung entwickelt. Die novellierten Jagdgesetze entsprechen der Wildbiologie etwas mehr, und die BRD besitzt seit Anfang der 70er Jahre ein rechtliches Instrumentarium für den Umweltschutz, das – auf dem Papier! – weltweit kaum einen Vergleich zu scheuen braucht. Die diversen Bundesgesetze für die Bereiche Natur, Abwasserabgabe, Immissionen, Abfallbeseitigung und Bau könnten zweifellos viele natürliche Lebensräume erhalten – wenn sie nicht soviele unternehmerfreundliche Schlupflöcher hätten und strikt angewendet würden. Aber im Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie haben Tier und Pflanze die schwächere

Lobby gegenüber "Flurbereinigung" und Industrialisierung nach EG-Modellen.

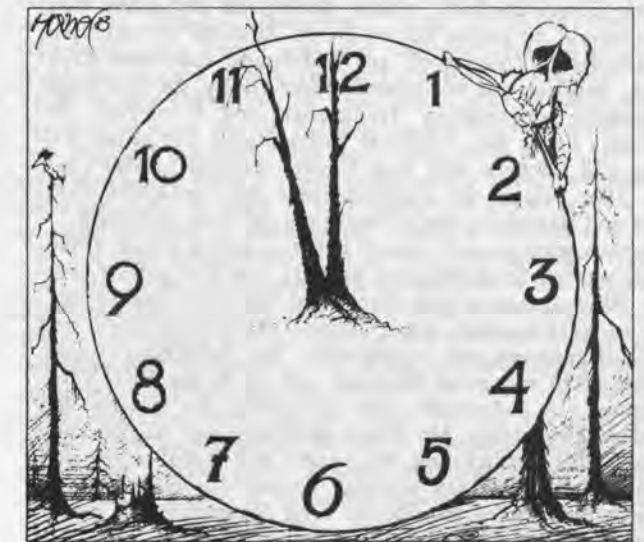
Mit Hilfe der wissenschaftlichen Systemanalyse und der Computersimulation kann man, sofern man mit den Errungenschaften der Informations- und Datenverarbeitung vertraut ist, unschwer feststellen, daß die bundesdeutsche Statistik nach wie vor ein irreführendes Bild wachsender Wälder zeichnet. Nach der letzten offiziellen Statistik hat die Waldfläche der BRD seit 1967 um 2 % zugenommen. Tatsächlich aber droht ein Drittel dieser Wälder zu verkarsten, 29,5 % der Bundesrepublik und 40 % des österreichischen Territoriums sind gegenwärtig mit Waldungen bedeckt. Somit hat jeder Einwohner Bayerns – statistisch gesehen – eine Waldreserve von 2300 Quadratmetern. In Nordrhein-Westfalen sind es nur noch 600 Quadratmeter pro Kopf und im Ruhrgebiet gar nur 100.

Während in den Ballungsräumen der Wald als "Verkehrshinternis" betrachtet und daher ständig dezimiert wird, um Platz für Schnellstraßen und Autobahnen zu schaffen, wird fern von den Städten – vor allem dort, wo selbst die Landwirtschaft unrentabel ist – weiter aufgeforstet. Dies geschieht aus Profiterwägungen hauptsächlich mit Fichten, auch an Laubwaldstandorten, und daraus ergeben sich schädliche ökologische und hydrologische Folgen. In den riesigen Monokulturen – den reinen Nadelgehölzen, aus denen 2/3 aller Wälder in der BRD bestehen – können sich nämlich Schädlinge explosionsartig vermehren, weil die biologische Abwehr fehlt. Dies gilt vor allem für künstliche Nadelwaldstandorte oder in gleichförmigen und ökologisch verarmten Nadelholzpflanzungen. Außerdem werden schnell wachsende Monokulturen von Nadelbäumen sehr stark von Schneebruch, Sturmschäden und Waldbränden heimgesucht.

Dennoch stimmt meist die Kasse der Forstherren: Nadelwälder sind bereits nach 70-80 Jahren "erntereif", Laubbäume erst nach 150-200 Jahren. Im übrigen bringt ein Festmeter Fichtenholz fast doppelt soviel ein wie ein Festmeter Buche oder Esche, weil das weichere Nadelholz technisch besser verwertbar ist. Der eigentliche "Kaputtmacher" des Waldes ist also letztlich die Profitwirtschaft.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte, die den Wert von Bäumen ausschließlich in Festmetern und Handelsklassen messen, haben den Wald zur bloßen Holzfabrik verkommen lassen. In einer Ära rücksichtsloser Wirtschaftskämpfe zieht der Wald – wie die gesamte Natur – fast immer den kürzeren; in der kapitalistischen Gesellschaft sind sie rechtlose "Sachen". Zwar halten Bürgermeister, Landräte und Minister alljährlich am "Tag des Baumes" tiefschürfende Ansprachen und pflanzen sogar eigenhändig ein Bäumchen; an den übrigen 364 Tagen des Jahres können sie es nur selten verhindern, wirken vielmehr tatkräftig mit, daß in der BRD täglich rund 120 Hektar freies Land – hauptsächlich Wald – gerodet, bebaut, betoniert oder sonstwie als Natur vernichtet werden. Im Jahr sind das mehr als 400 Quadratkilometer – nicht viel weniger als die Fläche des Bodensees (in Österreich wird der Boden täglich um 35 Hektar weniger).

" Die Förster sind grüne Konkursverwalter", schreibt der bekannte Naturschützer Horst Stern. Ihr Idealbild ist der "aufgeräumte, der möblierte Wald" – pflegeleicht für die Interessen der Holzindustrie, leicht zu begehen für bauchlastige Großstädter, die hier die Illusion von Freiheit und Ungebundenheit auskosten wollen. Nach Stern muß der Wald heute besonders "vor der Ernte-Besessenheit der Ökonomen und vor den maßlosen Ansprüchen einer Freizeitgesellschaft" geschützt werden. Gemeint ist die lawinenartig anschwellende Flut der Waldbenutzer – der Massenwanderer, Motorisierten, Reiter, Griller und sonstigen "Erholungssuchender".



Der Wald – lebendes Holzvorratslager, Bauland-Reserve für Landräte und Bürgermeister, Beute von Grundstücksspekulanten – wird buchstäblich ausgeraubt. Die einseitige Begünstigung des Nadelholzes, die vor 200 Jahren begonnen hat, war ökonomisch bedingt und damals das Mittel zur Sanierung verwahrloster Bestände. Heute wünscht man wieder größeren Anteil an Laubholz. Diese Umstellung wird jedoch u.a. erschwert durch das Wild: es verbeißt und verfegt Jungpflanzen, vor allem Laubbäumchen, es kann ungeschützte Kulturen vernichten, zwingt also mindestens zu höheren Ausgaben. Verantwortlich ist jedoch die naturfeindliche, unersättliche Habgier des Menschen, der alles für sich allein haben will, der Monokulturen angelegt hat, nunmehr Felder und Fluren zu baum-, strauch- und heckenlosen Plantagen macht, mit Chemikalien weithin alles „Unkraut" (einschließlich der bescheidensten Bodenpflanzen) vernichtet, so daß die ganze darauf angewiesene Fauna weder Nahrung noch Unterschlupf mehr findet und deshalb - soweit sie noch immer überlebt - in den Wald auszuweichen versucht.

Welche Konsequenzen die tägliche Landschaftszerstörung durch das Kapital hat, ersieht man aus der von der Bonner Forschungsanstalt erstellten „Roten Liste", in der die vom Aussterben bedrohten Tiere und Pflanzen erfaßt sind. Die makabre Liste des sterbenden Lebens an einigen Beispielen: 67% der Kriechtierearten, 58% der Lurche, 48% der Libellen, 47 % der Säugetiere, 39% der Bienen, 36% der Vögel, 33% der Großschmetterlinge und 32% der Fische sind in ihrem Bestand gefährdet. 19 Vogel-, 7 Säugetier- und 2 Fischarten sind in den letzten 100 Jahren bereits ausgestorben. Bären und Wölfe sind im „deutschen Wald" schon längst ausgerottet worden, und infolgedessen ist in Regionen wie z.B. Bayern der Bestand an Rehen und Rothirschen enorm überhöht. Der Bestand dieser Tiere, die sich zu wahren Waldschädlingen entwickelt haben, ist aber auch durch die Interessen von Jägern und Forstpächtern, die den Wald als ihr Revier betrachten, zu hoch geworden. Neben den ökonomischen Schäden, die in den Wäldern jährlich dadurch an den Trieben nachwachsender Bäume ent-

stehen (der Freiburger Forstwissenschaftler Prof. Speidel beziffert sie für das Gebiet der BRD auf rund 350 Millionen DM), gibt es natürlich auch nicht quantifizierbare ökologische Schäden (Verlust der Artenvielfalt, Verdrängung des Laubholzes durch massierte Fichtenbestände, Verhinderung der Naturverjüngung, Einflüsse auf Struktur und Chemismus des Bodens, auf den Wasserhaushalt der Flüsse und Bäche etc.). Dieser Verlust an ökologischer Stabilität ist noch nicht erfaßt. Die jahrzehntelangen Versuche der deutschen Forstwirtschaft, einem ökologisch instabilen Wirtschaftswald zu einem naturnäheren Zustand zu verhelfen, scheiterten hoffnungsvoll am Widerstand einer übermächtigen, politisch gut verankerten Jäger-Lobby, die ihre längst fragwürdig gewordenen Traditionen und Privilegien verteidigte. Es ist das Verdienst Horst Sterns, mit seinen Filmen und Büchern und dem Umweltmagazin „Natur" seit den 70er Jahren die erstarrte Szene des deutschen Waldbaus und Naturschutzes in Bewegung gebracht zu haben.
Dennoch wird unsere Umwelt von Tag zu Tag ärmer: Unablässig werden Straßentrassen in Wald und Flur gefräst, werden Blumenwiesen, Ackerland und Tümpel untergepflügt, Moore trockengelegt, wird Umwelt uniform in Beton und Asphalt gegossen und verschandelt. Eine Schätzung rechnete bis 1990 mit einer Nutzung von 15 % des BRD-Territoriums als Autostraße (das entspricht der Fläche von Schleswig-Holstein). Mit dieser großräumigen Aspaltierung infolge der Verdichtung des Netzes von Autobahnen und Bundesstraßen werden wichtige Sauerstoffquellen zerstört (ein Baum spendet pro Stunde 2 Kg Sauerstoff und macht gleichzeitig den giftigen Stickstoff unschädlich).
Der Kahlschlag unserer Wälder, die massive Asphaltierung des Landes, die vom Spekulationskapital an die Stelle der grünen Natur gesetzten Betonburgen - das alles ist ein Anschlag auf unser Leben selbst. Denn der Mensch kann nicht den Wald, die Luft, den Boden und das Wasser vergiften, den Großteil der Flora und Fauna vernichten, die Landschaft zersiedeln, zerstören und veröden, den Planeten Erde ausplündern, ohne damit seine eigenen Lebensgrundlagen zu untergraben.
Rund 10% der BRD sind bereits als Siedlungen, Fabriken, Straßen Autobahnen, Flug- und Parkplätze, militärische und technische Anlagen naturentfremdet. Das Klima unserer Heimat wird immer stärker aufgeheizt, weil der Asphalt die Sonneneinstrahlung auf sich zieht. Beiderseits der Fernstraßen und Autobahnen wird der Boden krank durch Abgase, Blei und Streusalz, durch Sonnenbrand und Sturm. Durch die Vernichtung der Pflanzenwelt wiederum sinkt der Grundwasserspiegel.

Infolgedessen sind auch die vielen Waldwege aus Asphalt und Beton, die man zum Abtransport des Holzes durch schwere Fahrzeige angelegt hat, eine Bedrohung. Der ehemalige Landwirtschaftsminister der BRD, Josef Ertl, sprach von 20.000 km Forstwegen, die man allein zwischen 1975 und 1982 durch die Wälder der Bundesrepublik gezogen hat. Für die Tierwelt hat dieser Wege-Boom und das Anlegen neuer Patkplätz fatale Folgen. Das zuvor geschlossene Areal des Waldes wird durch eine Schneise nach der anderen immer mehr zerstückelt und zerschnitten, so daß man bald nicht mehr von „Wald" sprechen kann; Kleinwald ist kein Wald, sondern ein Gehölz. Voll entfalten als Lebensraum von Wild, Reptilien, Amphibien und Vögeln kann sich der Wald nur auf hinreichend großer Fläche.

Mit Motorsägen, Baumaschinen und dergleichen ist die Technokratie auf breiter Front in den Wald eingedrungen, und die Tiere verenden millionenfach unter den Autorädern. Waldestille, wie sie einst im Volkslied besungen wurde - wo gibt es die noch? Vielleicht in weiten Grenzwäldern und in abgelegenen Seitentälern des Gebirges. Zahlreiche Tierarten stehen vor dem Aussterben, da nicht nur der Lebensraum einer nicht vermehrbaren Fläche immer mehr eingeschränkt wird, sondern auch noch Umwelteinflüsse wie Abgase, Abfälle und Abwässer mit teilweise giftigen Sub-



stanzen auf die Restnatur einwirken. Da vor allem Insektenfresser und Bodentiere auf der Strecke bleiben, bekommt die biologische Regulation eine Schlagseite oder fällt ganz aus.
Schlagzeilen über Baum- und Fischsteren, über den Zusammenhang zwischen Naturvernichtung und Menschenvernichtung sind schon zur Alltagsroutine geworden. Durch Streusalze sterben alljährlich viele Bäume (Schätzungen betragen allein für die BRD ca. 50 00). In Städten wie Hamburg oder Stuttgart sind schon 70-80 % der Bäume infolge des winterlichen Salzgebrauches unrettbar verloren. In den Blättern dieser Bäume ist der Gehalt an Chlor und Natrium oft zwanzigmal so hoch wie in unbelasteten Gebieten.

Zwar stehen 25% der BRD unter Landschaftsschutz, und weitere 20% ihrer Fläche sind als Naturparks ausgewiesen. Die rund 1500 Naturschutzgebiete, die seit 1906 eingerichtet wurden, sind der Zahl nach eine stolze Summe, aber im Vergleich mit der gesamten Fläche des Bundesgebietes schrumpfen sie auf kümmerliche 0,9%. Außerdem erlauben die bundesdeutschen Schutzformen vielfältige Eingriffe

landwirtschaftlicher, forstlicher und touristischer Art vorzunehmen, und so erleiden selbst die Naturschutzgebiete - teilweise im Widerspruch zu gesetzlichen Bestimmungen - Beeinträchtigungen durch Jagd, wirtschaftliche Nutzung oder schlicht als Mülldeponie.

Schlimmer noch als Abholzung, Flurbereinigung und dergleichen ist jedoch die lange übersehene schleichende Vergiftung der Wälder durch Schadstoffe aus der Umwelt, die auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen ruinieren. In den letzten Jahrzehnten hat sich gerade in Deutschland, der Heimat sprichwörtlicher Waldesliebe und geregelter Forstwirtschaft, diese Gefahr entwickelt, die unseren Wäldern buchstäblich an die Wurzel geht und ihren Fortbestand überhaupt in Frage zu stellen droht. Der Münchener Forstbotaniker Prof. Peter Schütt befürchtet eine „Umweltkatstophe von bisher unvorstellbaren Ausmaß". In den Wäldern, so der hessische Naturschutzbeauftragte Karl-Friedrich Wentzel, „tickt eine Zeitbombe". Forstdirektor Bruno Sponsel aus dem Bayrischen Wald: „In meiner ganzen Laufbahn habe ich mich noch nicht so hilflos gegenüber der Natur gefühlt wie jetzt".

Millionen Bäume faulen von der Spitze an abwärts - im nördlichen Ruhrgebiet ebenso wie in der Rhein-Main-Region, im südlichen Schwarzwald und im Bayrischen Wald. Besonders gefährdet sind Saar- und Ruhrgebiet, der Osten der Großstädte, dann ale Westhänge und Hochlagen der Mittelgebirge. Allein im westlichen und nördlichen Ruhrgebiet gelten ca. 64.000 Hektar Wald als schwer belastet durch Schadstoffe aus der Luft und als biologisch krank. Die Restwälder im Gebiet zwischen Dortmund und Krefeld sind vergiftet und siechen dahin. In Bayern sollen nach Angaben des „Bundes Naturschutz" mehr als 55.000 Hektar Nadelwald „am Ende" sein und absterben, im Bayrischen Wald sind bereits 16.000 Hektar Tannenwald vernichtet. In Franken und Ostbayern ist also schon jede 3. Tanne tot, der Rest so stark von der heimtückischen Krankeit befallen, daß niemand mit Sicherheit sagen kann, ob es in 2-3 Jahren dort überhaupt noch Tannen geben wird. - Verhältnismäßig günstiger steht es noch in den deutschen Alpen, weil dort weniger Industrie vorhanden ist. Völlig unversehrten Wald gibt es jedoch in der BRD nicht mehr; man muß damit rechnen, daß 50-60 % aller Nadelwälder nicht mehr den dauernden Umweltbelastungen gewachsen sind. In Österreich sind schon mindestens 120 000 Hektar Wald schwer geschädigt: besonders die Nadelwälder des Wald- und Mühlviertels sind gefährdet. Schwefeldioxidgefährdet ist auch die hochindustrialisierte DDR, wo pro Jahr 719 kg Schwefel auf einen qkm niedergehen. Zerstörte Baufassaden, gereizte Atemwege, verkümmerte Bäume, übersäuerte Böden und absterbendes Leben in zu sauren Gewässern sind auch dort die Folgen „sauren Regens". Der Göttinger Bodenkundler und Waldbiologe Prof. Bernhard Ulrich prophezeit: „Die ersten großen Wälder werden schon in den nächsten fünf Jahren sterben. Sie sind nicht mehr zu retten."

Reichlich spät erkennt man jetzt die Ausmaße einer Umweltkatstrophe, deren Symptome mit den üblichen Waldkrankheiten nicht erklärt werden können, und die in naher Zukunft Deutschlands Wälder vernichten könnte. Der allerorts auftretende Baumtod hat nur eine einzige Ursache: die steigende Luftverschmutzung durch das Gas Schwefeldioxid. Diese Schwefelverbindung, die als Staub oder als „saurer Regen" auf weite Gebiete Europas niedergeht, richtet nicht nur im Wald, sondern auch an anderen Nutzpflanzen Schäden in Milliardenhöhe an und greift sogar den für unzerstörbar gehaltenen Beton an. „Wenn nicht einmal mehr Stahlbeton schwefelhaltige Luft verträgt, wie schlimm muß es erst im Wald sein!" (Dipl.Ing.Dr. Herbert Scheiring, Landesforstdirektor von Tirol).
Mitteleuropa ist das durch Luftverschmutzung am stärksten geschädigte Gebiet der Erde. Die Experten sind jedoch ratlos, weil die Forschungen über diese neuen tödlichen Gefahren erst in den Kinderschuhen stecken; außerdem sind sie besonders schwierig durchzuführen.
Bereits 1975 wurden in der BRD 3,4 Millionen Tonnen Schwefeldioxid ausgestoßen, das sind 1,7 g pro Jahr und Hektar. Mehr als 1,5 Millionen Tonnen Schwefel gehen jährlich auf die Landschaft der Bundesrepublik nieder, als Staub oder vom Regen in Säure verwandelt - davon allein 80.000 Tonnen in Nordrhein-Westfalen; auf einen Hektar Land entfallen also pro Jahr 80 Kg Schwefel! Von den rund 580 000 Tonnen Schwefeldioxid, die jährlich auf Österreich fallen, sind nur etwa 140.000 Tonnen importiert.
Dieser Stoff wird bei der Verbrennung, Verflüssigung oder Vergasung fossiler Brennstoffe (Kohle,Öl) freigesetzt. Fast 3/4 der Schwefeldioxid-Belastung werden durch Industrie (Raffinerien, Fernheizwerke, Erzverhüttung u. dgl.) und kalorische Kraftwerke freigesetzt, 20 % entfallen auf den Hausbrand mit Kohle- und Ölfeuerungen und 4 % auf den Autoverkehr. Das farblose, stechend riechende, luftverpestete Gas ist der Hauptlieferant des „sauren Regens". Unser Regen ist nämlich längst nicht mehr reines Wasser: mit dem Niederschlag der Zeit vor der Industrialisierung hat es nur noch den Namen gemeinsam. Regen über



Monsterschlote als chemische Waffen

Deutschland besteht zur Hauptsache aus verdünnten Lösungen von Schwefel- und Stickoxiden, manchmal auch von Salpetersäure.
Außer den flüssigen gibt es auch trockene Niederschläge in Form von Staub und Gas. Müllverbrennungsanlagen und Aluminiumhütten liefern den sehr giftigen Chlorwasserstoff. Gefährlich für Mensch, Tier und Pflanze sind auch die Schwermetalle (Cadmium, Blei, Zink, Quecksilber), besonders aus Heizkraftwerken und Hausbrand. Hinzu kommen noch die Chemikalien im Kunstdünger und in Schädlingsbekämpfungsmitteln. Die große Zahl möglicher Schadstoffe und die fast nie genau bestimmbare Schadenquelle erschweren Nachweis und Abwehr ungemein.

Da durch Gesetz keine Filteranlagen für die Industrien vorgeschrieben waren, bestand die bisher einzige „Abhilfe" seit den 60er Jahren darin, die Fabrikschornsteine höher zu bauen Diese schwefelspeienden Monsterschlote - oft höher als 300 m - wirken im Dunst der Industriegesellschaft wie chemische Waffen. Durch diese Riesenkamine wird das Schwefeldioxid aber nur weiträumig verteilt, keineswegs zurückgehalten oder gar neutralisiert (gänzlich unbelasteten Regen finden die Wissenschaftler nur noch in exotischen Zonen). Der Transport der Abgase ist längst in die Windströme eingezogen.
Eine gravierende Folge der sauren Niederschläge, von denen am stärksten Mitteleuropa in Mitleidenschaft gezogen ist, besteht in der Bildung von Naßkernen in den Baumstämmem. Die gasförmigen Schadstoffe bzw. der „saure Regen" dringen in die Spaltöffnungen der Nadeln und Blätter ein. Die schützende Wachsschicht wird zerstört, das chlorophyll zersetzt, die Atmungsorgane werden gelähmt. Dann bildet sich durch Fäulnisbakterien eine feuchte schwammige Masse, die sich im Extremfall auf 80 % des Stammes ausdehnen kann. Diese Masse unterbricht den Transport von Wasser und Nährstoffen zwischen Wurzel und Krone; die Rinde bröckelt ab, Zweige nadeln, der Baum wird kahl und stirbt ab. Immer mehr dieser grau-braunen Baumruinen kann man heute in unseren Nadelwäldern beobachten.

Koniferen sind mehr gefährdet, weil die Nadeln nicht alljährlich abfallen. Befallen wird vor allem die Tanne, aber auch Fichte und Kiefer; auch die Lärche ist sehr empfindlich. Um den „deutschen Tannenbaum" steht es so, „daß einem das Auge tränt", wie der Münchener Forstbotaniker Prof. Peter Schütt gesteht. Einbußen beim Holzeinschlag von 20 % verursachen schon heute Verluste in Millionenhöhe. Besonders anfällig sind gerade die höchsten und kräftigsten Bäume, da sie den Schadstoffen die größte Angriffsfläche bieten. Fallen sie aus, hat der Sturm leichtes Spiel. Die erkrankten Fichten haben nur noch 2-3 Nadeljahrgänge zu erwarten; die Jahresringe werden immer schmäler, der Zuwachs erlahmt.
Inzwischen beginnen auch die Laubbäume in größerem Maßstab zu kränkeln; werden den Tannen und Fichten die Buchen folgen? Dann die Eichen?

Der Hauptschaden erfolgt wohl durch die Wurzeln, denn der „saure Regen" greift nicht nur Nadeln und Blätter an, sondern sickert in den Boden und vergiftet damit das Grundwasser. Nun können in Fichtenbeständen durch das Nadelfilter bis zu 120 Kg Reinschwefel pro Jahr und Hektar abgelagert werden; Laubbäume sind hier nur wenig besser dran. Die Pilzfäden und mit ihnen die Feinwurzeln sterben ab, die Krankheit dringt durch die Wurzeln in den Stamm ein. Mit dem Ausfall der Kurzwurzeln sinkt die Standfestigkeit, gegen Sturm und Schnee, verliert der Wald seine Kraft.

Kränkelnde Bäume werden dann von Schmarotzern, die etwa die Rotfäule auslösen, oder von Schadinsekten (Borkenkäfer, Triebläusen, Blattwespen, Eichenwicklern, Graurüsslern, Kiefernspanner etc.) befallen. Seit 1955 wurden allein in Bayern mehr als 60 000 Hektar Nadelwald durch Schädlingesbefall in Massen bedroht und mußten unter hohen Kosten saniert werden. Die „zufälligen Ergebnisse" (d. h. die außerplanmäßigen Einschläge) sind vielfach stark angestiegen, so daß man bereits von „Notschlachtung" spricht. Der empfindlichste Teil des Öko-Systems ist der Boden unter den Bäumen, wo der Energieeinsatz der Wälder stattfindet: hier wird pflanzliches Material abgebaut und zersetzt, hier liegen die biologischen Kraftreserven für den Baum. In dieser Schicht aus Laub, Wurzeln, fermentierendem Pflanzenmaterial und Bodenhumus lebt eine komplexe Vielfalt von Organismen (Pilze, Algen, Einzeller, Bakterien, Flechten, Ameisen, Spinnen, Milben, Springschwänze und vor allem Regenwürmer). In einem Laubwald leben 250 000 Regenwürmer auf einem Hektar; sie sorgen für die Belüftung und Befeuchtung der Waldböden und der Baumwurzeln.
All diese Bodenlebewesen reagieren doch sehr empfindlich auf Schadstoffe, die die Wurzeln der Bäume vergiften, besonders auf schwefeligen Säureregen, auf Schwermetalle und Salze. Saure Niederschläge lassen diese Organismen im Waldboden schnell zugrunde gehen, wie Versuche bewiesen haben. Aber auch die Anreicherung mit Metallen läßt Bodenfauna und -flora schnell dahinsiechen. Das beweisen u.a. Beobachtungen in Wäldern des Mübsterlandes, wo die Zahl der Baumflechten zum Teil um 90% zurückgegangen ist. Man kann somit die Flechten als die besten Indikatoren für den miserablen Zustand der deutschen Wälder ansehen.

Waldbesitzer und Forstexperten können die Umweltschäden im Waldboden nur mit Radikalmethoden bekämpfen: sie müssen die Bäume fällen und anschließend den „sauren Regen" mit aufgestreutem Kalk zu neutralisieren versuchen. Die Wirkung ist begrenzt, denn der Kalk kommt nicht an das Wurzelwerk im Unterboden, wo er am meisten gebraucht würde. „Selbst wenn man den Boden nun intensiv entgiften würde, werden die Bäume nicht mehr alt. Maximal



Wo Bäume fallen, müssen Menschen aufstehen

30 bis 50 Jahre", klagt der Göttinger Universitätsprofessor Bernhard Ulrich.

Es geschieht so gut wie nichts, um unsere Tannen zu retten, und auch die Proteste aus der Bevölkerung bleiben eher zahm. Wirksame Filteranlagen gäbe es wohl; da sie aber kostspielig sind, wehrt sich die mächtige chemische Industrie mit allen Mitteln dagegen. Sie bringt Gegengutachten, sie weist darauf hin, daß sie bei einer Senkung der Toleranzgrenze für Schadstoffe nicht mehr „wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt" sein würde. Schließlich droht sie mit dem Verlust Tausender von Arbeitsplätzen und das zu riskieren, wagt kein Abgeordneter. So wagt es niemand, den wahren Schuldigen beim Namen zu nennen, zumal der einzelne Verursacher nur äußerst selten zu ermitteln ist. Und in Österreich streiten sich gleich vier Ministerien um die Kompetenz für diese Gefahr mit steigender politischer Brisanz. Infolgedessen ist zu befürchten, daß in 5-10 Jahren unsere Wälder flächenweise absterben.

Experten schätzen den jährlichen Waldverlust allein im westdeutschen Teilstaat auf etwa 10 000 Hektar Dieser Verlust läßt sich durch neue Aufforstungen zwar statistisch wieder ausgleichen, nicht aber ökologisch - zumal diese Aufforstungen gerade dort nicht vorgenommen werden, wo sie am wichtigsten wären: um die Städte und Ballungsgebiete, wo sie die Funktion einer „grünen Lunge" hätten. Rekultivierungswälder, schüttere Schonungen, neue Grüngürtel und künstliche Forsten auf kaum geeigneten Böden können niemals die gleiche Funktion erfüllen wie gesunde Altwälder.

Wir müssen also dafür sorgen, daß die Bäume in unseren Wäldern nicht einer „Umweltkatstrophe nie bekannten Ausmaßes" zum Opfer fallen. Nun können wir uns kaum gegen die Giftwolken der großen europäischen Industriereviere, die uns erreichen, schützen - dazu bedürfte es bindender internationaler Vereinbarungen. Wohl aber könnten wir unsere engere Heimat vor der Häufung eigener Schwefelwolken schützen, indem bei der Beseitigung der Umweltschäden ohne Einschränkung das Verursacherprinzip angewendet wird. Die Sorge um die Arbeitsplätze darf nicht dazu führen, daß Mißstände in der Industrie einfach hingenommen werden. Die Senkung der Schwefeldioxid-Emission ist gewiß kostspielig, aber dieses Geld ist gut angelegt, denn es enthält neben der menschlichen Gesundheit auch Werte, die - einmal zerstört - unter Umständen unwiederbringlich verloren sind.

Der Wald muß entprivatisiert und in die kollektive Verfügung der Kommunalverbände überführt werden. Monokulturen sind nach und nach durch die Anpflanzung von einheimischen artenreichen Mischwäldern zu ersetzen, wie sie früher weite Landstriche Mitteleuropas bedeckten.

Keine neue Siedlung sollte gebaut werden, ohne daß zugleich eine reichliche Zahl von jungen Bäumen angepflanzt wird, die den Menschen, die hier wohnen sollen, den notwendigen Sauerstoff zum Atmen spendet. Überhaupt ist eine Entballung und Durchgrünung der Städte in Angriff zu nehmen.

Erholungswert und ökologische Ausgleichsfunktion des Waldes muß zukünftig im Vordergrund stehen. Die Bedeutung des Waldes für das Klima und die Qualität der Luft hat Vorrang vor ökonomischen Überlegungen, die nur unter dem Aspekt der gewinnbringenden Holzproduktion angestellt werden. Daher darf es auch nicht mehr zugelassen werden, daß Bäume gefällt werden, um Parkplätze zu schaffen, oder daß aus Gründen der „Wirtschaftlichkeit" Wälder gerodet werden, um Platz für neue Industrieanlagen zu bekommen.

Die Gestze zum Schutz der Land- und Forstwirtschaft, der Naturschutzgebiete, zur Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft sowie zu Abfallbeseitigung etc. sind nach oberster Priorität der Ökologie neuzufassen. Die Institutionen des Natur- und Landschaftsschutzes sind mit neuen Mitteln und Befugnissen auszustatten und die regionalen Natur- und Lebensschutzinitiativen am ökologischen Planungsprozeß unmittelbar zu beteiligen.

Die hier aufgezeigten Alternativen bedeuten weder bürgerlichen Reformismus noch konservative Romantik von einer „heilen Welt" ohne Industrie und Technik, nicht „Maschinenstürmerei", sondern eine umfassende Beseitigung des Mißbrauchs technischer Errungenschaften durch die bürgerliche Klasse im Geiste der fünffachen Revolution.

Mannigfaltigkeit statt Uniformität
Balkanisierung für jedermann
Über Selbsterfahrung, Abkoppelung und nationale Identität

Und sie bewegt sich doch, die deutsche Frage, wenn auch nicht auf der Ebene der realen Politik, so doch zumindest in den Gehirnen jener Linken, die sich mit dem Status quo der den Supermächten dienenden Herrschaftsverhältnisse in Europa nicht abfinden wollen. Ein lange genug tabuisiertes Thema wird endlich von emanzipatorischen Kräften theoretisch angegangen, nicht mehr wie bisher im weiten Bogen umgangen, nur zögernd betastet oder nach kurzer Berührung wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Das Nachdenken über die Nation und die nationale Frage der Deutschen hat in der Linken begonnen. Über die Aneignung progressiver Traditionen in der deutschen Geschichte nähern wir uns gedanklich und emotional unserer zerrissenen Situation in der Gegenwart. Dieser Prozeß der Identitätsgewinnung ist für viele ein schmerzhafter, weil er auch die Auseinandersetzung mit den negativen Erfahrungen unserer Geschichte bedeutet und es auch eine zu verarbeitende Tradition frustrierter Hoffnungen der emanzipatorischen Kräfte gibt. Dieser Prozeß ist aber zugleich notwendig und für die Gestaltung unserer Zukunft unverzichtbar. Viele Fragen stellen sich, auf die es Antworten zu finden gilt. Ist die deutsche Einheit tatsächlich etwas positives? Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Bedürfnis nach nationaler Identität und staatlichem Einheitsstreben? Oder sind beide gar einander entgegengesetzt? Welche Bedeutung hat die nationale Frage überhaupt für eine emanzipatorische Politik, für eine antiimperialistische Theorie und Praxis? Beliebig viele Fragen ließen sich noch aneinander reihen. Wir möchten Euch aufrufen, eigene Überlegungen zu diesem Thema anzustellen und uns Eure Beiträge zu schicken. Gedacht ist an eine längere Diskussion in unserer Zeitschrift, wobei die im vorliegenden Artikel formulierten Thesen von Henning Eichberg als Anknüpfungspunkte dienen sollten.

von Henning Eichberg

„Mit demselben Recht, mit dem die Franzosen Flandern, Lothringen und Elsaß genommen haben und Belgien früher oder später nehmen werden, mit demselben Recht nimmt Deutschland Schleswig; mit dem Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität... Dies Recht ... ist das Recht der geschichtlichen Entwicklung".

Mit diesen Überlegungen forderte Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung" am 10. September 1848 nicht nur die Annexion des - im Norden überwiegend dänisch bevölkerten- Schleswig, sondern befürwortete auch für ganz Dänemark die „unbeschränkteste kommerzielle, industrielle, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland".
Es genügt nicht, solche Vorstellungen als moralisch bedenklich oder als Dokument eines überholten Imperialismus zu kritisieren. Sondern in ihnen kommen industriegesellschaftliche Muster und Denkkategorien zum Ausdruck, die gerade heute ihre Aktualität und Modernität erweisen. Wenn in unseren Tagen in der westdeutschen und europäischen Linken die nationale Frage wieder neu diskutiert wird, so zeichnet sich ein neuer Horizont und eine neue Chance ab; sich aus dem Gefängnis der industriell-imperialen Kategorien zu lösen und den Völkern und ihrer Identität mit einer neuen Praxis zu begegnen.

Nation - der größere Markt?

Fragt man nach Verlauf und Richtung des historischen Gesamtprozesses, der in den letzten 200 Jahren zur Nation im modernen Sinne geführt habe, so erhält man von marxistischen wie von bürgerlichen Theoretikern eine einheitliche Antwort: Die Nation sei eine Etappe zu größeren Einheiten. Für Marx und seie Nachfolge war die Nation eine ideologische Überbauerscheinung zur politischen Absicherung des größeren gemeinsamen Marktes. Indem sich die Produktion über die feudale Stufe hinausentwickelte, drängte die Bourgeoisie zu einem größeren Markt, und daraus ergab sich die Forderung nach der Nation als größerer Einheit. Insofern war - nach dieser Theorie der Nationalismus eine Interessenangelegenheit der Bourgeoisie, die zum weiträumigeren Wirtschaften drängte. Als Zukunftsperspektive ergab sich daraus mit logischer Konsequenz: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen" (Manifest der kommunistischen Partei, 1948).
Wenn Marx außer der Unterwerfung der Dänen auch die Auslöschung der jüdischen Identität und der südslawischen „Völkerruinen" in Aussicht stellte, so war das nicht primär der Exzeß einer überschäumenden Privatmeinung. Sondern es entsprach einer Logik, die sich in den Begriffen „Fortschritt" und „Entwicklung", Produktivität und Wachstum ausdrückte - und bis heute ausdrückt.
Diese Logik war keineswegs spezifisch marxistisch, sondern sie war und ist zugleich die Logik des bürgerlich-kapitalistischen Diskurses über die Nation. Eine Werbebroschüre der „Europa-Union" beschrieb einmal so die Folgen der Industrialisierung: „Handel und Gewerbe suchten größere Räume und Betätigungsmöglichkeiten ... Diesen Verhältnissen und Erfordernissen trug der damals sich entwickelnde Gedanke des Nationalstaats Rechnung." Die Nation sei also „nur eine Zwischenphase in dem breiten Strom der gesellschaftlichen Entwicklung". Nunmehr aber dränge die „ständige Erhöhung der Produktivität" auf das vereinte Europa. Auch für den Eurokraten sind Wachstum und Fortschritt, Steigerung ökonomischer Leistung und Produktivität die Triebkräfte der Geschichte, die zu Integration und Zentralisation in größeren Einheiten führen.

Auf dem Weg zu kleineren Einheiten

Eine genauere Prüfung zeigt jedoch, daß die Zuordnung der Nationalisierung der Völker zu einem globalen Konzentrationsprozeß fragwürdig ist.
Zunächst auf der Ebene der Staaten: Unter dem Druck des „nationalen Erwachens" der Völker zerfielen seit 200 Jahren mehrere multinationale Reiche. Auf dem Boden des osmanischen Reichs entstanden im Laufe des 19. Jahrhunderts die Nationalbewegungen (und später die Staaten) der Serben, Griechen, Rumänen, Bulgaren und Albaner

sowie der Reststaat der Türken (mit seinen Problemzonen der Kurden, Armenier und Assyrer). Ebenso zerfiel das Habsburgerreich bis 1918 in seine ungarischen, italienischen, tschechischen und deutschen Bestandteile, während die Slowaken und Kroaten ihre zeitweiligen Nationalstaaten noch nicht halten konnten. Das Zarenreich war 1917 zerbrochen in die Nationen der Polen, Finnen, Esten, Letten und Litauer, der Ukrainer, Georgier und Armenier, die nur zum Teil mit Waffengewalt vorerst ins großrusssische Reich zurückgeholt werden konnten. Das britische Weltreich verlor zunächst (Süd-)Irland, dann seine außereuropäischen Kolonien und hat gegenwärtig mit den Nationalbewegungen der Schotten und Waliser zu kämpfen. Enenso rühren sich in Frankreich die Korsen, Bretonen, Elsässer und Okzitanier, in Spanien die Basken, Katalonier und Galicier. In Belgien streven - ebenfalls schon seit dem 19. Jahrhundert - Flamen und Wallonen auseinander. Im Norden lösten sich außer den Finnen und Aländern die Norweger, Isländer, Färinger und Grönländer von den alten (dänischen und schwedischen) Zentralstaaten.

Die Geschichte der Sprachen zeigt, daß dieser Prozeß von längerfristiger Tragweite war. In Konkurrenz zur Vorherrschaft des Lateinischen entstanden im Mittelalter 27 volkssprachliche Schriftsprachen. Im 16. Jahrhundert kamen 11 neue hinzu, während nur 2 wieder zurücktraten. Im 18./19. Jahrhundert, also im Zuge des großen Nationalisierungsprozeßes, wurden abermals 19 Schriftmedien neu entwickelt. Es ist also damit zu rechnen, daß der gegenwärtige Stand von 60 Schriftsprachen in Europa keinen Endzustand darstellen muß.

Identität gegen Endfremdung

Wie könnte man die Prozesse von den Großstaaten zu den kleineren Völkern so lange übersehen und stattdessen vom Nationalismus als Schritt zur größeren Einheit sprechen? Nur zwei Länder in Europa zeigten im 19. Jahrhundert eine Abweichung von der Nationalisierung als Abtrennung: In Deutschland und Italien forderten die Völker eine Wiedervereinigung. Diese Fälle blieben, so spektakulär sie waren, Sonderfälle, ebenso wie heute die Wiedervereinigung Irlands ein Sonderfall unter den regionalen Nationalismen ist. Gerade der deutsche Sonderweg war es aber, der in der deutschen Philosophie - und also auch bei Marx - fälschlich verallgemeinert wurde.

Aber nur philosophische Borniertheit und deutsche Nabelschau blockierten die Einsicht. Mächtigeres war am Werke als nur ein falsches Denken. Die Nation als „größere Einheit" paßte in ein Entwicklungsschema, das sich im industriellen Denken und Verhalten verfestigte: Lob des „Fortschritts" und der größeren Einheit, der „Produktivitätssteigerung" und des „Wachstums". Dem entsprachen auf der realökonomischen Seite: multinationale Konzernbildung und Kartellverflechtung, grenzüberschreitender Energieverbund und Autostraßenbau, Siedlungsballung und Kommunikationsverdichtung, Großmachtpolitik (heute der beiden Supermächte USA und Sowjetunion), supranationale Bürokratisierung und weltweite „Friedenssicherung", Entwicklungshilfe als Zivilisationsexport mit der Rückseite des Rohstoff- und Fremdarbeiterimports in die Metropolen, Schaffung weltweit verflochtener Märkte - kurz: Akkumulation, Zentralisation und innere Kolonisation. Im Bild von der (vorübergehenden) Vergrößerungsfunktion der Nation wurden diese realen Prozesse verklärt und gerechtfertigt.

Heute beginnen wir, das anders zu sehen. Großschulzentren dequalifizieren unsere Kinder für das Leben und steigern vor allem eins: die Aggressivität zwischen Betonmauern. Im Medizinsystem der Großkrankenhäuser werden die Menschen krankgemacht. Die Elektrogroßerzeugung mit ihrem Höhepunkt in den Nuklearzentralen vergeudet die Energie zu 60 bis 75%. Die Großfabriken erweisen sich als kontraproduktiv und innovationsfeindlich. Großstaaten (und Großstädte) werden von ihren Herrschenden selbst für „unregierbar" erklärt. Die Großrüstung („man kann nie genug Overkill haben" - 15 Tonnen TNT pro Kopf der Weltbevölkerung um 1970) läßt am Horizont den „Exterminismus" sich abzeichnen. Es besteht kein Grund mehr, den Weg zu den größeren Einheiten zu verklären.

Genau in diesem Augenblick stellt sich eine Einsicht ein, die eigentlich seit 200 Jahren hätte gegenwärtig sein sollen: Volklicher Nationalismus war und ist in der Regel ein Weg zu den kleineren Einheiten. Von den Großmachtplanern als „Balkanisierung" verschrien, war und ist er ein Gegenprinzip gegen den Größenwahn des Industrialismus. Er wurde darum in seinen sozialen Grundlagen nicht, wie oft fälschlich vermutet, von der Bourgeoisie getragen, sondern erhielt - wie empirische historische Detailuntersuchungen ergaben - seine Dynamik von Unterschichten her in Verbindung mit einer kritischen Intelligenz (oft Studenten). Volklicher Nationalismus stand nicht im Widerspruch zum Regionalismus, sondern war - wie in der Bretagne - dessen Fortsetzung und separatistische Verschärfung oder - wie im Programm der irischen SINN FEIN PROVISIONAL - Voraussetzung der Regionalisierung. Die Nationalbewegung mit dem (stets imperialen) Faschismus zu verwechseln, war ein typisch industrieller optischer Fehler, nicht nur bei Anhängern, sondern auch bei vielen Gegnern des Faschismus. In genauem Gegensatz dazu zielte die volkliche Befreiung auf die Selbsterfahrung (SINN FEIN = WIR SELBST) und Identität, gegen die Entfremdung in einem Großreich.

Die deutsche Frage als Entkolonisierung

Uns Deutsche zwingt die veränderte Einsicht zu völlig neuer Prüfung der deutschen Frage. Worin besteht sie?

Die deutsche Frage hat sich in einem monströsen Bauwerk vergegenständlicht. Wo erst „nur" Stacheldraht und Mauersteine ragten, da drohen heute Schalenbeton und Todesstreifen, Wachtürme und Bunker, Laufgänge für Bluthunde und Selbstschußanlagen mitten in Deutschland. Aber was ergibt sich aus dieser Mauer als politische Konsequenz? - Die deutsche Frage ist besonders lebendig in der DDR. Mit Eruptionen ist zu rechnen. (Auch die polnische „Solidarität" hat niemand vorhergesagt.) Aber was folgt daraus?

1. Die traditionelle Antwort ist die Forderung nach der staatlichen Einheit Deutschlands. Von „Wiedervereinigung" sprechen die Konservativen. Und auch Sozialisten sehen, wie eben ein begrüßungswerter Band über „Die Linke und die nationale Frage" im Untertitel festschreibt, den Kern der Sache in der „deutschen Einheit". Geht es aber tasächlich darum? Was soll uns der größere Staat, da schon die BRD „unregierbar" (Willy Brandt) ist?

Die Einsicht in den Nationalismus als „Balkanisierung" läßt die Forderung nach staatlicher Einheit vollends als fragwürdig oder gar abwegig erscheinen. Diese Einsicht entspricht einem Bewußtseinsstand auch bei jungen Deutschen (gerade wo sie an grundlegender Veränderung interessiert sind) und übrigens sogar bei deutschen Nationalisten. Ein größerer Staat - das läßt uns kalt. Die deutsche Einheit liegt in etwas anderem: im gemeinsamen Widerstand gegen die Spaltung, gegen die Besetzung beiderseits der Zonengrenze, in der gemeinsamen Vision der Veränderung. Einheit, das ist das - aktuelle - Bewußtsein einer gemeinsamen Revolution der Deutschen (1848). Und das ist bereits schwer genug einzulösen.

2. Wenn Nationalisierung Abkoppelung heißt, wo liegt dann der Kern der deutschen Frage? - Deutschland ist besetzt, rechts und links der Elbe. Nicht nur durch Panzer und Pershing. Sondern: „Grijn is bjutiful" wirbt soeben die Modebeilage meiner Tageszeitung. „Sportswear" und „Tabac Shop", „Steak Corner" und „Book Center" verkündet die Leuchtschrift im Zentrum des Vororts. Die Sprache der Jugendmusikkultur, wie sie auf fast allen Sendern von oben abgestrahlt wird, ist dieselbe, die man in den deutschen Headquaters der Multinationals spricht. Die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden. Sie ist Programm.

Die DDR schicht ihre „Nationale Volksarmee" bei Bedarf in die CSSR und spezielle Teile davon - nach Afrika. Die BRD rollt als Klein-Amerika über ihre Grenzen nach Dänemark und ins Elsaß, ihre Ingenieure und Atomkraftwerke strahlen bald in Brasilien und Ägypten. Subimperialistische Zentren im System der beiden Supermächte sind entstanden, die die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit zu machen imstande sind. Denn in die Lücken, in die „gesicherte Arbeitsplätze", werden andere Völker nachgeschoben - ebenso entfremdet wie wir.
„Abkoppelung von den Supermächten" ist die Antwort, die heute der falschen Alternative von SS 20 und Cruise Missiles sich entgegenstellt. Sie ist - wie die internationale Friedensbewegung zeigt - nicht nur eine deutsche Antwort, aber sie ist gerade eine deutsche Antwort. Sie ist vor allem nicht nur eine Reaktion auf der Ebene der „hohen Politik", sondern zugleich und zunächst eine Antwort des Alltags, der Entkolonisierung der eigenen Gehirne und der eigenen Praxis.
3. Die Abkoppelung von den multinationalen militärischen und ökonomischen Systemen als solche genügt so wenig wie die Aufhebung der Spaltung Deutschlands. Der Großstaat BRD war nicht in der Lage, die Identität des deutschen Volkes und seiner Regionen zu schützen (und auch die Staaten DDR und Österreich heben sich davon kaum viel ab). Darum wird die Abkoppelung auch innerhalb Deutschlands zum direkten Bestandtei der deutschen Frage. Ein Bund deutscher Volksrepubliken, ein unabhängiges Friesland oder ein Freistaat der Alemannen, ein Freies Franken, ein sozialistisches Sachsen oder ein Republik Tirol ständen nicht im Widerspruch zum nationalen Prinzip, sondern wären seine Fortsetzung.
Allerdings wären sie dies nicht statt der Lösung der Frage der Mauer und der Besetzung in Deutschland, sondern nur unter deren Voraussetzung. Die Regionalisierung Deutschlands hängt von der historischen Chance der deutschen nationalen Identität ab - und umgekehrt.
Das heißt: Die nationalliberale Parole von 1848 - „Einheit und Freiheit" - ist endlich auf ihren historisch-logischen Zusammenhang hin kritisch zu überprüfen. Ihr innerer Widerspruch offenbarte sich im unitarischen Nationalstaat, entgegen allen Hoffnungen der Frühsozialisten und Ferdinand Lassalles. „Freiheit und Vielfalt" wäre die nationalrevolutionäre und basisdemokratische Antwort unserer Tage. Denn am Horizont zeichnet sich das Ergebnis der neuen Kolonisation ab - in Deutschland wie in New York-Harlem, in Manchester wie in Freisland: „Menschen ohne Ufer, ohne Grenzen, ohne Frabe, Heimatlose, Nicht-Verwurzelte, Engel" (Frantz Fanon) - entfremdet und Verstümmelt.

Heuchelei und Syphilis

Da möchte ich doch aus politisch-hygienischen Gründen einmal deutlich sagen, daß wir jedenfalls, die wir hier nun gerade sitzen, in gar keiner Weise hier im Westen behindert werden, uns öffentlich als Schriftsteller zu äußern. Wir können Bücher verlegen, ich kann außerdem noch in Konzerten auftreten, wir können im Fernsehen unsere Meinung sagen.. Also das ist doch nun wirklich Öffentlichkeit. Es gibt aber einen wichtigen Punkt, bei dem Leute wie wir diskriminiert werden, mundtot gemacht werden. Und wenn das um irgendeinen kleinen Käseverein ginge mit irgendwelchen Spezialproblemen, dann brauchte man nicht die Menschen im Fernsehen damit zu belästigen. Es geht aber um den Frieden, und es geht um diese wichtige Friedensbewegung, über die ich mich so freue. Und diese Friedensbewegung ist initiiert worden und wird auch organisatorisch beherrscht von den Leuten, na, wie drücke ich das mal vornehm aus ...?
Das ist eine klare, kalte Tatsache: Bei der großen Bonner Friedensdemonstration, zu der ich hingelaufen bin oder gefahren bin mit dem Fahrrad ... ich war nicht eingeladen, dort zu singen. Das kann ich ja gut aushalten, mein Gott, aber als ich dann da war mit dem Günter Wallraff, durch das Gedränge ging und 300 000 Menschen waren da und auf der Bühne mit riesigen Lautsprecheranlagen diese ganzen Mumien aus der DKP-Kulturszene vorgeführt wurden, und durch das Programm führte ausgerechnet der Leiter des — Verlages, also des DKP-Verlages, und die Schlägertruppen der DKP die ganze Bühne abgeschirmt hatten, das heißt, die wollen sich hier "ihre" Friedensbewegung nicht verdrecken lassen durch Leute, die aus dem Osten kommen ...
Ich ärgere mich natürlich, wenn die Heuchelei wie eine Syphilis in diese Friedensfront hineinkommt, weil nämlich so viele Leute dabei sind, die im Grunde nur für die Abrüstung im Westen sind, aber der Meinung sind, daß dieselben Waffen im Osten für den Frieden da sind, für die Menschheit, für den Humanismus, für die Rettung des Sozialismus. Nun gibt es im Osten weder einen Sozialismus noch eine wirkliche Friedenspolitik ...
Die Sache ist ja noch viel verrückter. Die meisten Menschen, die zum Glück nicht wissen, wer dieses ganze Ding organisiert, in Bonn zum Beispiel, neun von zehn wissen das nicht, und ich habe im Stillen gedacht, zum Glück wissen sie es nicht, sonst würden sie vielleicht nicht kommen, und die Sache ist viel zu wichtig. Und außerdem habe ich mich ja böse gefreut, als ich sah, daß diese Friedensbewegung im Westen außerdem noch die gute Furcht hervorbringt, daß sie nämlich die Friedensbewegung im Osten, die so lebensnotwendig ist, ermutigt, ermuntert.


Wolf Biermann und Sarah Kirsch

Pfarrer Eppelmann hat es ja selbst gesagt, in diesem Interview, das ich gehört habe, daß gerade die Friedensbewegung im Westen die Friedensbewegung im Oster sehr gefördert hat. Und da freue ich mich natürlich, weil ich sehe, daß sie die Geister, die sie hier mit böser und schlechter Absicht rufen, nicht loswerden und daß sie das Gute bewirken, auch wenn sie das Schlechte wollen ...
Ist überhaupt so komisch, daß das alles auf Schriftstellerebene abläuft, denn die eigentliche Friedensbewegung der DDR beispielsweise verschwindet hier im Westen in den Anekdotenspalten und im Osten in den Gefängnissen, währenddessen der literarische Olymp Ost- und Westdeutschlands sich, weiß ich, so in serienmäßigen Abläufen schon regelmäßig versammelt und den Weltfrieden bespricht.

Wolf Biermann am 28.September 1982 in der "Panorama"-Sendung des Deutschen Fernsehens

Keine Heimat?

Tendenzen in der deutschen Musikbewegung

Reportage über Liedermacher, „Chaoten" und eine neue Jugendidentität

In der deutschen Kultur- und insbesondere der Musikszene tut sich etwas. Neue Formen entstehen. Fronten brechen auf. Keine Angst, wir sprechen nicht von niveau- und geistlosem Gefasel von Musikstücken wie „da, da, da" und einer Musikwelt des sich Zurückziehens ins Unpolitische und eigentlich auch nicht von den Musikgruppen, die sich unter dem Stichwort „Neue deutsche Welle" verbergen. Wir sprechen von den musikbegleitenden Kulturströmungen, die radikal und oftmals chaotisch gefärbt und zutiefst antikapitalistisch eine neue Epoche deutscher Jugendmusik einleiten. Hierbei ist es unerheblich, ob es sich um neue Musikformen, Folklore oder Rock handelt. Die gemeinsamen Grundtendenzen spiegeln sich in der politischen Ausrichtung wider.

WURZELN

Erste Formen jugendlicher Protestkultur entstanden in der Nachkriegszeit in den Aktionen freier deutscher Jugendgruppen gegen die Besatzungsstaaten. „Go home Ami, Ami go home", hallte es den Besatzungssoldaten tausendfach in den Ohren. Formen dieses Stiles des Musikprotestes setzten sich in den Liedern der Anti-Atom-Bewegung der fünfziger und frühen sechsziger Jahre fort. In den sechziger Jahren verstärkte sich schließlich die Tendenz zum amerikanischen Kulturimport. Die politische Wirkung des ständig steigenden angloamerikanischen Musikeinflußes bewirkte einerseits überhaupt nichts im Hinblick auf die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unabhängig davon, wie segensreich die amerikanische Musik der Basis für die Emanzipation amerikanischer Minderheitengruppen auch gewesen sein mag und andererseits verstärkte die amerikanische Tendenz die feste Einbindung in die nivellierende Kultur- und Raketenwelt der Politik der USA. Ausbruchsversuche entstanden anfangs der siebzieger Jahre durch die Anti-Atomkraftbewegung. Traditionelle Musikformen der deutschen Kultur von unten, teilweise bis ins Mittelalter hineinreichend wurden wiederentdeckt. Aber auch neue Weisen und Lieder entstanden. Die Friedensbewegung setzt diese Tradition fort. Daneben und dazwischen gibt es eine Fülle von Liedermachern, Tanzgruppen, Singgruppen etc. die in vielfältiger und undogmatischer weise für eine neue Alternativkultur werben.

SPRENGSATZ MUSIK

Aufgabe dieser Reportage ist es nicht lückenlos und vollständig alle Perspektiven neuer Musikkultur aufzuzählen und aneinanderzureihen. Ausschlaggebend für uns sind jene Perspektiven, die eine grundsätzliche undogmatische und sozialistische Wende in den drei deutschen Staaten anstreben. Es sind dies Entwicklungen in der Musikszene, die die Sprengkraft der deutschen Frage für eine sozialistische deutsche Republik begreifen.

ERSTE NATIONALREVOLUTIONÄRE VERSUCHE

Hartwig Singer, Pseudonym für Henning Eichberg, versuchte als einer der Ersten jene Elemente des Befreiungsnationalismus und des genossenschaftlichen Sozialismus beeinflußt durch die irische Folkloremusik musikalisch zu verbinden. Es entstanden Lieder wie „Die Schwarze Fahne", „Arbeitermacht", „Freiheit den Menschen, Freiheit den Völkern" usw. Später wurden jene Lieder von rechtsradikalen Gruppen vereinnahmt und brachten sie damit um ihre politische Wirkung. Das orginär nationalrevolutionäre und linke Element konnte sich wegen der organisatorischen Schwäche nationalrevolutionärer Gruppen nicht durchsetzen. Bis vor wenigen Jahren und Monaten war die Frage einer grundsätzlichen revolutionären Veränderung tabu. Die nationale Frage in der deutschen Musikbewegung blieb ausgeklammert.



NEUE ELEMENTE NATIONALREVOLUTIONÄRER MUSIKTENDENZEN

Die Beschäftigung mit den positiven Traditionen des deutschen Volkes führte zwei Musikgruppen zu bemerkenswerten Schallplattenproduktionen und Auftritten. Es sind dies Hein und Oss, die im gewerkschaftseigenen Verlag „Büchergilde Gutenberg" eine Schallplatte „Hein und Oss singen Lieder vom Hambacher Fest" präsentieren und es ist die Gruppe „Ougenweide", die zur Sendung „Dokumente deutschen Daseins" im ZDF von Wolfgang Venohr eine begleitende Schallpatte „Fryheit" herausgab. Die „Deutsche Republik" von Hein und Oss beschwörend besungen, scheint auch realpolitisch mehr und mehr Liedermacher zu interessieren. Der SPD-nahe Liedermacher Gunter Gabriel schreibt und singt Lieder wie „Der Mann hinterm Pflug", wobei er auf die gesamtdeutsche Friedensbewegung abhebt, „Hier ist mein Land" oder „Deutschland ist". Reinhard Mey träumt davon „Ich würde gern einmal in Dresden singen" und Udo Lindenberg würde gern einmal mit dem Sonderzug nach Pankow fahren und dem DDR-Staatschef und der DDR-Friedensbewegung seine Ansichten kund tun.







Eure Werte sind nicht unsere Werte

Bekennungslieder zumeist, oftmals noch zu vordergründig oder zu verdächtig auch von rechten Pseudonationalen vereinnahmt zu werden werden. Anders jedoch schon die Gruppe "Checkpoint Charlie", die aus der BRD-Welt ausgestiegen ist und sich wie fogt sieht: „Seit fünf Jahren leben wir, 17 Menschen auf einem Bauernhof in der Pfalz und Musik machen und Theater spielen ist ein Teil unseres Lebens, ebenso wie die landwirtschaftliche Selbstversorgung, handwerkliche Arbeit, überhaupt wie alles was sich hier täglich abspielt um dem eiskalten, kranken Körper dieser Gesellschaft ein paar Liter sabotierende frische Luft zuzuführen. Da die Gesellschaft in Form eines riesigen Arsches über unseren Köpfen hängt, sind wir gezwungen, in diesen einen Strohhalm zu stecken und feste zu blasen, was nicht angenehm ist und dies kommt auch in unseren Liedern zum Ausdruck...". So heißt denn auch die klare Parole, neudeutsch provokativ vertont: „Besatzer raus aus Deutschland". Man will dafür kämpfen, daß unser Land Land nicht Strahlenwüste wird und alles Leben auf immer hier abstirbt, weil Reagan, Thatcher, Breschnew (mittlerweile abgetreten in die ewigen Jagdgründe) und wie sie alle heißen, für den Profit der Industrie auf unser Leben scheißen. „Besatzer raus aus Deutschland", so heißt es denn, denn „unser Herzschlag heißt Wut, unser Lied heißt Kampf". Die totale Absage an diesen Staat kommt dann so zum Ausdruck: „Ohne Unterdrückung, ohne Unterdrückung. Wir brauchen keine Obermacker und keine Softis, wir brauchen Kraft und Mut und Phantasie". Wortradikale Parolen aus dieser Instandbesetzerszene, die sich über Bullenterror, Atomstaat und die fetten Ärsche der Konzernherren empören, sind kein chaotischer Unsinn, wie uns die Medien und die etablierten Verleumder eintrichtern. Diese sogenannten Spontis erfassen am ehesten was wirklich not tut.

Checkpoint Charlie: „Wir sind ein Teil der Natur, ein Stamm von vielen nur. Uns ist das Leben nicht egal, wir wollen alles verdammt noch mal. Ein Leben in Freiheit, ohne Grenzen, ohne Zäune, mit viel Wildnis, viel Sonne und Wind. Mit Menschen, die in Stämmen leben, weil sie noch spüren, wo ihre Wurzeln sind".

„Wurzeln", ein Hauch von Identität schwebt über einem Teil der neuen deutschen Musikszene. „Nichts", eine Gruppe der „Neuen deutschen Welle" beklagt sich über die Angst vor Fragen: „Deutsch sein, niemandem sagen, nur Angst vor Fragen, scham für mein Land, stolz sein ist mir verboten, ich bin hier geboren, mich trifft keine Schuld". Trotzdem heißt es denn: „Ich sing ein deutsches Lied", auch wenn es die etablierten Besatzungsknechte nicht „hören" wollen. Auch die Gruppe „Ideal" fragt im gleichen Tonfall: „Keine Heimat, wer schützt uns vor Amerika", denn „ wir sind ein Reservoir".



Manch einer mag moch zweifeln, was er im Grunde für gut und richtig hält. Es kommt die besorgte Frage auf, ob solches linkes bzw. alternatives Nationalgefühl nicht der Rechten zugute kommt.
Hier wirkt die Folk-Gruppe „Lilienthal" entgegen, die sich in ihrem Lied „Spätsommer", zu einem neuen Heimatgefühl bekennt, zu einer Heimat, die von der Basis bestimmt wird und nicht zu einer „verklärten Heimat(vernichtung)" der Nazis führt.
Die Instandbesetzer in Berlin, hautnah mit den sozialen und nationalen Problemen ihrer Stadt konfrontiert, verschliessen sich nicht der Gesamtproblematik. In einem Konzert „Lieder für Instandbesetzer" am 17.3.1982 im Berliner Metropol wurde auch das „Reichsbahnlied" gesungen, welches die Situation der deutschen Spaltung problematisiert.
Regionalistisch, kölnerisch (kölsch) verpackt sind zwei Gruppen zu nennen, welche die Friedenssehnsucht problematisieren und den Dialekt, als Teil der notwendigen Identität in Deutschland populär machen. Es sind dies die Gruppen BAP und „De Bläck Fööss". Besonders eindrucksvoll und daher besonders erwähnenswert ist ein Lied über die Solidarität zwischen einem Deutschen und einem Türken in Sachen Frieden und Freiheit und Identität.
„Freiheit und Frieden - Für alle Menschen. Wird diese Sehnsucht Morgen wahr werden?" Ein mitreißendes Lied. Türken und Deutsche, alle Menschen müssen kämpfen, daß überall die Stationierung von Atomraketen verhindert wird: „Morje, morje, wemmer hück jet dun".
Die Frage der Unabhängigkeit der Völker ist schon Mitte der siebziger Jahre von der maoistischen KPD aufgegriffen worden. In der Ballade vom Frieden, gesungen vom „Erich-Weinert-Chor" werden die Völker aufgerufen, auf ihre eigene Kraft zu vertrauen, und dem Friedensgeschwafel der Supermächte UdSSR und USA zu mißtrauen. Die „Eigelstein Musikproduktion" in Köln setzt diese Tendenz auch in neuerer Zeit fort und ist in diesem Zusammenhang als fortschrittlicher Musikverlag zu nennen.

BIERMANN ANTE PORTAS

Orginalton Biermann: „Die deutsche Frage liegt nicht hinter uns, sondern vor uns". Biermann vom DDR-Liedermacher zum gesamtdeutschen Barden entwickelt, schwärmt von einer „wirklich sozialistischen Bewegung, die identisch sein müßte mit der grünen Bewegung. Skepsis übt Biermann gegenüber den „Grünen": „Die sind aber noch alle unter der schmutzigen Decke der jetzigen Parteienlandschaft begraben." Biermann, der linke Barde paßt in kein Koordinatensystem der Etablierten: Die DKP bezeichnet er als die Syphilismus der Friedensbewegung, die Polen-Solidarität der Linken ist ihm zu wenig und eine neue Vereinahmung von rechts bezeichnet er als: „Jeder mißversteht so gut er kann". Biermann ist in ein neues nonkonformes Stadium eingetreten, welches viele ehemaligen Genossen irritiert. Auf seiner Konzerttournee durch die Städte der BRD übt er inzwischen mit seinen Zuhörern schon die Nationalhymne für ein zukünftiges, geeintes sozialistisches Deutschland:
Es ist die von Eisler vertonte „Kinderhymne" Berthold Brechts...
„Anmut sparet nicht noch Mühe/Leidenschaft nicht noch Verstand/Daß ein gutes Deutschland blühe/Wie ein andres gutes Land./Daß die Völker nicht erbleichen/Wie vor einer Räuberin/Sondern ihre Hände reichen/Uns wie andern Völkern hin/Und nicht über und nicht unter/Andern Völkern wolln wir stehn/Von der See bis zu den Alpen/Von der Oder bis zum Rhein./Und weil wir dies Land verbessern/Lieben und beschirmen wir's/Und das liebste mag's uns scheinen/So wie andern Völkern ihrs."
Neben Biermann thematisieren auch andere EX-DDR-Liedermacher wie Pannach&Kunert und Michael Sallmann die unnormale deutsche Situation. Beispielhaft sei hier das Mauerlied von Pannach&Kunert genannt.

EINE DEUTSCHE MUSIKBEWEGUNG TUT NOT

Der musikalische Rückzug ins Unpolitische, in eine Scheinwelt ohne Konflikte ist eine Tendenz die in der sogenannten „Neuen Deutschen Welle" mitschwingt. Die Tendenz einer deutschen zukunftsgerichteten Musikbewegung spiegelt jedoch die gesellschaftlichen Konflikte und die Emanzipationsprozesse wider. Eine deutsche Musikbewegung nationalrevolutionärer Qualität stellt die positiven Traditionen unseres Volkes dar, entwickelt regionalistische Vielfalt, drückt sich in verschiedenen Musikformen aus, nimmt zu allen gesellschaftlichen Problemen Stellung, forciert den Klassenkampf, unterstützt den Kampf für nationale Identität und internationale Solidarität, entspannt, unterhät, engagiert, und erzieht zu Toleranz, Mitmenschlichkeit und Verwirklichung der Menschenrechte.

Eine solche Tendenz ist in ersten Absätzen vorhanden. Der Kulturbereich ist ein wichtiger Teil des politischen Kampfes. Die vorhandenen Ansätze müssen ausgebaut werden. Eine deutsche Musikbewegung tut not!

Walter Hohenstein



DEUTSCHLAND-INFORMATIONEN

Bitterfeld: Im VEB-Chemiekombinat Bitterfeld werden Strafgefangene in einem Produktionszweig beschäftigt, aus dem sie schon nach einem Arbeitseinsatz von sieben Monaten Dauer wegen schwerer Vergiftungserscheinungen herausgenommen werden müssen. Wie erst jetzt bekanntgeworden ist, berichteten sechs ehemalige DDR-Gefangene, die aus politischen Gründen in der Strafvollzugseinrichtung Bitterfeld inhaftiert waren, darüber auf einer Pressekonferenz in Bonn. Sie gehörten zu zwei zum Chemiekombinat abgestellten Außenkommandos, von denen das eine mit der Bezeichnung „Chlor" wegen der ständig intensiven Einwirkung von quecksilberhaltigen Dämpfen die höchsten Ausfälle zu verzeichnen hatte.

Hamm: Wohngemeinschaften dürfen wegen ihrer besonderen Form des Zusammenlebens nicht schlechter gestellt werden, als andere Mietparteien. Verlangt ein Vermieter von ihnen automatisch einen Auschlag zur ortsüblichen Vergleichsmiete, so ist dies nach einer Grundsatzentscheidung des Oberlandesgerichts Hamm ungerechtfertigt und unzulässig. Nach Ansicht des OLG gibt es nur Vermutungen und Unterstellungen, aber keine gesicherten Erkenntnissem daß einem Vermieter durch Wohngemeinschaften besondere Nachteile ins Haus stehen.

Münster: Eine „Assoziation Freier Radios" mit einer Geschäftsstelle im westfälischen Münster haben jetzt 13 Freie Radios aus dem gesamten Gebiet der BRD gegründet. Die Mitglieder der Vereinigung, der unter anderem das bundesweit bekannte „Radio Dreyeckland" aus Freiburg, „Radio Fledermaus" aus Münster und das jüngst von amtlichen Fahndern aufgespürte „Radio Wahnsinn" aus Köln angehören, strahlen ungeachtet der Gesetzeslage seit geraumer Zeit sporadisch oder regelmäßig ihre alternativ geprägten Programme illegal auf UKW-Frequenzen aus. Das Bündnis der freien Radios spricht sich für eine Erweiterung der Arbeits- und Aktionsmöglichkeiten aus und tritt für einen lokalen, nichtkommerziellen Hörfunk ein.

Hamburg: Der Protest gegen das Vogelsterben in der Nordsee nimmt zu, so forderten mehrere Umweltschutzverbände auf einer Pressekonferenz in Ahrensburg bei Hamburg, „ daß die Ursachen derschleichenden Ölpest in der Nordsee vorrangig bekämpft werden". In den letzten Monaten sind Tausende von Vögeln durch Verölung ihres Gefieders im Bereich der Nordsee ums Leben gekommen. Die Verbände sehen in der Ölförderung in der Nordsee eine wesentliche Ursache.

Berlin: Während die Kinder der BRD ungehemmt in Automatenläden Krieg spielen können läßt sich auch die DDR einiges einfallen: Die Wehrerziehung der Kinder in der DDR soll verstärkt werden. So plant die Kinderorganisation „Junge Pioniere" spezielle Schulungen der Gruppenpionierleiter an den DDR-Schulen durchzuführen. So propagiert die Kinderorganisation zum Beispiel das Lesen von Kinderbüchern über die „Nationale Volksarmee" und den Bau von militärischen Modellen, sowie wehrsportliche Wettkämpfe, unter anderem Schießübungen, um den „Wehrgedanken zu fördern". Selbst Erstkläßler sollen voll in die wehrerzieherischen Aktivitäten der DDR- Kinderorganisation einbezogen werden.

Dortmund: Fünfzig Jahre nach der kampflosen Auflösung der Organisationen der Arbeiterklasse durch die faschistische Schreckensherrschaft übte Arno Klönne (Paderborn) auch Kritik an der mangelhaften Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsorganisationen. So sei ein „übertriebenes Streben nach sozialer und konfliktfreier Harmonie zu verzeichnen". Ferner müsse man sich mit den eigenen „autoritären Strukturen" auseinandersetzen. Ferner forderte Klönne richtigerweise von den Gewerkschaften als Lehre aus der Geschichte mehr Offenheit und ein freiheitliches Politik-Verständnis bei gleichzeitig-kämpferisch-aktivem Engagement in den gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen.

Bonn: Nach einer Meinungsumfrage sind 92% der BRD-Bevölkerung der Ansicht, daß ohne Abwarten internationaler Vereinbarungen sofort mit der Verringerung der Luftbelastung begonnen werden muß - und 72 Prozent sind damit einverstanden, daß dadurch die Strompreise für Haushalte steigen. Eine Umfrage, daß die breite Mehrheit auch dafür ist, daß die Profite der Energiewirtschaftsunternehmen gesenkt werden müssen wurde nicht veröffentlicht.

Bozen: Der Südtiroler „Heimatbund" die konsequente Vertretung der Interessen der deutschen Südtiroler, will die sprachliche Diskriminierung der Mehrheitsbevölkerung in Südtirol nicht länger akzeptieren. So kritisiert der „Heimatbund" heftig die christdemokartische „Südtiroler Volkspartei", die die Interessen der herrschenden Wirtschaftskreise vertritt und auf europäischer Ebene ein gemeinsames Anhängsel von CDU und DC ist. So ist daher die Forderung nach Selbstbestimmung für Südtirol nur eine Konsequenz. Nach Meinung des „Heimatbundes" sollte Südtirol nach einer Volksabstimmung zunächst „Freistaat" werden und sich nach einer Übergangszeit an Österreich anschließen.

Bad Bergzabern: Westdeutschlands Neonazis werden immer frecher, geschützt von der rheinland-pfälzischen Polizei des Innenministers Böckmann, durften sich die braunen Banden ungestört treffen, um ihre Haßtiraden gegen die Menschenrechte und demokratischen Rechte loszuwerden. Eine Flut neonazistischer Aktivitäten ist gerade in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Sprengstoff , Waffen und volksverhetzende Schriften wurden massenhaft gefunden. Dies belegt die Tatsache, daß insbesondere in Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf dem rechten Auge blind ist und Schnüffel- und Verleumdungsaktionen aber gegen Linke inzeniert, wie auch gegen unsere Zeitschrift.

Sulzfeld: Längst vergessen scheint das große gespenstische Krähensterben Ende des vergangenen Jahres. Letzten Berichten zufolge sind die 500 Krähen mit hoher Wahrscheinlichkeit an einer Quecksilbervergiftung gestorben. Wie, wo und was konnte nicht mehr ermittelt werden, denn als die Ergebnisse endlich vorlagen, waren die Krähen schon 2 Monate tot. Inzwischen sind 10 tote Fasanen gefunden worden, deren Sterben den Vogelschützern weitere Rätzel aufgibt. Ein Untersuchung ...



Mutation der Bombe?

"Ein Volk, ein Reich, ein Frieden. Über die Friedensbewegung und das neue Heimatgefühl."

Was KONKRET im Herbst 1981 mit dem Hinweis ablehnte, daß so etwas sich besser für eine Veröffentlichung in der ZEIT eigne, und dort dann am 30.10.81 auch promt abgedruckt wurde, stand vorher schon in der TAZ ("Über Wiedervereinigung und Kernfusion. Die neue Deutschtümelei der Friedensbewegung" 09.10.1981) in Gesellschaft mit dem von ihm ebenfalls kritisierten Havemann-Brief an Breschnew und einem Interview mit Robert Havemann. Allerdings fehlte im Vergleich zum ZEIT-Artikel ein Vorwort, daß überflüssigerweise auch noch auf der Rückseite des Buches "Endstation. Über die Widergeburt der Nation. Pamphlete und Essays" wiederholt wurde und wahrscheinlich den Reiz des Buches erhöhen soll. Überhaupt wird bei Wolfgang Pohrt alles endlos wiederholt – in Artikel, Bücher und Veranstaltungen – bis es ein paar Leute glauben und zu wiederholen beginnen:

"Wenn die Atombomben gezündet werden, sind wir tot. Mit den Gegnern der Nachrüstung und der Neutronenbombe aber müssen wir leben. Wenn die Bombe gefallen ist, leidet niemand mehr. Wir leiden – im Atomzeitalter eilen die Kriegsfolgen dem Krieg voraus – an ihren vorweggenommenen politischen Folgeschäden. Danach soll es angeblich singende Küchenschaben mit fünf Köpfen und vier Meter langen Beinen geben. Die Mutationen aber, die uns interessieren, finden vorher statt, und sie sehen ganz anders aus: Man hat eine Friedensbewegung machen wollen, und es wurde eine deutschnationale Erweckungsbewegung daraus." Das Karteikastendenken kehrt in allen seinen Pamphleten wieder, seine Rundumschläge treffen jeden, den Aussteiger, den bio-dynamischen Bauern, den Kursbuch-Leser, den deutschen Patrioten, den Gorlebenkämpfer mit Klampfe ebenso wie den Brokdorfmarschierer. Den Grünen gesteht er zwar ein Recht auf Kritik zu, warnt sie aber, mit ideologischen Ballast aus der NS-Zeit den Wiederaufbau zu beginnen. Seine Argumentation und seine Beweise sind unhaltbar. Aus ihm spricht fast schon ein Börner, der den Grünen Faschismus unterstellt. Volksgemeinschaft, Biologismus u.ä. Begriffe stellt er in Zusammenhang mit Rudolf Bahro, v.Trotta, Alberts, Schlöndorff ("Deutschland im Herbst"), Peter Brandt, Robert Jungk, Gollwitzer, Wolf Biermann, Glotz und Havemann, auf das die Alternativbewegung sich ihrem eigenen "Rechtsradikalismus" zuwendet. Es folgen Zitate aus den Nationalsozialistischen Monatsheften: "Ist dieser Verdacht dann nicht erlaubt?" Patriotische Gefühle, Volkslied und Mundart sind für ihn schon eine "Zukunft für die Vergangenheit" und Antiamerikanismus ("Besatzer raus!" "Amis raus aus Vietnam!") fungiert bei ihm schon als Vorstufe zum Aufleben eines neuen Faschismus. Es braucht also wirklich niemand zu allem Überfluß dieses Konglomerat aus Pohrt'scher Texte zu kaufen und in den Bücherschrank zu stellen. Die Redaktion stellt gerne ihr Rezensionsexemplar zur Verfügung. Wer einmal den Agitator Pohrt sehen will, muß nur regelmäßig bei Mac Donalds vorbeischauen. Dort sitzt er, schmatzend seinen köstlichen Big Mac im Hals stecken, grüßt mit einem freundlichen "Hey" unsere amerikanischen "Freunde" und die "Yankee-Kultur" (Piwitt) und läßt sich ein neues Pohertpourri einfallen.

"Warum haben wir 36 Jahre nach dem 2.Weltkrieg noch immer keinen Friedensvertrag?"
"Wie kann ich mich wehren gegen den täglichen Kolonialismus?"
Fragen, die nicht mehr gestellt werden dürfen und Botschaften ("Schwerter zu Pflugscharen"), die er mit KZ-Parolen ("Arbeit macht frei") vergleicht.
Seine "Mutation der Bombe" ist das ganz natürliche Bestreben eines jeden Volkes nach kultureller Identität, Selbstbestimmung und regionaler Vielfalt.

Gerhard Santura



Für die revolutionäre Solidarität der kämpfenden Völker

1. Internationale Konferenz über das Grüne Buch

Vom 7.-15. April fand in der Gar Younis-Universität von Benghasi (Libyen) das Erste Weltsymposium über Theorie und Praxis der im Grünen Buch Muammar el-Khadaffis enthaltenen „Dritten Universaltheorie" statt. Veranstalter war das internationale Zentrum für Studien und Forschungen über das Grüne Buch, das 1981 in Tripolis gegründet wurde.

Mehr als 1000 politische Führer, Universitätsprofessoren, Studenten, revolutionäre Intellektuelle, Schriftsteller und Philosophen, die sowohl für ihre Arbeiten als auch für ihren militanten Einsatz und soziale Gerechtigkeit bekannt sind, kamen aus Ländern aller fünf Kontinente zusammen (Ägypten, Algerien, Argentinien, Äthiopoen, Australien, Benin, Brasilien, Burundi, Costa Rica, Deutschland, Dominikanische Republik, England, Frankreich, Hambia, Ghana, Griechenland, Guayana, Guinea, Honduras, Indien, Irak, Iran, Japan, Kanada, Kongo, Korea, Kuwait, Libanon, libyen, Madagaskar, Malaysis, Mauretanien, Mauritius, Mexiko, Mozambique, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Palästina, Panama, Peru, Philippinen, Portugal, Sahara, Schweden, Schweiz, Sierra Leone, Spaniem, Sudan, Syrien, Tansania, Togo, Tschad, Tunesien, Türkei, USA, Vereinigte Emirate, Venezuela, Zimbabwe). Für das revolutionäre Deutschland war die nationalrevolutionäre Bewegung der WIR SELBST - Mitarbeiterkomitees vertreten. Das Symposium, das die Tradition früherer Kongresse zum Studium des Grünen Buches fortsetzte, stand unter dem Ehrenschutz Muammar el-Khadaffis.

Der Hauptzweck dieses Symposiums war die freie, ernsthafte und konstruktive Diskussion der im Grünen Buch vorgeschlagenen Lösungen der grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Menschheit sowie der Praxis in der fortschrittlichen und sozialistischen Gesellschaft der Jamahiriyah. Debattiert wurden unter den Gesichtspunkten der „Dritten Universaltheorie" Kadaffis:

1.) theoretische Aspekte (Moral und menschliche Werte, Freiheit und Demokratie, Selbstverwaltung des Volkes, Autorität und Macht, Klassenkampf, Krisen der Revolution, Besitz und Produktion, trügerische Hoffnung auf reformistische Regime, Religion und Gesellschaft, Bedürfnisse und Existenz);

2.) aktuelle Fragen der Menschheit (neue Wirtschaftsordnung, Arbeitslosigkeit und Rezession infolge von Inflation, die Krise der kapitalistischen Regime, die begrenzten Ressourcen, Gewalt und Terrorismus);

3.) soziale Themen (Frauen, Erziehung, Gesundheit, Wohnungsprobleme etc.).

Die Redner aus aller Welt sprachen über die aufkommende Krise des kapitalistischen Systems und das Versagen aller bisherigen Regierungssysteme und Ideologien. Sie begrüßten die von der „Dritten Universaltheorie" für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben angebotenen Lösungen und kamen zu dem Schluß, daß die gegenwärtige Krise durch die Aktion der Massen gelöst werden müsse; die einzige Kraft, die den Atomkrieg verhindern, Massenarbeitslosigkeit und Hungersnot beheben könne, sei die Errichtung von authentischen Volksregierungen in aller Welt. Die wiederholten Besuche der Sitzungen durch Oberst Khadaffi in seiner Eigenschaft als Denker und Revolutionsführer und seine persönlichen Begrüßungen ausgewählter Delegationen, sowie die leidenschaftliche Ansprache der Symbolfigur der ghanischen Revolution, Jerry Rawlings, bildeten Höhepunkte des Symposiums.




Blick ins Plenum in Benghasi: Vertreter der revolutionären Völker.

Als positiv muß vermerkt werden, daß das Symposium von Benghasi nicht auf einen abstrakten philosophischen Dialog von Akademikern beschränkt war, sondern unter beachtlicher Beteiligung von Freiheitskämpfern und Befreiungsbewegungen aus der arabischen Welt, Afrika, Asien, Westeuropa und den beiden Amerikas verlief. Das Internationale Zentrum für Studien und Forschungen über das Grüne Buch dient also nicht nur Intellektuellen, die einen offenen Dialog suchen, Forschungsarbeiten betreiben und das Verständnis des Grünen Buches in aller Welt verbreiten wollen; es hat auch Kontakt zu den Massen, die in den Fabriken, auf der Straße oder sonstwo gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpfen und das Grüne Buch als revolutionäre Inspiration für ihren Kampf betrachten.

Das Symposium von Benghasi stand unter der Devise: „Muammar el-Khadaffis Denken gehört nicht nur Libyen und dem der arabischen Nation, sondern der ganzen Menschheit". Und in der Tatt: Das Grüne Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Erlösung der Massen von Ausbeutung, Feudalismus, klerikalem Fanatismus, Scheindemokratie und der Tyrannei diktatorischer Regime. Die Volksrevolutionen, die heute überall stattfinden, um die Freiheit unterdrückter Völker zu erkämpfen, die sozialen Probleme der Menschheit zu lösen und eine Welt voll Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Glück zu schaffen, bestätigen Khadaffis Vision vom Beginn der „Ära der Massen".

Kampagne gegen die Jamahiria

Die Macht der etablierten Medien, der veröffentlichten Meinung in diesem unserem Lande ist groß. Sie ist gar so groß, daß sie aus einer Bagatelle, die, wäre sie anläßlich eines Dorffestes in einem beliebigen Provinznest passiert, keinem Lokalreporter eine Zeile in der Heimatzeitung wert geschienen hätte. Daß für besagten Zwischenfall auch keinerlei Beweise oder Zeugen zu finden sind, läßt die Vermutung aufkommen, daß hier seitens der Mächtigen ein bewußtes politisches Manöver inszeniert wurde. Worum geht es?

Im libyschen Volksbüro in Bonn, der Vertretung des libysch-arabischen Volkes in Bonn, in das 1977 die offizielle Botschaft des Landes umgewandelt wurde, um die Beziehungen zwischen den Völkern und Menschen zu fördern, soll es zwischen libyschen Studenten zu einer Prügelei gekommen sein. Aber selbst für diese Darstellung gibt es keine Beweise, im Gegenteil, vieles spricht dagegen. In der bundesdeutschen Presse war, sofort nach der Anschuldigung eines libyschen Studenten, das libysche Volksbüro die Brutstätte libyschen Terrors, ein gegen die eigenen libyschen Landsleute gerichtetes Folterzentrum inmitten der Bundeshauptstadt. Ohne die Ermittlungen der Polizei oder ein eventuell ergehendes Gerichtsurteil abzuwarten, war für die Presse, den Rundfunk und das Fernsehen von vorneherein alles klar: Ghadafis Folterknechte haben wieder einmal zugeschlagen.

Auffällig ist allerdings, daß diese Kampagne just zu jener Zeit einsetzt und geführt wird, da Muammar al-Ghadafi in Benghazi die 1.Internationale Konferenz über „Theorie und Praxis des Grünen Buches" eröffnet, an der mehr als 3000 Vertreter von Befreiungsbewegungen aus aller Welt teilnahmen. Selbst die konservative FAZ mußte recht kleinlaut und auch nur in einer winzigen Meldung einräumen, daß die antiimperialistische Theorie Muammar al-Ghadafis in den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zusehends Fuß faßt.

Sollte zwischen dem wutgeifernden Presserummel und dem Faktum, daß die libysche Revolution nicht nur von der überwältigenden Mehrheit des libyschen Volkes getragen wird, sondern ihr auch Ausstrahlungswirkungen auf andere unter der Hegemonie und Repression der Supermächte leidenden Völker ausgehen, ein Zusammenhang bestehen? Vieles spricht dafür. Es gibt seit einiger Zeit Indizien dafür, daß die USA den antiimperialistischen „Störenfried" Libyen ausschalten wollen. Die bewußte und provokative Verletzung libyscher Hoheitsgewässer durch US-Flugzeugträger, das häufige Überfliegen libyschen Territoriums durch Flugzeuge der Schnellen Eingreiftruppe der USA, deren erklärtes Ziel es ja ist, mit militärischer Gewalt die Interessen des amerikanischen Imperialismus auch außerhalb ihres bisherigen Einflußbereichs durchzusetzen, und nicht zuletzt die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf Sizilien, mit denen der nordafrikanische Bereich unter atomaren Beschuß genommen werden kann, zeigen, daß die strategischen Pläne des US-Imperialismus sich gezielt gegen Libyen richten. Der Ölreichtum des Landes spielt dabei ebenso eine Rolle, wie die präventive Absicherung der reaktionären Regime Mubaraks und Numeiris, deren US-Statthalterfunktionen in der arabischen Sphäre augenfällig und deren Sturz als Voraussetzung für die von den arabischen Massen erhoffte Einheit der Nation längst überfällig ist.

In dieser weltpolitischen Situation wirkt es zum einen geradezu absurd, wenn der SPIEGEL vom 25.April verlauten läßt: „Gaddafis Tage sind gezählt, sein Sturz steht bevor." Zum anderen aber bestätigt dies die These, daß von interessierten Kreisen zielstrebig psychlogisch Kriegsvorbereitungen getroffen werden. Alle progressiven und antiimperialistischen Kräfte unseres Volkes sind aufgerufen, Solidarität mit dem revolutionären libyschen Volk zu bekunden.

Weltweiter Befreiungskampf

ELSASS

Einhergehend mit der fortschreitenden Kolonisierung des Elsaß, auch unter der sozialistischen Regierung macht sich zunehmend Skepsis unter den elsässischen Autonomisten breit. Eine Untersuchung des Österreichers Wolfgang Ladin über den elsässischen Dialekt, die auch über das Elsaß hinaus breite publizistische Beachtung fand, förderte zutage, daß bereits breite Teile der elsässischen jüngeren Generation, ihre Sprache vernachlässigen und sich der Sprache des Staates (französisch) zuwenden. Lediglich 75% der Bevölkerung benutzen noch das Elsässische als Umgangssprache. Ferdinand Moschenross, Sprecher der linksnationalrevolutionären „parti alsacien" beklagte in einem Gespräch mit dieser Zeitschrift, daß seine Organisation die Jugend in der Staatssprache ansprechen müsse.

Verbittert äußerte sich Moschenross auch über die elsässischen Grünen, die einen gemeinsamen Wahlerfolg bei den jüngsten Kommunalwahlen verhinderten. Verantwortlich machte er hierfür chauvinistische Tendenzen, insbesondere innerhalb der Straßburger Grünen. Bei einem gemeinsamen Auftreten wären mindestens zwei Sitze im Straßburger Stadtrat sicher gewesen.

Die „parti alsacien" ist eine linke, autonomistische Partei, die für die nationale Identität der Elsässer eintritt und sich gleichzeitig gegenüber dem französischen und deutschen Kulturkreis offen erklärt und das Elsässische als spezifisch eigenes, aber auch verbindendes ansieht.



DÄNEMARK

In vielen Teilen Europas steigert sich die Unruhe unter den Völkern und Volksgruppen. Regionalistische und nationalrevolutionäre Bewegungen stellen die bestehenden zentrlistischen Strukturen infrage. Übernationale Zusammenschlüsse wie „Europäische Gemeinschaft", NATO, Warschauer Pakt und multinationale Konzerne treffen auf Kritik und Widerstand. Dezentralisierung wurde zu einer vorrangigen Forderung der Friedens- und Ökologiebewegung.

Damit aus solcher Unruhe ein wirklich schöpferisches Neubeginnen werden kann, dazu bedarf es eines Forums für den gegenseitigen Austausch. Ein solches Forum will eine Schule der „Dänischen Volkshochschulbewegung" sein. Diese lädt auch in diesem Jahr alle Völker und Volksgruppen Europas ein zu einem Seminar vom 11. bis 15. August 1983 an der „Rönshoved Hojskole" ein. Thema des Seminars ist wie in den Vorjahren „Nationale (volkliche) Identität". Neben den notwendigen „prominenten" Rednern: Henning Eichberg (Deutschland), Preben Lange (Grönland), Poul Engberg (Dänemark) erhofft sich der Veranstalter eine rege Teilnahme der von der Thematik angesprochenen europäischen Volksbewegungen. Von deutscher Seite wird die Thematik: „Nationale Frage und Anarchismus" thematisch beigesteuert. Anmeldungen und Informationen über Kristian Kjaer Nielsen, Sönderhavvej 13, DK- Krusau. Der Teilnehmerbetrag inskluslve Unterkunft und Verpflegung beträgt 175,- DM

NIKARAGUA

Die westdeutschen Nationalrevolutionäre erklären sich solidarisch mit dem Kampf der sandinistischen Volksregierung und dem Volk von Nikaragua gegen die US-imperialistischen Eindringlinge. In einer Erklärung der „wir selbst-Komitees" heißt es: „Vom amerikanischen Geheimdienst CIA und der kapitalistischen Kriegswirtschaft ausgerüstete bewaffnete Banden der alten Feudalistenclique schicken sich an, den sozialistischen Weg, den das Volk von Nikaragua eingeschlagen hat zu zerstören und die alten Machtstrukturen wiederherzustellen. Doch die Bevölkerung von Nikaragua, insbesondere die Jugend wehrt sich und kämpft für die nationalrevolutionären Erungenschaften. Die Feinde der Völker in diesem Fall der US-Imperialismus muß zurückgeschlagen werden. Solidarität mit dem kämpfenden Nikaragua."

KOSOVO

An verschiedenen Orten der mehrheitlich von Albanern bewohnten autonomen jugoslawischen Provinz Kosovo ist es erneut im April zu Unruhen gekommen. Hunderte von Studenten forderten in der Provinzhauptstadt Pristina vor dem Universitätsgebäude die nationale Einheit aller Albaner. Inzwischen hat die Gefangenenhilfsorganisation „amnsty international" Berichte veröffentlicht, nach denen einige der bei den zahlreichen Prozessen der letzten beiden Jahre verurteilten albanischen Nationalisten in der Untersuchungshaft schwer mißhandelt worden sind. Die erneuten Demonstrationen folgten auf eine Prozeßwelle, die für zahlreiche Intellektuelle und Studenten, hohe Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren brachte.

"Die Weisse Rose"

gegen die Nazidiktatur, für ein besseres Deutschland



Vor 40 Jahren wurden die Geschwister Scholl und 5 weitere Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsbewegung "Weisse Rose" in Berlin von einem "Volksgerichtshof" zum Tode verurteilt und enthauptet.

Die "Weisse Rose" war das Symbol des Widerstandes gegen das Hitler-Regime in München 1942/43. Der 25jährige Medizinstudent Hans Scholl und die 21jährige Biologiestudentin Sophie Scholl waren anfangs in der Deutschen Jungenschaft (d.j. 1.11) und traten nach deren Verbot durch die Nazis in die HJ ein.
Später, als sie von den KZ-Greueln erfuhren und die Verbrechen des Regimes durchzusickern begannen, wurden sie zusammen mit den Medizinstudenten Willi Graf, Alexander Schmorell und Christian Probst aktiv. Unter ständiger Bedrohung und größten Schwierigkeiten schrieben, vervielfältigten und versandten sie ihre Aufklärungsschriften und Flugblätter. Diese Flugblätter, die in verschiedenen Städten Deutschlands auftauchten, gingen von Hand zu Hand, sie gelangten bis Wien und Hamburg.

Hans Scholl war als Sanitätsfeldwebel der Deutschen Wehrmacht an der Front gewesen und konnte sein Studium an der Ludwig-Maximilian-Universität in München fortsetzen, wo schon seine Schwester studierte. Dort wurde Professor Dr. Kurt Huber zu ihrem geistigen Führer. Zusammen mit ihren Kommilitonen zogen die Geschwister Scholl mit Koffern voller Flugblätter von Ort zu Ort, ständig in Furcht, entdeckt zu werden. In den Nächten eilten sie mit einem Farbeimer durch die Münchener Innenstadt und malten politische Parolen an Fassaden und Bürgersteige: "Nieder mit Hitler!"

Die Gestapo tappte zunächst im Dunkeln, sie vermutete hinter der "Weissen Rose" eine große Organisation. Sie setzte ihre Spitzel auf den schwachen Punkt der engagierten jungen Leute an – den Kauf von größeren Mengen von Briefmarken für Drucksachen. Zugleich wurden überall in der bayerischen Hauptstadt Wachen, u.a. der sogenannte HJ-Streifendienst, aufgestellt, die den "Schmierern" auflauerten; auf den Kopf der "Verbrecher" wurde eine Fangprämie ausgesetzt. So wurde die Schlinge der Gestapo immer enger ...

Am 18. Februar 1943, als das Drama von Stalingrad bereits zu Ende war und feststand, daß es auch mit dem deutschen Faschismus zu Ende ging, warfen Hans und Sophie Scholl Flugblätter vom obersten Stockwerk in die Eingangshalle ihrer Universität. Erleichtert wollten sie das Gebäude verlassen, aber der Hausmeister hatte sie erspäht – alle Tore der Universität wurden sofort geschlossen, und damit war das Schicksal der beiden besiegelt.

Nach ihrer Verhaftung wurden die Geschwister Scholl in das Gestapo-Gefängnis, das berüchtigte Wittelsbacher Palais, gebracht. Dort begannen die Verhöre – tage- und nächtelang –, aber der Tod war ihnen schon bestimmt. Der NS-Blutrichter Roland Freisler schäumte, aber frei und überlegen gaben die Studenten ihre Antworten. Sophie sagte: „Was wir sagten und schrieben, denken ja so viele, nur wagen sie nicht, es auszusprechen." Ihre unerschrokkene Haltung schlug sogar die feindselige Zuschauermenge im Gerichtssaal in den Bann. Bevor die Geschwister Scholl ihre Häupter auf den Block legen mußten, sagten sie noch zu ihren Eltern: „Wir haben alles auf uns genommen. Das wird Wellen schlagen." Später bekannte der Scharfrichter, er habe noch niemanden so sterben sehen.
Die Münchner Studenten und der Universitätsprofessor Kurt Huber, die in die deutsche Geschichte als der Kreis der "Weissen Rose" eingegangen sind, wurden erst jetzt durch dne gleichnamigen Film von Michael Verhoeven in breiten Kreisen bekannt.Dieser erschütternde und mitreißend gestaltete Film, der seit Monaten einer der absoluten Spitzenreiter in der Budesrepublik und in Österrich ist, räumt mit der Legende auf, diese jungen Menschen seien im Grunde apolitisch gewesen und hätten nichts anderes getan, als das Gewissen ihrer Kommilitonen gegen eine erbarmungslose Tyrannei aufzurütteln.

War die Aktion der "Weissen Rose" ein Widerstandsversuch mit untauglichen Mitteln? Sie änderte nichts am Verlauf des Krieges, obwohl auch Verbindungen zu anderen antifaschistischen Gruppen, sogar zu Widerstandskreisen an der Spitze der Wehrmacht, bestanden. Aber die Sätze, die auf den Blättern durch die Müchener Universität flatterten, waren ein Fanal und sind es geblieben.

Beeindruckend ist vor allem die subtile schauspielerische Leistung von Lena Stolze als Sophie Scholl. Die Auseinandersetzung mit diesem Mädchen, ihr Ausbrechen aus der braunen Diktatur, die das Volk fest im Griff hatte, ihr Bögen von der BDM-Führerin zu einer Kämpferin, die sich ganz klar, ganz bewußt in Lebensgefahr begibt, entspricht Lenas Vorsatz, "an Dingen zu arbeiten, die einem wichtig erscheinen", an "menschlichen und politischen Problemen, die uns unmittelbar angehen".

Bezeichnend sind aber auch die Schlußworte des Films: "Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes bestehen die Urteile gegen die "Weisse Rose" zu Recht. Sie gelten noch immer. Berlin 1982."

Stefan Fadinger

Deutsch für Deutsche

Innerdeutsche Wirklichkeit

Bausoldat, Bonzenschleuder, Broiler, Diskussionsbesamer, Erntekapitän, Elaste vom Exquisit, Kaderwelsch aus Volvograd: Wer jetzt Bahnhof versteht, dem schütten zwei deutsche Michel in einen Nürnberger Trichter: Auf dem Einband eines deutsch-deutschen Wörterbuches von Haude & in Berlin in der Edition Jule Hammer.
Die grinsenden Schlumpfköpfe ähneln sich, nur in der Mützenfarbe deuten sie Abgrenzung an, beim Westschlumpf ist sie schwarz, beim Ostschlumpf rot.
Nach fünfunddreißig Jahren politischer Trennung haben sich die Abgetrennten jenseits der Mauer für ihre veränderten Realitäten neue Worte gesucht, mittlerweile sind es so viele, daß sich ein Wörterbuch lohnt.
Obwohl ostdeutsch noch ein Pflichtfach an Westschulen ist, beobachteten die Autoren schon bei Tante-Frieda-Besuchen soviel hilflose Sprachverwirrung, daß sie ihre witzige Reihung mit wissenschaftlicher Ernsthaftigkeit paarten.
Im Mittelpunkt des 92-Seitenbüchleins stehen offizielle Neuprägungen der DDR-Sprache, wie „Messe der Meister von morgen", oder Neuformungen der Sprache von unten, von denen das Wort „Trabbi" ja hin und wieder auf vier Rädern ins westliche Deutschland rollt.
Herausgeber Jule Hammer empfiehlt seinen Miniaturunterricht wie den Zauberwürfel: Ist ein bißchen verdreht heut, die Sprache entrückt oder verrückt - gerückt darf werden in diesem Buch, die Schlumpfgesichter halten, was sie versprechen.
Bei etwas Rücken wird alles wieder vertraut: Ein „Familiengespräch" zum Beispiel ist „nicht etwa das Gespräch in der Familie abends vor der Glotze mit einem Bier in der Hand, sondern Bezeichnung für eine bestimmte Form der Agitation. Beim offiziellen Familiengespräch besuchen (meist) zwei Parteimitglieder ausgewählte Personen in ihrem Heim, um sie über die ‚Erfolge sozialistischer Politik' in der DDR aufzuklären. Wie das in etwa vor sich geht, kann jeder nachvollziehen, der irgendwann einmal zwei besonders überzeugte Sektenprediger in seine Wohnstube gelassen hat."
Nicht die Körpergröße ist gemeint, wenn man dort zu den Hervorragenden zählt. Es ist fester Bestandteil eines Staatstitels in vielen Berufen, an besondere Leistungen gebunden, für seine Verleihung gibt es auch hervorragendes Geld: Zum Beispiel als hervorragender Genossenschaftsbauer, oder hervorragender Jungaktivist..., da aber auch dort ‚Null-Bockleute' dort auch über alles und jedes meckern, hat „Memphis", auch „die Firma" genannt, in der Staatssprache „Ministerium für Staatssicherheit" und bei uns SSD, Staatssicherheitsdienst, alle Hände voll zu tun.
Unweit seines Hauptquartiers in Ostberlin strahlt St. Walter, wie man den Fernsehturm am Alexanderplatz nennt, in dessen Kugelspitze die Sonne ein Kreuz zeichnet, „Rache des Papstes" nennen ihn die „Hauptstädter" auch. Von seiner Aussichtsplattform kann man zum „Tränenpavillon" sehen, dem Teil des Bahnhofs Friedrichstraße, in dem Ostberliner von ihren Westbesuchen Abschied nehmen müssen.
Sie vor allem schüren den Fetischismus des Bestimmungsworts „West": Westmusik, Westgeld, Westjeans, Gütesiegel, jener Waren, die man in „Delikat"- oder „Exquisitläden" für Mark oder „Ostgeld" zu vierfachen Preisen erhält.
Natürlich haben sich die sowjetischen „Freunde" auch mit Slawismen verewigt: Kursant, ein Kursteilnehmer, Diversant ein Störer, Druschba-Trasse, die Freundschaftsstrasse, Estrade, ein großes Orchester, zu Weihnachten kommt immer öfters „Großväterchen Frost"; Kolchose, als Synonym für Schluderwirtschaft, Natschalnik, der Vorgesetzte, Oblomowerei für Traumtänzer, Subbotnik, ein freiwilliger Wochenendeinsatz.
Im Abkürzungstrieb scheinen beide deutsche Staaten im Wettbewerb unentschieden: Ein EA ist ein Elternaktiv, eine HGL eine Hausgemeinschaftsleitung, ein HPL ein hauptamtlicher Pionierleiter, eine KPKK - eine Kreisparteikontrollkomission, KA ist kapitalistisches Ausland und ein Leserbrief des Bahnhofleiters von Halle liest sich so: „Nach der Folo 7042 der RBD Halle (Restarbeiten der UR gem. Betra 75 Rba Halle) fiel der P 8392 Halle (S) ab 1300 h aus. Dafür verkehrte der KOM 8329 Halle (S) ab 1305 h. SEV KOM wurde von Kollg. Stahl überwacht".
Entsprechend dem hohen Stellenwert des Militärs in der DDR, recherchierte der Autor eine Fülle von Neubildungen: Bruderarmeen für die verbündeten Ostblockarmeen; Bausoldat für Wehrersatzdienst, Grenztruppenhelfer für zivilbedienstete Sicherungskräfte der westlichen Staatsgrenzen, Betriebskampfgruppen sind paramilitärische Einheiten der größeren Betriebe, ein Tschekist ist ein Mitarbeiter des militärisch organisierten Geheimdienstes; nicht zu vergessen natürlich die neue Schule der Nation: die „Volksarmee".
In der DDR-Kinderzeitschrift „Bommi" erfahren die Kleinen: Sonne, Regen , Hagel, Schnee, Wann gehst du zur Volksarmee? Sonne, Regen, Hagel, Wind, Wenn du groß bist, liebes Kind!

Wolf Deinert

Plaste und Elaste. Ein deutsch-deutsches Wörterbuch. Zusammengestellt von Theodor Constantin.



Luther: Von der Einheit der Sprache zur deutsch-deutschen Abgrenzung.

Buchrezension

Richard Adams: „Die Hunde des schwarzen Todes"
Ullstein, 434 S., 34,– DM

Adams ist der Autor von „Watership down – Unten am Fluß", oder zum Bestseller gewordenen atemberaubenden Geschichte einer Schar Wildkaninchen.
Mit „The plague dogs" ist ihm abermals ein großer Wurf gelungen.
Aus einer Tierversuchsanstalt im englischen Lake-District fliehen eines Nachts Wuff, eine schwarze Promenadenmischung und Snitter, ein flinker Fox-Terrier. An beiden Hunden wurden im Namen der Wissenschaft schreckliche Experimente verübt, beide sind durch die brutalen Mißhandlungen stark geschwächt und der Freiheit völlig entwöhnt.
Sie schließen Freundschaft mit einem Fuchs, lernen in der Wildnis zu leben, zu jagen, sich Nahrung zu verschaffen, artgerecht zu leben.
Gemeinsam ziehen sie umher, immer auf der Suche nach einer Welt ohne Grausamkeiten.
Als eines Tages ein sensationslüsterner Reporter die Nachricht verbreitet, das Wuff und Snitter Träger von Pestbazillen seien, beginnt eine grausame, erbarmungslose Jagd. . .
„Die Hunde des schwarzen Todes" ist jedem zu empfehlen, der mehr wissen will über die Geheimnisse, die die Geschöpfe umgeben, die uns so ans Herz gewachsen sind, und die wir doch immer noch als Spielzeug und juristisch als Sache behandeln.
Ohne die Klischees sentimentaler Vermenschlichung wird hier auch die Frage gestellt, ob es überhaupt ein menschliches Recht auf Tierversuche geben kann.



Hühnerhaltung in Deutschland

Grausamkeiten an Tieren: „Wir sind verrückt"

Wer die gräßlichen Details aus Tierlabors besonders der USA kennt, wer begriffen hat, daß Tiere Geschöpfe Gottes sind und somit die Idee der Mitgeschöpflichkeit gegeben ist, der wird in diesem Buch eine Fülle von guten Gedanken finden.
Deutlich hervor tritt der ökologische Sinn, als Symbol für unsere Angst um die Natur und unser aller Lebensraum.
Allein die Erinnerung daran in Freundschaft und Frieden mit der Natur und ihren Geschöpfen zu leben, Mitkreatürlichkeit zu beweisen ist ein großes Verdienst.

Werner Olles

Alan Garner: „Eulenzauber". Diederichs 1982. 220 S. 26.00 DM

Seit Michael Endes „Unendliche Geschichte" hat die Fantasie ja auch hierzulande wieder Hochkonjunktur. Nun hat der Engländer Alan Garner mit „Eulenzauber" (Orginaltext: „The owl service") ein Buch vorgelegt, von dem es im Klappentext heißt: „Eine wunderbare Liebesgeschichte... vom Zauber der walisischen Landschaft umfangen. Auch eine Geschichte voller Leidenschaften und panischer Eifersüchte. Immer mehr geraten drei junge Urlauber in den Sog einer Mythe, die hier in dem abgelegenen Tal sich vor undenkbaren Zeiten abgespielt hat."



Es ist in der Tat ein gewagtes Konglomerat aus Trivialem und Mystik, aus Romantik und alten keltischen Sagen, das der Autor hier versucht. Daß dies nicht gelingt, daß bei der Lektüre stellenweise ziemliche Langeweile aufkommt, manche Passagen gar eine relative Quälerei bedeuten, liegt primär am Unvermögen des Verfassers, atmosphärische Details zu schaffen. Die Freunde härteren Horrors werden „Eulenzauber" alsbald enttäuscht zur Seite legen. Das ist schade, denn vom Thema her könnte der Roman spannende Unterhaltung bieten.

Die Verehrung alter keltischer Gottheiten, die Praktizierung von Ritualen aus der heidnischen Vergangenheit, die den drei jungen Leuten schließlich zum Verhängnis werden, hätten Stoff genug für eine wirklich atemberaubende Story liefern können.

Daß „Eulenzauber dennoch ein kaltes artifizielles Machwerk bleibt, ist das zweifelhafte Verdienst Alan Garners, er sollte Tom Tryons „Der Kult" lesen, immer noch das beste Buch auf dem Fantasyhorror-Markt.

Manchmal ist es eben besser, ein guter Epigone zu sein, als eine Orginalität vorzugaukeln, die sich dann in der realität als pure Märchenerzählerei im schlechtesten Sinne entpuppt.

Das alte Wales, oder genauer gesagt Cymru, hat eine Menge mehr an Mythen, Magie und Mystik, an Unheimlichem und Phantastischem zu bieten als dieses Buch ahnen läßt.

Werner Olles

Literaturhinweise

„Palaver - zwischen erster und dritter Welt" heißt eine neue Zeitschrift, die seit 1982 Probleme der nichteuropäischen und kolonisierten Völker zu vermitteln sucht. Dabei deutet sich ein neuer Weg an: Auch die innere Kolonisierung der europäischen Völker erscheint als Gegenstand. Also mehr als nur abstrakte Solidarität mit fernen exotischen Völkern, sondern anschauliche Kritik des neokolonialen Systems. Themen unter anderem: TV-Dallas in Algerien, Interview mit Aime Cesaire, Antiamerikanismus in der BRD, Hubert Fichte über afrobrasilianische Religionen, Henning Eichberg über Grönland. (Anschrift: Meta Magazin Verlag, Friedrichstr. 22/II, 8000 München 40).

„Pflasterstrand" - das Frankfurter Stadtblatt - diskutiert die nationale Frage. Emil Nichtsnutz nahm in Nummer 142 Oktober 1982) die Argumentation auf und erhob einige der bisher lesenswertesten Einwände gegen die nationale Orientierung der Linken. Außerdem im gleichen Heft: ein Interview mit der Zeitschrift wir selbst und ein Aufsatz von Henning Eichberg „Balkanisierung für jedermann - Über Selbsterfahrung, Abkopplung und nationale Solidarität" (Anschrift: Pflasterstrand, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M 90).

„Deutschlands Balkanisierung? Über die Nichtanerkennung der westdeutschen Bundesrepublik und über die nationale Frage als praktische Distanzierung vom Staat" heißt ein Text von Henning Eichberg, der in fünf Folgen in der deutschsprachigen Ausgabe von Flensborg Avis erschien, der Zeitung der Dänen in der BRD, vom 11. bis 27. November 1982.
„Paktfreiheit für beide deutsche Staaten oder bis daß der Tod uns eint?" heißt die zweite Auflage (1982) der Programmbroschüre der Berliner „Alternativen Liste". Seit ihrer ersten Auflage (1981) hat sie zwar ihren Umfang mehr als verdoppelt (jetzt 149 S.), aber inhaltlich nicht unbedingt gewonnen. Sie ist charakterisiert durch einen Blick „von oben" auf die nationale Frage also von der abstrakten Staatspolitik her statt von der Betroffenheit der Subjekte.

Rudi Dutschkes „fragmentarische Autobiographie" erschien bei Olle und Wolter unter dem Titel „Aufrecht gehen" (Berlin 1981, 204 Seiten). Die 1977-1978 geschriebenen Aufzeichnungen blieben unvollendet wegen Rudi Dutschkes späterem Engagements bei den Grünen und seines Todes 1979 in Aarhus. Sie enthalten verschiedene Passagen über „die Schwierigkeiten, Deutscher zu sein", über die nationale Frage und die Besatzungssituation Deutschlands.
„Die nationale Frage in der Friedensbewegung" beschreibt Dan Diner im Suhrkamp-Buch „Die neue Friedensbewegung" (Frankfurt/M 1982, e.S 1143). Der Ton ist warnend, aber die Darstellung geprägt von Sachlichkeit und analytischem Durchblick.

„Charta 79 - Das Beispiel Alta. Beiträge aus dem Existenzkampf der samischen Bewegung", erschien 1981 im anarchistischen Trotzdem-Verlag Reutlingen. Die Broschüre (48 Seiten) enthält Übersetzungen aus der Zeitschrift der Sami (Lappländer). Besonders bemerkenswert: eine Kritik der norwegischen Sozialdemokratie und ihres antisamischen Zentralismus sowie eine Darstellung der starken Stellung der Frau in der traditionellen Samigesellschaft.
Im gleichen Verlag erscheint die Zeitschrift „Schwarzer Faden - Anarchistische Vierteljahreszeitschrift". Sie vertritt einen manchmal etwas orthodoxen Anarchismus mit betonter Orientierung an den Anarchoklassikern (Bakunin, Mühsam, Rocker u.a.). Bemerkenswert sind aber alle Versuche, komplexe Wirklichkeit aufzuarbeiten (Hambacher Fest, Polens Solidarnosc). Dazu gehört auch die nationale Frage, zu der in Heft 9 (Nr. 4/82) Horst Blume eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Nationalrevolutionären eröffnete. Interessant sind Hinweise auf die (gescheiterten) öffentlichen Gespräche 1930 zwischen Rudolf Rocker („Anarchistische Vereinigung Berlin") und Otto Strasser („Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten").
Ausführlich behandelt Peter Brandt und Günter Minnerup „Die deutsche Frage" in der Zeitschrift „Prokla" (Probleme des Klassenkampfes) Nr. 47, 1982. Dabei geben sie unter anderem einen Überblick über die neuere nationale Diskussion nach der APO-Zeit und kritisieren sowohl das ältere kulturnationale Konzept (Austromarxisten, Otto Bauer) als auch dasjenige der „Objektiven" Nation (Stalin).

„Die Rückkehr des Imaginären - Märchen, Magie, Mystik, Mythos, Anfänge einer anderen Politik, heißt ein von Christiane Thurn und Herbert Röttgen herausgegebener Band bei Trikont/Dianus (München 1981, 412 Seiten). Er enthält Beiträge aus der älteren Generation (Robert Jungk, Ernest Bornemann, Paul Blau, Sergius Golowin, Peter Schult), vor allem aber aus der APO-Generation (Hans Peter Duerr, Peter Gäng, Thomas Lehner, Claus Biegert, Achim Bergmann, Reimar Lenz u.a.), die die schamatische Wende" der deutschen Linken bezeichnen. In der Einleitung wird rückblickend die Generationserfahrung der 1968er als Mythos vorgeführt: Che Guevara scheiterte an einer Hexe. Und am Ende kamen plötzlich die Fremden, die Schamanen aus der Vergangenheit und brachten neues altes Eigenes zurück. Faschistisch waren nicht Natur und Mythos, sondern die Autobahn und der VW.
Aus derselben Des- und Neuorientierung heraus schrieben im gleichen Verlag Trikont/Dianus Nicola Schulz und Karl Heinz Albers „Nicht nur Bäume haben Wurzeln. Eine Streitschrift für einen Rückschritt zum Fortschritt" (München 1982, 246 S.). Das Kapitel über Nationalismus und Regionalismus plädiert für einen antikapitalistischen und antiimperialistischen Regionalismus.

Der Kieler Historiker Karl Dietrich Erdmann legte unter der Überschrift „Was ist deutsche Geschichte heute?" eine große vergleichende Untersuchung über die drei deutschen Staaten BRD, Österreich und DDR vor. Ergebnis: in keinem der drei Staaten sei es dahingekommen, „daß sich das mehr oder minder intensive Staatsbewußtsein etwa zu einem die Bevölkerung durchdringenden partikularen österreichischen, bundesrepublikanischen oder sozialistischen Nationalbewußtsein verdichtet hätte". (Flensborg Avis, vom 27. November 1982).

Daß die neue nationale Thematik der Linken bis an die Universitäten durchschlägt zeigte im Dezember 1982 ein Kolloquium an der Universität Karlsruhe unter der Leitung des Germanisten Bernd Thum über das Thema „Kulturerbe". Etwa 30 Literatur- und Sozialwissenschafter aus
der BRD, der Schweiz und Österreich, zumeist aus der jüngeren Generation, diskutierten die Aktualität des Kulturerbebegriffs und der nationalen und regionalen Identität von Literatur. Besonders bemerkenswert: ein Beitrag von Götz Großklaus über die Wiederaufarbeitung nationaler Geschichte durch Alexander KLuge. Henning Eichberg berichtete über altnordische Mythen in der skandinavischen und deutschen Linken. Überschrift der „Badischen Neuesten Nachrichten": „Von Odin zu den neuen grünen Mythen". - Die Kolloquiumsbeiträge sollen als Buch erscheinen.

Leserbriefe

Das WIR SELBST-Redaktionskomitee behält sich vor, Leserbriefe gekürzt wiederzugeben.

Wie deutsch ist Österreich?

Das ehemalige deutsche Erzbistum Salzburg - unter Napoleon als Entschädigung für das abgetretene Großherzogtum Toskana zu Österreich geschlagen und erst durch den Pariser Frieden (1814) endgültig habsburgisch-österreichischer Besitz geworden - ist ein Musterbeispiel für die Überschneidung von Staats- und Stammesgrenzen. Es kann daher nicht anders sein, als daß das heutige Bundesland Salzburg seine typisch bajuwarische Wesenszüge mit besonderem Stolz zur Schau trägt.

Kanrad Matzdorff, Wien



Kriegsdienstgegner Maislinger: „Verweigern genügt nicht mehr"

Euer Österreich-Berichterstatter Stefan Fadinger hat natürlich in seinem Artikel „Österreichs Linke und die Nationale Frage" (ws 2/82) recht, wenn er den Sozialdemokraten Fritz Klenner zitierend meint, „daß die Teilung Deutschlands als widernatürlicher Zustand irgend einmal ein Ende finden könnte. Eine Neuvereinigung von BRD und DDR - noch dazu unter günstigen wirtschaftlichen Aspekten - könne auf die österreichische Jugend eine enorme Anziehungskraft ausüben".
Aber eben erst dann! Jetzt haben wir mehr von unserer Eigenstaatlichkeit. Und ein eigener Staat ist nun einmal bestrebt, eine (Staats-) Nation auszubilden! Weshalb es für mich als engagierter Anhänger einer Friedensbewegung, welche neutral und blockfrei den Einfluß der Supermächte bestrebt ist zurückzudrängen, selbstverständlich ist, mich für diesen Staat einzusetzen. Denn gerade, weil er von BRD und DDR getrennt sich eigenständig entwickeln kann, kann ich wie selbstverständlich Deutscher sein! Und weil dies so selbstverständlich ist, reden wir nicht viel davon.

Dr. Andreas Maislinger, Universität Innsbruck

Es ist eine zynische und frivole Unwahrheit, wenn Österreichs Meinungsmacher behaupten, sieben Millionen Österreicher hätten in den letzten 40 Jahren in einem historisch einmaligen Akt von Gesinnungswandel ihre deutsche Volkszugehörigkeit aufgegeben bzw. umgetauscht und jener Nation, der sie 1000 Jahre lang angehört haben, den Rücken gekehrt. Aber auch die Angehörigen der nichtdeutschen Minderheiten in Österreich, wie die Slowenen in Südkärnten oder die Kroaten im Burgenland, lehnen die Konstruktion einer „österreichischen Nation" ab, da sie sich ausschließliche der slowenischen bzw. der kroatischen Nation zugehörig fühlen.

Dr. Herbert Tax, Köflach

Fadinger hätte sogar noch günstigere Statistiken zitieren können. So schrieb z.B. Erwin Scheuch, Professor der Soziologie an der Universität Köln, in seinem Aufsatz „Was ist deutsch heute?" (in Politik und Kultur, Nr. 1/77): „Wo ist nachgewiesen, daß Österreich jetzt im Sinne einer Kulturnation eine eigene Nation geworden ist? Alle Daten sprechen dagegen. Sie zeigten eher, daß eine Kulturnation so teilbar überhaupt nicht ist. Auch heute noch sagt ein Großteil der Österreicher und der Deutschen, Österreich sei als Kulturland ‚deutsch': 48% der Österreicher sagen, sie seien so deutsch wir die Bayern".

Friedrich Wiesinger, Bad Goisern

Internationale Solidarität

Wir schließen mit vielen europäischen Gruppen Kontakte und wir hoffen auch mit Euch in Erfahrungsaustausch treten zu können. Ich selbst bin Herausgeber der Zeitschrift „Stimme des Nordens", eine unabhängige regionalistische Publikation Nord-Englands, die ähnliche Ziele wie die in wir selbst vertretenen propagiert.

Kevin Daws, Redgar (Nord-England)

IMPRESSUM

wir selbst - Zeitschrift für nationale Identität und internationale Solidarität erscheint zweimonatlich im Verlag druck + text GmbH, Schützenstr. 60, 5400 Koblenz 1 und wird gemeinsam mit dem wir selbst- Redaktions- und Mitarbeiterkomitee herausgegeben.
Einzelpreis: DM 4.00, öS 25.00: Jahresabonnement: 27.00, öS 200.00; Bankverbindung: druck + text GmbH, 5400 Koblenz, Sparkasse Koblenz Kto.Nr.: 800 93, Bankleitzahl: 570 501 20. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 2/81.
Redaktionskomitee: Sabine Narjes, Beate Neuberger, Wolf Deinert, Axel Emmrich, Atze Wolf, Gerhard Santura, Siegfried Bublies (für den Inhalt verantwortlicher Redakteur), Walter Hohenstein, Herbert Fechner, Stefan Fadinger, Ulrich Winter und Roland Pauly.
Bisherige Autoren: Rudolf Bahro, Dr. Wolfgang Venohr, Henning Eichberg, Josef Beuys, Johannes Stüttgen, Prof. Konrad Buchwald, Lutz Rathenow, Ghassan Kanafani, Wolfgang Herber, Kristian Kjaer Nielsen, Winfried Dolderer, Horst Ackermann, Werner Olles u.v.m.
Anschrift: wir selbst, postfach 168, Schützenstr. 44, 5400 Koblenz 1, Telefon: 0261/



Bestellschein:

wir selbst

Zeitschrift für Nationale Identität

Hiermit bestelle ich WIR SELBST
WIR SELBST erscheint zweimonatlich und kostet im Jahresabo DM 27,–
(6 Hefte a DM 4 + DM 3 für Porto).

Name: ____________________

Vorname ____________________

Straße Nr ____________________

PLZ Wohnort ____________________

Datum Unterschrift ____________________

Gewunschte Zahlungsweise fur WIR SELBST (bitte ankreuzen):

◯ BEQUEM UND BARGELDLOS DURCH BANKEINZUG (DM 27)

Bankleitzahl ____________________

Kontonummer ____________________

Geldinstitut ____________________

◯ GEGEN RECHNUNG (DM 27)

◯ LIEGT ALS SCHECK BEI (DM 27)

Datum Unterschrift ____________________



WIR SELBST. Schützenstr. 44. Postfach 168. 5400 Koblenz 1

Büchermarkt

Alain
Mars oder die Psychologie des Krieges. Ein Buch gegen den Krieg, das heute noch so lesenswert ist, wie bei seinem Erscheinen 1921. Der Radikalsozialist Alain (1868-1951) enthüllt in diesen Betrachtungen den Mechanismus des Krieges. Eine der Hauptursachen des Krieges sah Alain in der menschlichen Psyche. Der Krieg schrekkte nämlich nicht nur ab, er faszinierte auch ("Stahlgewitter" E.Jünger), weil er an hohe Tugenden wie Mut, Solidarität und Aufopferung appellierte. Der Krieg wurde aber zur Revanche der Mächtigen, zum Triumph der Reichen gegenüber den Armen. „Die Elite liebt den Krieg", „Den Krieg muß man im Frieden bekämpfen", „Ich sage, daß man jegliche Macht reduzieren muß, wenn man den Frieden will." Alain verneint die deterministische These, daß der Krieg unvermeidbar sei. Wer das sage, begünstige den Krieg. Das Buch des Philosophen, Demokraten und Pazifisten Alain ist l e i d e r so aktuell wie bei seinem ersten Erscheinen.
176 S., brosch.,
(211/DM 24,-)

Blaschke, Jochen
Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen. In über 40 Übersichtsartikeln werden die historischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen der in Westeuropa wirksamen Regionalbewegungen vergleichend analysiert. 360 Seiten
(119/DM 29,80)



Henning Eichberg
Minderheit und Mehrheit. Fragestellungen am Beispiel von Iren, Juden, Indianer und ausländische Arbeitnehmern.
Was ist eine Minderheit?
Was heißt "ethnisch"?
Was heißt "Nationalität"?
Welche Minderheiten gibt es in Europa?
120 Seiten
(116/DM 11,80)

Walter Grab
Radikale Lebensläufe. Von der bürgerlichen zur proletarischen Emanzipationsbewegung.
Eulogius Schneider, Saul Karl Follen, Heinrich Heine, Harro Harring, Wilhelm Schulz und Johann Jacoby: Weltbürger, Aufklärer, nationalrevolutionäre Studentenbewegung, Dichter, Odysseus, Kämpfer und Streiter.
240 Seiten
(192/DM 18,-)

Muammar Al-Kadhafi
Das Grüne Buch.
Die dritte Universaltheorie, Kap. 1-3, 120 Seiten
(110/ DM 2,50)



Wolfgang Venohr (Hrsg.)
Die deutsche Einheit kommt bestimmt. Die Lösung der nationalen Frage der Deutschen als historische Chance, den Frieden in Europa zu sichern: ein provozierendes Buch mit neuen gedanklichen Ansätzen, mit Beiträgen von Brandt/Ammon, H.Diwald, Franz Harald Rüddenklau, Theodor Schweisfurth, Henric L. Wuermeling, Wolfgang Venohr und Wolfgang Seiffert, 192 Seiten
(149/DM 22,-)

Henning Eichberg
Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, 190 S.,
(101/DM 9,80)

Richard Scheringer
Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen. Vom Reichswehrleutnant der Schwarzen Reichswehr zum Kommunisten - das ist der Lebensweg R. Scheringers. Er widerlegt in seinem Buch die These, daß Sozialismus und Nationalsozialismus gleich sind. Ein spannender, autobiographischer Roman aus der Zeit der Weimarer Republik. Das aktuelle Buch zum aktuellen Interview dieser WIR SELBST-Ausgabe.
424 Seiten, Taschenbuch
(163/DM 9,80)

Charta 79
Das Beispiel Alta – Beiträge aus dem Existenzkampf der samischen Bewegung. Übersetzungen von Beiträgen der samischen Zeitung Charta 79, die entstand während der Auseinandersetzungen um den Alta-Staudamm in Nordnorwegen und dem damit zusammenhängenden Hungerstreik junger samischer Aktivisten, 48 Seiten
(155/DM 4,-)

Henning Eichberg
Balkanisierung für jedermann? Nationale Frage, Identität und Entfremdung in der Industriegesellschaft. Sonderdruck des Artikels aus der sozialistischen Zeitschrift "Befreiung".
(199/DM -,50)

Alternativen Europäischer Friedenspolitik
Hrsg. Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa. Ein wichtiges Buch zur Friedenspolitik, Autoren u.a. P.Brandt, H.Ammon, E.Eppler, R.Bahro, W.Biermann, R.Havemann, E.Bahr, E.P. Thompson, A.Mechtersheimer, 355 Seiten,
(129/DM 17,-)

Ernst Niekisch
Widerstand
Ausgewählte Aufsätze aus der nationalrevolutionären Zeitschrift "Widerstand", 216 S.
(209/DM 23,80)

Tilman Zülch
In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa, herausgegeben mit der "Gesellschaft für bedrohte Völker". Ein hochinteressantes Buch über Verfolgung, "Endlösung",Vergangenheitsbewältigung,Diskriminierung und Bürgerrechtsbewegung der Zigeuner, 340 Seiten
(106/DM 8,80)

Rudolf Bahro
Die Alternative
Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Das Phänomen des nichtkapitalistischen Weges zur Industriegesellschaft. Die Anatomie des real existierenden Sozialismus. Zur Strategie einer kommunistischen Alternative.
380 Seiten
(140/DM 7,80)

Rudolf Bahro
Wahnsinn mit Methode. Über die Ligik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP
(196/DM 12,80)

Rudi Dutschke
Mein langer Marsch
Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren, Herausgegeben von Gretchen Dutschke-Klotz, Helmut Gollwitzer und Jürgen Miermeister
270 Seiten
(104/DM 8,80)

Ortots
Die Basken
Vergangenheit und Zukunft eines freien Volkes. 140 Seiten,
(111/DM 10,-)

Gallagher Frank
SINN FEIN, I.R.A. 1981, Erklärung der IRA zum Hungerstreik, Interview mit R. O' Bradaigh, die Gewerkschaften und die Irische Revolution aus republikanischer Sicht, 40 S.,
(132/DM 5,-)

Winfried Dolderer/AG Regionalismus Mainz
Flandern: Autonomismus und Regionalismus. Eine Broschüre über flämische Autonomiebestrebungen, mit Interview mit Regis de Mol, 74 Seiten
(130/DM 4,-)

Hiermit wird bestellt:
(Bitte ausschneiden und einsenden an WIR SELBST, Postfach 168, 5400 Koblenz)

Menge	Nr	Titel	DM

Alle Preise inkl. MwSt + 3 DM Versand, Mindestbestellung 25 DM
Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bank-Scheck bei über DM (+3 DM Versand)
☐ Lieferung per Nachnahme. NN-& Versandkosten will ich tragen.
Name, Vorname
Straße Nr
PLZ, Ort
Datum Unterschrift

wir selbst

MITARBEITERKOMITEE

Ja, ich möchte die Bewegung für ein unabhängiges und sozialistisches Deutschland unterstützen und möchte Mitglied des Mitarbeiterkomitee werden. Der Monatsbeitrag beträgt DM 10,00. Jedes Mitglied erhält pro Ausgabe zehn Ausgaben der Zeitschrift „wir selbst".

Name.......................... Vorname..............................

Alter......... Anschrift: ....

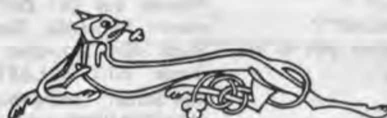
....

BLZ.............................Kto.Nr. ....

Bankverbindung ....

Mitgliedschaft in Verbänden etc. ....

Lastschriftvollmacht ist erteilt. Unterschrift





Sieghard Pohl
„Er pflückt die Blume"
44 x 32, Holzschnitt, (1963)